

## Vertrauen und/ oder Kontrolle? Zur Neuordnung der Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea

Schmidt, Hans-Joachim

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schmidt, H.-J. (2002). *Vertrauen und/ oder Kontrolle? Zur Neuordnung der Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea*. (HSFK-Report, 3/2002). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-285817>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

**Hans-Joachim Schmidt**

# **Vertrauen und/oder Kontrolle?**

**Zur Neuordnung der Beziehungen  
zwischen Nord- und Südkorea**

**HSFK-Report 3/2002**



**Hessische  
Stiftung  
Friedens- und  
Konfliktforschung**

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse des Autors:

HSFK · Leimenrode 29 · 60322 Frankfurt am Main

Telefon: (069) 95 91 04-0 · Fax: (069) 55 84 81

E-Mail: [schmidth@hsfk.de](mailto:schmidth@hsfk.de) · Internet: [www.hsfk.de](http://www.hsfk.de)

**ISBN: 3-933293-58-8**

€ 6,-

## **Zusammenfassung**

Auf der koreanischen Halbinsel wurde das Ende des Ost-West-Konfliktes noch nicht eingeläutet. Dort stehen sich nach wie vor die Streitkräfte von Nord- und Südkorea mit fast zwei Millionen Soldaten hochgerüstet gegenüber, unterstützt von 37.000 US-Soldaten auf der Seite des Südens. Beide Staaten befinden sich seit dem Ende des Korea-Kriegs 1953, der zur Teilung Koreas führte, technisch noch im Kriegszustand. Bisher existiert lediglich ein Waffenstillstand.

Während sich Südkorea seither zu einem der wirtschaftlich fortschrittlichsten Staaten und zu einer stabilen Demokratie in Asien entwickelte, droht dem stalinistisch-kommunistischen Herrschaftssystem in der DPRK (Democratic Peoples Republic Korea = Nordkorea) der Zerfall. In den neunziger Jahren hat sich dort aufgrund wirtschaftlichen Missmanagements und durch mehrere Naturkatastrophen die ökonomische Lage drastisch verschlechtert. Trotz dieser wachsenden wirtschaftlichen Misere besitzt Nordkorea mit fast 1,2 Millionen Soldaten die fünftgrößte Armee der Erde und wendet 25 bis 33 Prozent des Bruttosozialproduktes für seine militärische Verteidigung auf (Südkorea ca. drei Prozent).

Dies hat die Befürchtung genährt, das kommunistische Regime in der DPRK könne sehr bald in sich zusammenstürzen. Wegen der Hochrüstung beider Seiten und der antagonistischen Struktur ihrer Gesellschaftssysteme ist dabei die Gefahr groß, dass dieser Transformationsprozess in einen militärischen Konflikt mündet. Um dem zu begegnen, hat der südkoreanische Präsident Kim Dae-jung 1998 seine an der europäischen Entspannungspolitik orientierte „Sonnenscheinpolitik“ gestartet. Zum einen will er mit wirtschaftlichen Hilfen die ökonomischen Reformkräfte in Pjöngjang stützen und die Kosten der Vereinigung Koreas senken. Zum zweiten ist er bemüht, einen Prozess der militärischen Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle in Gang zu bringen, um einen stabileren sicherheitspolitischen Rahmen für die anstehende Übergangsphase zu schaffen. Der Abbau militärischer Spannungen soll erleichtert und die Kriegsverhütung gestärkt werden. Diese Politik wurde von der US-Regierung unter Präsident Clinton nachhaltig unterstützt.

Parallel zur nordkoreanisch-amerikanischen Annäherung in der Beschränkung von weitreichenden Raketen gab es im Jahre 2000 große Fortschritte, als der nordkoreanische Führer Kim Jong-il und Kim Dae-jung in Pjöngjang erstmals zusammenkamen und nur wenig später sich auch die beiden Verteidigungsminister in Südkorea trafen. Es wurden die ersten Familientreffen nach dem Krieg verabredet, die Wirtschafts- und Nahrungsmittelhilfe erweitert und die Wiedereröffnung einer grenzüberschreitenden Schienen- und Straßenverbindung geplant, sowie auf allgemeiner Ebene der Beginn der militärischen Vertrauensbildung verabredet.

Doch mit dem Amtsantritt von US-Präsident Bush kam dieser Prozess zum Stillstand. Er wollte die bisherigen Verhandlungsergebnisse der Clinton-Regierung nicht übernehmen und ordnete eine grundsätzliche Überprüfung der Nordkorea-Politik an. Trotz des im Sommer 2001 verkündeten neuen „Umfassenden Ansatzes“ gibt es in der ameri-

kanischen Administration aber nach wie vor keinen Konsens zwischen den dialogbereiten Kräften im Außenministerium und in der demokratischen Partei einerseits und den konservativen Unilateralisten im Verteidigungsministerium, im nationalen Sicherheitsrat und in der republikanischen Partei andererseits. Der von Bush in seiner Rede zur Lage der Nation am 29. Januar 2002 verwandte Begriff der „Achse des Bösen“ für die drei Länder Irak, Iran und Nordkorea hat dies erneut drastisch veranschaulicht. Die Hardliner sind zur Rechtfertigung ihrer Aufrüstungsmaßnahmen und dort besonders ihres Raketenabwehrprogramms sowie der Aufkündigung des ABM-Vertrags eher an einer Konfrontation mit Nordkorea als an einem Dialog interessiert. Sie haben bisher alle weiteren Fortschritte in der südkoreanischen Entspannungspolitik blockiert.

Vor diesem Hintergrund geht der vorliegende Report zwei zentralen Fragen nach: Auf der politischen Ebene ist zu klären, wie sich die konservativen Unilateralisten in den Vereinigten Staaten in einen Dialogansatz einbinden lassen und ob dann Pjöngjang bereit sein wird, diesen Verhandlungsansatz zu akzeptieren, oder ob es zu einer längeren Konfrontationsphase kommt. Auf der rüstungskontrollpolitischen Ebene wird geprüft, mit welchen Instrumenten der Prozess der militärischen Vertrauensbildung trotz der vorhandenen militärischen Gegensätze und trotz des nach wie vor sehr großen Misstrauens initiiert werden kann.

Auf der politischen Ebene ist auch nach der Asienreise von US-Präsident Bush Mitte Februar 2002 immer noch unklar, ob sich eher die Konfrontationspolitik oder der Dialogansatz durchsetzen wird, obwohl der amerikanische Präsident dort auf höchster Ebene Nordkorea zum Dialog aufgefordert und China dabei um Unterstützung gebeten hat. Denn zugleich erneuerte er seine Skepsis gegen den nordkoreanischen Führer Kim Jong-il, und seine Kritik am Herrschaftssystem Nordkoreas. Damit hat er die Glaubwürdigkeit seines Gesprächsangebotes in Zweifel gezogen und scheint weiter auf Zeit zu spielen. Denn bisher hat sich die neue US-Regierung mit Südkorea lediglich über erste Themen (nukleare Massenvernichtungsmittel und Raketen) für den Dialog mit Pjöngjang verständigt, während über viele Details noch unterschiedliche Auffassungen bestehen.

Mit der Einigung über erste gemeinsame Themen hat Kim Dae-jung angefangen, die amerikanischen Unilateralisten in den Dialogansatz einzubinden und Nordkorea ein Stück aus der „Achse des Bösen“ herausgebrochen. Doch da Kim Dae-jung nur noch bis Februar 2003 im Amt ist, sind weitere größere Fortschritte eher unwahrscheinlich. In Washington scheint man auf diesen Präsidentenwechsel schon zu warten, denn der konservative Oppositionsführer der Großen Nationalpartei, Lee Hoi-chang, besitzt derzeit die größten Aussichten, die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen. Er steht den Auffassungen in der Bush-Regierung sehr viel näher als der jetzige Amtsinhaber und mit ihm dürfte eine Einigung über die Details des künftigen Gesprächsangebots an Nordkorea leichter fallen.

Da das aber die Kooperationskosten für Nordkorea deutlich erhöht, ist ungewiss, ob dort die politische Führung dann nicht ihrerseits auf den Ausgang der nächsten Präsidentschaftswahlen in den USA Ende 2004 warten wird, obwohl schon im Jahre 2003 über die Zukunft des nordkoreanischen Raketentestmoratoriums zu entscheiden ist und damit eng zusammenhängend bei KEDO (Korean Peninsula Energy Development Organisation)

die inzwischen eingetretenen Verzögerungen beim Bau zweier Nuklearreaktoren in Nordkorea neu zu regeln sind.

Für die Europäische Union kommt es in dieser Übergangsphase darauf an, die dialogbereiten Kräfte in der US-Regierung und die Entspannungspolitiker in Seoul auch weiterhin nachhaltig zu unterstützen, um dem Dialogansatz politisch zum Durchbruch zu verhelfen. Der EU kommt dabei zu Hilfe, dass Japan, China, Russland und viele andere Staaten in Nordostasien ebenfalls auf den Dialogansatz setzen. Schon in der Vergangenheit hat die Europäische Kommission Pjöngjang erfolgreich zur Zurückhaltung ermuntern können und damit die Dialogbefürworter in Washington und die Position der Entspannungspolitiker in Seoul gestärkt. Die Unterstützung der wirtschaftlichen Reformer in Nordkorea kann außerdem auch dort die innenpolitischen Voraussetzungen für eine Kooperation mit den westlichen Staaten verbessern. Zugleich sollte sich Europa in Pjöngjang mit dafür einsetzen, dass Kim-Jong-il sich im Rahmen des humanitären Dialogs stärker auf die südkoreanischen Entspannungspolitiker zu bewegt, gerade in der Frage der innenpolitisch sehr wichtigen Familientreffen.

Der nordkoreanischen Regierung muss aber auch vorsichtig klar gemacht werden, dass die Rückkehr zur Politik der Clinton-Regierung eine Illusion ist. Pjöngjang wird für die Wiederaufnahme des Dialogs mit den Washington einen höheren Preis entrichten müssen. Das gilt besonders dann, wenn Bush Ende 2004 für eine zweite Amtszeit gewählt werden sollte. Brüssel kann dabei mit zusätzlichen wirtschaftlichen Anreizen die Akzeptanz des Dialogs erleichtern. Da China und Russland ebenfalls ein sehr großes Interesse an wirtschaftlichen Reformen in der DPRK haben, wäre zu prüfen, ob die EU stärker mit diesen Ländern kooperiert und sich abstimmt. Die von Beijing und Moskau geförderten Schienenverbindungen durch Nordkorea kommen schließlich auch den europäischen Handelsinteressen entgegen. Japan sollte ebenfalls an diesem wirtschaftspolitischen Dialog partizipieren.

Deutschland, das zum Norden und dem Süden Koreas gute Kontakte unterhält, seitdem es im März letzten Jahres auch diplomatische Beziehungen zu Pjöngjang aufgenommen hat, kann sich nachhaltig für eine Verbesserung der Beziehungen einsetzen. Beide Koreas verfolgen dabei nicht nur wirtschaftliche Interessen, sondern wollen, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven, von der Vereinigung Deutschlands lernen. Berlin hat anders als Washington in Korea keine machtpolitischen Ambitionen und kann daher sehr viel glaubwürdiger beiden Seiten seine guten Dienste anbieten. Der inzwischen in Gang gekommene bilaterale Prozess der Information über militärische Vertrauensbildung mit Nord- und Südkorea sollte dabei unbedingt fortgesetzt werden. Er bietet die Chance für einen trilateralen Diskussionsprozess. Die deutsche Außenpolitik setzt damit anders als große Teile der Bush-Administration auf Kooperation und nicht auf Konfrontation.

Erst wenn es gelingt, erneut einen stabilen und dauerhaften Dialog zwischen den USA und Nordkorea aufzubauen, haben Maßnahmen der militärischen Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle wieder eine Chance. Auf der rüstungskontrollpolitischen Ebene wird dabei zunächst für Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBMs) plädiert, weil sie sich unabhängig von den Unterschieden in den Gesellschaftssystemen, in den Militärdoktrinen und in den militärischen Fähigkeiten unter Beachtung des Prinzips

der Reziprozität verwirklichen lassen. Die Transparenz dürfte dabei das Hauptproblem für Nordkorea bilden. Um den Streitkräften in der DPRK die Akzeptanz der Transparenz zu erleichtern, werden anfangs wechselseitige freiwillige Maßnahmen beim Informationsaustausch, bei Manöverankündigungen, bei der Einladung von Manöverbeobachtern und bei der Einrichtung einer funktionierenden Hotline zwischen den beiden Verteidigungsministerien befürwortet. Die USA sollten von Beginn an daran partizipieren. Deshalb wird Pjöngjang die Existenz der amerikanischen Streitkräfte in Südkorea in irgendeiner Form anerkennen müssen, anders sind sie in VSBMs nicht zu integrieren. Das Interesse der nordkoreanischen Militärs an vertrauensbildenden Maßnahmen kann wachsen, da die militärische Überlegenheit der USA weiter zunehmen wird.

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>1. Einleitung</b>	<b>1</b>
<b>2. Zur militärischen Lage</b>	<b>2</b>
2.1. Zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik Nordkoreas	3
2.2. Zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik Südkoreas	8
2.3. US-Streitkräfte für Südkorea	11
2.4. Zur russischen Verteidigungspolitik	16
2.5. Zur chinesischen Verteidigungspolitik	18
<b>3. Rüstungskontrollpolitische Ansätze</b>	<b>22</b>
3.1. Entwicklung der bisherigen Rüstungskontrollbemühungen	22
3.2. Diskussion der unterschiedlichen Ansätze	38
3.3. Optionen der militärischen Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle auf der koreanischen Halbinsel	43
<b>4. Schlussbemerkung: Zur Überwindung der Dialogblockade</b>	<b>50</b>
<b>5. Glossar</b>	<b>55</b>





## 1. Einleitung

Fast 50 Jahre nach dem Korea-Krieg, der zur Teilung zwischen Nord- und Südkorea führte, kam es im Juni 2000 zum ersten Gipfeltreffen der beiden koreanischen Präsidenten in Pjöngjang. Das Treffen nährte die Hoffnung, es könne der Anfang eines Prozesses der Entspannung, der militärischen Vertrauensbildung und der Versöhnung werden. Schließlich ist der Kriegszustand zwischen dem Norden und dem Süden noch nicht beendet, da seit 1953 lediglich ein Waffenstillstand besteht.

Die koreanische Halbinsel ist eine der letzten Regionen, die bisher von der weltweiten Entspannung nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes nicht entscheidend profitierte. Dort stehen sich immer noch fast zwei Millionen Soldaten hochgerüstet gegenüber. Nordkorea ist das letzte kommunistisch beherrschte Land, das an der allgemeinen prosperierenden Entwicklung in Asien nicht partizipiert hat. Im Gegenteil, aufgrund wirtschaftlichen Missmanagements und mitbedingt durch mehrere Naturkatastrophen hat sich seine ökonomische Lage seit 1990 drastisch verschlechtert. Von 1990 bis 1998 sank das Bruttosozialprodukt um 55 Prozent auf etwa zwölf Milliarden US-Dollar, und seine Auslandsschulden stiegen auf den gleichen Wert.<sup>1</sup> Viele zivile Fabriken schlossen oder mussten ihre Produktion auf 20 Prozent und weniger drosseln. Gleichzeitig war die Regierung nicht mehr in der Lage, ihre Bevölkerung ausreichend mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Schätzungen gehen davon aus, dass in den neunziger Jahren wenigstens mehrere Hunderttausend bis zu drei Millionen Nordkoreaner (von etwa 22 Millionen) verhungerten. Seit 1995 hat deshalb die DPRK (Democratic Peoples Republic of Korea) internationale Nahrungsmittelhilfen im Wert von mehr als 1,6 Milliarden US-Dollar erhalten.

Aufgrund des in Nordkorea zu beobachtenden Zerfalls wird von vielen Beobachtern der Zusammenbruch des Regimes befürchtet.<sup>2</sup> Das würde zu einer wenig kontrollierbaren und sehr teuren „Absorption“ durch Südkorea führen. Doch auch wenn der Norden sich langfristig erfolgreich reformiert, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass er sich wegen seiner ökonomischen Rückständigkeit und auf Druck der benachteiligten Bevölkerung mit Südkorea vereinigt. Selbst wenn Nordkorea seine Eigenständigkeit behaupten sollte, wird es im Zuge einer Friedensregelung seine sicherheitspolitischen Beziehungen mit Südkorea neu organisieren müssen, um dauerhafte, berechenbare politische und wirtschaftliche Beziehungen zu ermöglichen.

Da beide Seiten hoch gerüstet sind und sich wechselseitig ausschließende Herrschaftssysteme besitzen, kann dieser Transformationsprozess mit seinen inhärenten Instabilitä-

1 Siehe Ministry of National Defense ROK (Hg.), 2001 Defense Data & Statistics, Seoul Dezember 2001, S. 10. Ebenso: Statement of General Thomas A. Schwartz, Commander in Chief United Nations Command/Combined Forces Command and Commander, United States Forces Korea before the House Appropriations Committee – Defense Subcommittee, 8. März 2001, S. 8, in: [www.defenselink.mil/dodgc/lrs/docs/test01-03-08Schwartz.rtf](http://www.defenselink.mil/dodgc/lrs/docs/test01-03-08Schwartz.rtf).

2 Vgl. Robert Dujarric, North Korea: Risks and Rewards of Engagement, in: Journal of International Affairs, Jg. 54, Nr. 2, Frühjahr 2002, S. 465.

ten, wie immer er sich letztlich auf der Halbinsel entwickeln mag, sehr schnell in einen neuen kriegerischen Konflikt münden. Militärische Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle liefern daher wichtige Instrumente, um gerade in der Übergangsphase einen stabilisierenden Rahmen zu bilden, der den wechselseitigen militärischen Spannungsabbau erleichtert, einen Krieg verhütet oder im Falle seines Eintritts den Schaden begrenzt. Der Wille zum Dialog symbolisiert zugleich das Interesse, diesen Transformationsprozess friedlich zu gestalten.

Doch nach ersten Erfolgen im Jahre 2000 ist dieser Prozess mit dem Amtsantritt von US-Präsident Bush zum Stillstand gekommen. In den USA besteht zwischen den konservativen Unilateralisten im Verteidigungsministerium, im nationalen Sicherheitsrat und im US-Kongress einerseits und den dialogbereiten Kräften im Außenministerium und in der demokratischen Partei andererseits keine Einigkeit über die künftige Nordkorea-Politik. Die Hardliner sind zur Rechtfertigung ihrer Rüstungsprogramme und dort besonders der Raketenabwehr eher an einem Konfrontationskurs gegenüber Pjöngjang interessiert und haben bisher erfolgreich die Wiederaufnahme der Gespräche mit Nordkorea verhindert. Zugleich wurde so auch die Fortsetzung der südkoreanischen Entspannungspolitik („Sonnenscheinpolitik“) blockiert.

Die Frage ist daher: Lassen sich die konservativen Unilateralisten in den USA in einem regionalen Dialogansatz einbinden, und ist dann die Regierung in Pjöngjang bereit, diesen als gemeinsamen Verhandlungsansatz zu akzeptieren, oder kommt es nun doch zu einer längeren Konfrontationsphase? Neben der Untersuchung dieser übergeordneten politischen Frage wird auf der sicherheitspolitischen Ebene geprüft, mit welchen Instrumenten der Prozess der militärischen Vertrauensbildung und der konventionellen Rüstungskontrolle trotz der vorhandenen militärischen Gegensätze und trotz des nach wie vor großen Misstrauens am ehesten in Gang gebracht werden kann.

## **2. Zur militärischen Lage**

Mit dem wirtschaftlichen und politischen Aufstieg Chinas, Japans und Südkoreas in den letzten Jahrzehnten haben Nordost- und Ostasien an weltpolitischer Bedeutung gewonnen. Die sicherheitspolitischen Probleme in der Region finden deshalb eine immer größere Beachtung. Im Folgenden werden deshalb zunächst wichtige Elemente der sicherheitspolitischen Entwicklung beschrieben, bevor auf die Parameter eingegangen wird, die bei konventionellen Rüstungskontrollbeschränkungen zwischen Nord- und Südkorea eine Rolle spielen werden. Da der Fokus auf konventionelle Streitkräfte ausgerichtet ist, werden nukleare Waffen und andere Massenvernichtungsmittel nicht berücksichtigt. Die Marinestreitkräfte der erfassten Ländern bleiben außen vor, weil besonders die USA dort zu keinen Beschränkungen bereit sind. Die Land- und Luftstreitkräfte der Marineinfanterie werden allerdings erfasst, weil ihre primäre Aufgabe der Kampf an Land ist. Die konventionellen Streitkräfte Japans werden nicht einbezogen, da sie (vor allem die Landstreitkräfte) fast nur für Zwecke der Landesverteidigung und weniger für offensive Operationen taugen. Mit der geplanten Beschaffung von Tankflugzeugen werden allerdings Teile

der japanischen Luftstreitkräfte auch wichtige militärische Ziele in Nordkorea, China und Russland erreichen können. Seit dem Zusammenbruch der russischen Pazifikflotte erfüllen die Marinestreitkräfte der USA, Japans und Südkoreas die Aufgabe der Seekontrolle auf hoher See praktisch unangefochten. Im Kriegsfall wäre die Versorgung über den Pazifik kaum gefährdet. Neben den Streitkräften der USA werden auch die Truppen Chinas und Russlands in der Region erfasst, da die letztgenannten Staaten durch bilaterale Beistandspakte mit Nordkorea verbunden sind. Zusätzlich werden für Südkorea und den USA die bilateralen Maßnahmen der militärischen Vertrauensbildung einbezogen.

## 2.1. Zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik Nordkoreas

Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik Nordkoreas gründet seit dem koreanischen Krieg (1950 bis 1953) auf zwei Zielen:<sup>3</sup>

- Das Sichern des Überlebens der Nation und ihrer Führung
- Die Vereinigung beider Teile Koreas unter der Kontrolle Nordkoreas

Diese Ziele werden in zwei Ansätzen verfolgt. Einmal mit den „Vier Militärischen Linien“ und zweitens mit den „Drei Revolutionären Kräften“. Die „Vier Militärischen Linien“ wurden Ende 1962 auf der 5. Sitzung des Zentralkomitees der kommunistischen Arbeiterpartei als eine neue militärpolitische Leitidee verkündet. Darin wird die

- Bewaffnung des ganzen Volkes,
- Schutzbauten für das ganze Land,
- die professionelle Ausbildung aller Soldaten und
- die Modernisierung der Waffen

gefordert. Das Konzept der „Vier Militärischen Linien“ wurde 1992 in der Verfassung Nordkoreas verankert und bei der Verfassungsrevision 1998 bestätigt.<sup>4</sup> Damit wird die Bedeutung dieses Konzepts besonders betont.

Die „Drei Revolutionären Kräfte“ sollen in ihrem Zusammenwirken die Wiedervereinigung beider Teile Koreas fördern. Sie bestehen aus<sup>5</sup>

- den Revolutionären Kräften in Nordkorea,
- den Revolutionären Kräften in Südkorea und
- den Internationalen Revolutionären Kräften.

Im Rahmen dieser beiden militärpolitischen Konzepte soll Nordkorea defensiv durch den totalen Widerstand der eigenen Streitkräfte und der Bevölkerung gegen jeden Aggressor

3 Vgl. Joseph S. Bermudez Jr., *The Armed Forces of North Korea*, New York & London 2001, S. 8–9.

4 Es wurde dem Artikel 60, Kapitel IV hinzugefügt. Vgl. Joseph S. Bermudez Jr., *The Armed Forces of North Korea* (Anm. 3), S. 9.

5 Ebenda.

verteidigt werden. Zugleich will man beim Ausbruch eines kriegerischen Konflikts mit Südkorea beide Landesteile offensiv innerhalb von 30 Tagen wiedervereinigen.

Ein weiteres wichtiges Element der nordkoreanischen Sicherheitspolitik ist die „Juche“-Ideologie<sup>6</sup>, die auf die Erfahrungen Kim Il-sungs mit chinesischen und sowjetischen Kommunisten im gemeinsamen Guerillakampf gegen die japanischen Invasoren zurückgehen soll. Sie wendet sich dagegen, dass sich die kommunistischen Führer Nordkoreas zu sehr an den Erwartungen ausländischer Mächte und fremder kommunistischer Institutionen orientieren. Diese Ideologie setzt mehr auf die eigenen Fähigkeiten und den eigenen Stolz. Sie besitzt wesentlichen Anteil an der nationalen Identitätsbildung Koreas. Das erklärt auch teilweise die relativ eigenständige Entwicklung dieses Landes nach 1960.

Die nordkoreanische Außen- und Sicherheitspolitik konnte nach dem Ende des Korea-Kriegs zunächst auf die Unterstützung Moskaus und Pekings bauen. Doch mit dem politischen Zerwürfnis zwischen beiden Ländern ab 1960 musste Nordkorea aufpassen, nicht zum Spielball des neuen sowjetisch-chinesischen Antagonismus zu werden. Es konnte sich nicht mehr in gleicher Weise auf beide Länder verlassen und schloss deshalb 1961 mit jedem einen separaten bilateralen Beistandspakt. Hinzu kam die chinesisch-amerikanische Annäherung 1972, die die Grundfesten der nordkoreanischen Außenpolitik zu erschüttern schien. Denn mit den USA befand man sich immer noch im potenziellen Kriegszustand, da seit 1953 lediglich ein Waffenstillstand existierte. Dabei war China in der Vergangenheit der wichtigste Verbündete bei der Abwehr der amerikanischen Invasion<sup>7</sup> gewesen. Diese neue Unsicherheit führte zur ersten bilateralen Grundlagenvereinbarung<sup>8</sup> mit Südkorea. Darin verpflichteten sich beide Seiten zur friedlichen Wiedervereinigung Koreas.

Die Unsicherheit verschärfte sich mit der Machtübernahme Deng Xiaopings im Jahre 1975, der innen- und außenpolitisch einen pragmatischeren Kurs einschlug und mit den USA 1978 diplomatische Beziehungen aufnahm. Hinzu kam ab Ende der siebziger Jahre die wachsende Führungsschwäche in der Sowjetunion, die schließlich 1985 zur Machtübernahme der Reformer Gorbatschow und Schewardnadse führte. Der wirtschaftliche Reformkurs in China und die damit verknüpfte Annäherung an die westlichen Staaten

6 Siehe ausführlicher Gottfried-Karl Kindermann, *Der Aufstieg Koreas in die Weltpolitik*, München 1994, S. 137ff.

7 Kim Il-sung hatte 1950 den koreanischen Vereinigungskrieg mit Wissen Moskaus und Beijings vom Zaun gebrochen, nachdem die USA 1948 ihre Truppen aus Südkorea abgezogen hatten. Nur das sofortige Eingreifen der amerikanischen Truppen verhinderte die schnelle Niederlage Südkoreas. Als später die US-Streitkräfte unter General McArthur, von den Südkoreanern unter Druck gesetzt, Nordkorea eroberten und dabei amerikanische Militärs offen die Frage erörterten, ob nordkoreanische Verbände auch von chinesischem Gebiet aus angegriffen werden könnten, und es in den USA eine Diskussion darüber gab, ob die Machtübernahme Mao Tse-tungs sich mit militärischen Mitteln wieder rückgängig machen ließe, fühlte sich die chinesische Regierung provoziert und setzte ihre Truppen massiv zugunsten Nordkoreas ein. Sie erzwangen damit die erneute Aufteilung Koreas am 38. Längengrad. Siehe ausführlicher Gottfried-Karl Kindermann, *Der Aufstieg Koreas* (Anm. 6), S. 63–87.

8 „Die Gemeinsame Erklärung des Nordens und des Südens“ vom 4. Juli 1972 regelt die Kooperation und Wiedervereinigung Koreas. Die Wiedervereinigung soll gewaltfrei, friedlich und ohne die Einmischung fremder Kräfte erfolgen. Siehe Karl Kindermann, *Der Aufstieg Koreas* (Anm. 6), S. 112–118.

und Japan, sowie der sich abzeichnende Interessenausgleich zwischen der UdSSR, den USA und den übrigen NATO-Staaten im Rahmen der Entspannungspolitik stellte die weiterhin sehr rigoros kommunistisch orientierte nordkoreanische Führung Ende der achtziger Jahre vor zunehmende Probleme.

Die beiden mächtigsten kommunistischen Länder, die direkt an Nordkorea grenzen, begannen ihre Ideologie zu verändern oder sogar in Frage zu stellen und entwickelten immer bessere Beziehungen zu ihren ehemaligen Feinden (USA und Japan). Hinzu kam schließlich 1990 die friedliche Wiedervereinigung beider Teile Deutschlands unter kapitalistischen Vorzeichen und der weltweite Zerfall der kommunistischen Herrschaftsideologie. Außerdem hatte sich der rohstoffarme Süden seit den sechziger Jahren wirtschaftlich viel erfolgreicher als der rohstoffreichere Norden Koreas entwickelt. Südkoreas Brutto-sozialprodukt pro Einwohner übersteigt das von Nordkorea um das bis zu 16-fache.<sup>9</sup>

Zwei der „Drei Revolutionären Kräfte“ existierten folglich kaum mehr. Die weiterhin an ihrer traditionellen kommunistischen Ideologie festhaltende nordkoreanische Führung geriet zunehmend in die außenpolitische Isolation und musste jetzt sogar den Zusammenbruch des eigenen, wirtschaftlich immer ineffizienter werdenden Herrschaftssystems fürchten. In dieser kritischen Phase kam es 1991 erneut zu einer Annäherung Nord- und Südkoreas. Sie mündete in eine zweite grundlegende Kooperationsvereinbarung<sup>10</sup>, welche jedoch bis heute nicht umgesetzt werden konnte.

Der Aufbau starker militärischer Kräfte und die wachsende Eigenentwicklung von Waffen (besonders von weitreichenden Raketen) ist ein Reflex auf den internationalen Wandel, dem man sich bis heute weitgehend zu verweigern suchte. Auch die Entscheidung, spätestens ab Ende der achtziger Jahre eigene Nuklearwaffen zu entwickeln, dürfte sehr viel mit diesen internationalen Veränderungen und der eigenen Anpassungsverweigerung zu tun haben. Über chemische und biologische Waffen<sup>11</sup> soll Pjöngjang ebenfalls verfügen, obwohl es 1987 der Biowaffenkonvention beigetreten ist.

Heute besitzt Nordkorea als eines der ärmsten Länder der Welt mit einer Bevölkerung von knapp 22 Millionen Menschen zumindest quantitativ mit fast 1,1 Millionen aktiven Soldaten und 4,7 Millionen Reservisten, sowie Zehntausenden von konventionellen Waffen (bis zu 3800 Panzer, 2500 gepanzerte Kampffahrzeuge, 12.500 Artilleriesysteme, 620 Kampfflugzeuge und 24 Kampfhubschrauber) die fünftgrößte Armee der Welt. Rund 60 Prozent der nordkoreanischen Streitkräfte sind in einem Streifen von 100 Kilometern

9 Vgl. Comparison of economic indices between South and North Korea, in: The Ministry of National Defense ROK, Defense White Paper 2000, Seoul 2001, Appendix 4, S. 271; sowie CIA (Hg.), The World Factbook 2001, South Korea, in: [www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/ks.html](http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/ks.html). An sich wäre dafür das Bruttoinlandsprodukt als Indikator besser geeignet, es existieren jedoch keine vergleichbaren Angaben.

10 Siehe Agreement on Reconciliation, Nonaggression and Exchanges and Cooperation between the South and the North vom 13. Dezember 1991, in: The Ministry of National Defense ROK, Defense White Paper 2000 (Anm. 9), S. 291–293.

11 Vgl. Joseph S. Bermudez Jr., The Armed Forces of North Korea (Anm. 3), S. 224–243. Ebenso: The Ministry of National Defense ROK, 2001 Defense Data (Anm. 1), S. 8–9.

Breite nördlich der DMZ (Demilitarized Zone) disloziert.<sup>12</sup> Es wendet zwischen 25 bis 33 Prozent des Bruttosozialprodukts für seine militärische Verteidigung auf (Südkorea 3,2 Prozent).<sup>13</sup> Etwa 30 Prozent der Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 60 Jahren sind in irgendeiner Form für die militärische Verteidigung Nordkoreas tätig. Die Volksarmee ist der größte Arbeitgeber Nordkoreas. Das nordkoreanische Volk kann daher gegenwärtig ohne Übertreibung als die am weitesten militariserte Gesellschaft der Welt betrachtet werden.

Eine besondere Bedrohung stellt zweifelsohne die große Zahl von Artilleriewaffen darunter allein 2500 Mehrfachraketenwerfer dar, die grenznah aus verbunkerten Stellungen gegen die südkoreanische Hauptstadt Seoul eingesetzt werden können, da diese nur 40 Kilometer von der DMZ entfernt ist. In Seoul und Umgebung lebt über ein Viertel der Südkoreaner (von insgesamt 48 Millionen), die fast 50 Prozent des Bruttosozialproduktes erwirtschaften. Ein nordkoreanischer Angriff mit begrenzter Zielsetzung könnte daher enorme Verluste für Südkorea zu Folge haben. Zugleich dient die Artillerieüberlegenheit auch dazu, schnelle offensive Durchbrüche durch den grenznahen Minengürtel in Südkorea zu ermöglichen. Ein weiteres Problem sind die etwa 100.000 Mann Spezialkräfte, die Südkorea aus der Luft (An-2), von der Küste (Spezial-U-Boote) und durch geheime Tunnelgänge<sup>14</sup> unter der DMZ angreifen und eine zweite Front eröffnen können. Jedoch kann Pjöngjang nur einen Teil dieser Kräfte gleichzeitig verlegen.<sup>15</sup>

Hinzu kommen die intensiven Bemühungen zur Entwicklung eigener weitreichender Raketen aus dem sowjetischen einstufigen SCUD-Raketensystem mit einer Reichweite von 300 Kilometern. Operativ nutzbar verfügen sie seit 1998 über Raketenysteme mit einer geschätzten Reichweite von bis zu 1300 Kilometern (No-Dong 2). Insgesamt sollen über 500 Flugkörper verschiedener SCUD-Varianten existieren.<sup>16</sup> In den letzten zwanzig Jahren entwickelte und testete Nordkorea etliche zum Teil mehrstufige Raketentypen (Taepo-dong 1, Ro-dong 2) mit einer Reichweite von 1300 bis 4000 Kilometern.<sup>17</sup> An der Entwicklung von Raketen mit noch größerer Reichweite (Taepo-dong 2, No-dong 3) soll gearbeitet werden. Ballistische Flugkörper mit einer Reichweite von 500 Kilometern dec-

12 Siehe Statement of Admiral Dennis C. Blair, U.S. Navy Commander in Chief U.S. Pacific Command before the Senate Armed Services Committee on Fiscal Year 2002 Posture Statement 27 March 2001, S. 6. Ebenso Statement of General Thomas A. Schwartz, Commander in Chief United Nations Command/Combined Forces Command & Commander, United States Forces Korea before the House Appropriations Committee-Defense Subcommittee 8 March 2001, S. 5, in: [www.defenselink.mil/dodgc/lrs/docs/test01-03-08Schwartz.rtf](http://www.defenselink.mil/dodgc/lrs/docs/test01-03-08Schwartz.rtf).

13 Siehe CIA (Hg.), The World Factbook 2001, North Korea, in: [www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/kn.html](http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/kn.html).

14 Bisher sind von den amerikanischen und südkoreanischen Streitkräften vier nordkoreanische Tunnel unter der DMZ entdeckt und verschlossen worden. Es wird vermutet, dass bis zu 20 weitere geheime Tunnelanlagen existieren könnten.

15 Vgl. Joseph S. Bermudez Jr., The Armed Forces of North Korea (Anm. 3), S. 102.

16 Vgl. Statement of General Thomas A. Schwartz, Commander in Chief United Nations Command/Combined Forces Command and Commander, United States Forces Korea before the Senate Armed Services Committee 7 March 2000, in: [usinfo.state.gov/regional/ea/easec/schwartz.htm](http://usinfo.state.gov/regional/ea/easec/schwartz.htm).

17 Joseph S. Bermudez Jr., The Armed Forces of North Korea (Anm. 3), S. 236–291, besonders S. 276–277.

ken das ganze Territorium Südkoreas ab, mit einer Reichweite von bis zu 1500 Kilometern können sie US-Basen in Japan (einschließlich Okinawa) und deren großen Städte und Militäreinrichtungen, mit einer Reichweite von bis zu 2500 Kilometern andere US-Basen in Asien, mit einer Reichweite von bis zu 6000 Kilometern Alaska und Hawaii und über 6000 Kilometer das Territorium der USA selbst bedrohen.<sup>18</sup> Für rein konventionelle Militäraufgaben ist aber die Zielgenauigkeit dieser Flugkörper zu gering. Sie würden erst dann bedrohlich, wenn sie mit nuklearen, chemischen oder biologischen Sprengköpfen bestückt werden. Nordkoreas Raketentechnologie war und ist einer der wichtigsten Exportartikel, um Devisen zu verdienen. Raketen oder Teile davon sowie ihre Technologie wurden vor allem nach Pakistan, den Iran, Ägypten, Syrien und Libyen geliefert.

Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik Nordkoreas steht vor schwierigen Herausforderungen. Aufgrund des ökonomischen Zerfalls in den neunziger Jahren ist die Regierung nicht in der Lage, die Devisen zu verdienen, die für eine umfassende Modernisierung der Streitkräfte und den Neukauf von Waffen notwendig wären. Hinzukommt die wachsende Rückständigkeit der eigenen Zivilwirtschaft, die auch militärische Eigenentwicklungen zunehmend verteuert. Eine durchgreifende Modernisierung der Streitkräfte ist mit den eigenen Ressourcen in allen notwendigen militärischen Bereichen nicht durchführbar. Nordkorea kann – bis auf wenige Ausnahmen (z. B. in der Raketentechnik) – im qualitativen Bereich der Waffenentwicklung immer weniger mithalten. Seine Panzer und Kampfflugzeuge sind überwiegend veraltet. Die Masse seiner Panzer besteht aus den russischen Typen T-34, T-55, T-62, und dem chinesischen Typ 59. Bei den Luftstreitkräften sieht es kaum besser aus. Sie fliegen hauptsächlich Varianten der russischen Su-7, MiG-17, MiG-19 und MiG-21. Lediglich knapp hundert Systeme (MiG-23, Su-25 und MiG-29) sind etwas moderner einzuschätzen. Die Marine dient in erster Linie dem Küstenschutz, da Fregatten und Korvetten die größten Schiffsklassen bilden. Sie besitzt aber mit ihren kleinen rund 60 Spezial-U-Booten (für Spezialkräfte) und den über 130 Luftkissenlandungsbooten auch begrenzte offensive Fähigkeiten.

Die wirtschaftliche Misere zwang in den neunziger Jahren die nordkoreanischen Streitkräfte wegen Betriebsstoffmangels, ihre Übungstätigkeit besonders bei den Luftstreitkräften drastisch zu reduzieren. In den letzten beiden Jahren soll sich diese Situation aber wieder etwas gebessert haben.<sup>19</sup> Hinzu kommt, dass allgemein ihre logistischen Fähigkeiten und ihre Munitionsbevorratung angesichts der hohen Waffenzahlen als unzureichend eingeschätzt werden. Sie wären zu längeren feuerintensiven Gefechten kaum in der Lage. Die südkoreanischen und amerikanischen Luftstreitkräfte können außerdem mögliche offensive Durchbrüche nordkoreanischer mechanisierter Verbände nach Süden relativ einfach verhindern, da aufgrund der gebirgigen Landschaft Südkoreas nur wenige Täler dafür in Frage kommen.

Die Hauptgefahr für einen kriegesischen Konflikt geht gegenwärtig vor allem von der Schwäche des nordkoreanischen Regimes aus. Sie wird in den nächsten Jahren weiter

18 Ebenda, S. 256.

19 Siehe Statement of General Thomas A. Schwartz (Anm. 12), S. 5.



wachsen, auch wenn die jüngste Öffnung des Landes die Situation ein wenig entspannt hat. Es ist deshalb zu befürchten, dass die nordkoreanische Regierung im Falle eines drohenden Zusammenbruchs zur Rettung des eigenen politischen Systems ihr Heil in einem erneuten Krieg mit Südkorea suchen könnte. Außerdem erhöht diese Schwäche die Anreize, sich Massenvernichtungsmittel und weitreichende Trägersysteme zuzulegen.

## **2.2. Zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik Südkoreas**

Die südkoreanische Verteidigungspolitik wird wesentlich von den Erfahrungen des Korea-Kriegs bestimmt. Die Anwesenheit amerikanischer Truppen auf der koreanischen Halbinsel ist seither ein Grundprinzip südkoreanischer Abschreckungs- und Verteidigungspolitik, obwohl sich inzwischen das militärische Kräfteverhältnis deutlich zugunsten Seouls verändert hat. Sicherheitspolitisch sollen die US-Streitkräfte die Unabhängigkeit und Souveränität gegenüber den weit mächtigeren Nachbarn China und Russland sichern und die militärische Kontrolle Japans gewährleisten. Die südkoreanische Regierung trägt inzwischen über 50 Prozent der Stationierungskosten (ohne Lohnkosten der US-Soldaten und ihrer Zivilangestellten) der US-Streitkräfte. Die Militärdoktrin ist ähnlich der früheren NATO-Doktrin der Vorneverteidigung. Die Bodenverbände haben, unterstützt von einer starken Verminung der Grenze, den offensiven Angreifer so grenznah wie möglich an der 250 Kilometer langen DMZ aufzuhalten. Die Luftstreitkräfte sollen dabei den gegnerischen Vormarsch auch auf dessen eigenem Territorium bekämpfen können und sind offensiv orientiert. Die südkoreanischen Truppen verfügen hierfür über fast 650.000 Soldaten (ohne Marine), 2400 Kampfpanzer, 2500 gepanzerte Kampffahrzeuge, 5400 Artilleriesysteme, 560 Kampfflugzeuge und fast 120 Kampfhubschrauber.<sup>20</sup> Zusätzlich können sie im Krisen- und Kriegsfall über drei Millionen Reservisten mobilisieren.

Im Unterschied zu Nordkorea konnten die südkoreanischen Streitkräfte ihr Potenzial aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung Südkoreas kontinuierlich modernisieren, und ihre Kampfbereitschaft und Ausbildung ist deutlich höher als die der nordkoreanischen Truppen einzuschätzen. Ihre älteren M-48 Panzer wurden mehrfach modernisiert und die südkoreanische Variante (Typ 88) des amerikanischen M-1 Panzers reicht fast an dessen Fähigkeiten heran. Die 160 KF-16 Kampfflugzeuge bilden den Kern der Luftstreitkräfte und ein Teil der älteren F-4 Kampfflugzeuge soll durch ein modernes Modell aus Europa (Raphale Mk. 2) oder aus den USA (F-15K) ersetzt werden. Für die bodengestützte Luftverteidigung ist der Kauf der Patriot PAC-3-Version (SAM-X) vorgesehen, die im begrenzten Umfang auch zur taktischen Raketenabwehr taugt. Die Beschaffung eines neuen Kampfhubschraubers (AH-X) ist ebenfalls geplant.<sup>21</sup> Ab dem Jahre 2004 will die koreanische Armee 29 ATACM-Startgeräte (Block 1a) mit 111 Flugkörpern in den Dienst stellen, die eine Reichweite von 300 Kilometern besitzen und die seit 1997 stationierten

20 Zu den Quellenangaben siehe den Datenvergleich auf Seite 14.

21 Siehe Shim Jae Hoon, Craig Hoyle, South Korea revises plan for attack helicopter, in: Janes Defense Weekly vom 28. November 2001, S. 5. Geplant ist der Kauf von 40 Kampfflugzeugen und 36 Helikoptern.

ATACM-Systeme (Block 1) mit einer Reichweite von 165 Kilometern ergänzen.<sup>22</sup> Hinzu kommen ab 2005 neue Satellitensysteme zur Verbesserung der militärischen Kommunikation und Zielgenauigkeit gelenkter Munitionsflugkörper.<sup>23</sup>

Das südkoreanische Verteidigungsministerium hat außerdem in den neunziger Jahren auf bilateraler Basis begonnen, Kontakte zu den japanischen, russischen und chinesischen Streitkräfte aufzunehmen und einen Prozess der militärischen Vertrauensbildung eingeleitet. Ziel dieser Kontakte ist die Vermittlung der eigenen Versöhnungs- und Wiedervereinigungspolitik mit der DPRK, um eventuellen sicherheitspolitischen Besorgnissen der Nachbarstaaten vor einem vereinten Korea schon im Vorfeld die Spitze zu nehmen.<sup>24</sup>

Kurz nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und der ROK tauschten beide Seite 1993/94 Militärattachés aus. Seit dem Besuch Kim Dae-jungs in China im Jahre 1998 und der Vereinbarung einer kooperativen Partnerschaft für das 21. Jahrhundert haben sich die militärischen Beziehungen zum ehemaligen Gegner kontinuierlich verbessert.<sup>25</sup> Sportliche Wettkämpfe zwischen den Streitkräften beider Länder bildeten den Ausgangspunkt dafür, ab 1999 auch den Austausch von Offizieren einzuleiten. Im Jahre 2000 besuchte zum ersten mal der chinesische Verteidigungsminister Seoul, nachdem ein Jahr zuvor sein südkoreanisches Pendant in Beijing seine Aufwartung gemacht hatte. Seither fanden mehrfach Treffen auf Ministerebene statt, die nach den letzten Gesprächen im Dezember 2001 künftig regelmäßig erfolgen sollen.<sup>26</sup> 2001 besuchte ein südkoreanischer Flottenverband China (Shanghai), er wird in diesem Jahr von einem chinesischen Verband erwidert.

Nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Russland im Jahre 1990 tauschte man im folgenden Jahr Militärattachés aus.<sup>27</sup> Ab 1994 begannen die Gespräche auf Verteidigungsministerebene und ein umfangreiches wechselseitiges Besuchsprogramm hochrangiger Offiziere beider Seiten. Das Treffen markierte zugleich den Beginn der Institutionalisierung der militärischen Vertrauensbildung. Noch im gleichen Jahr verabschiedete man ein Abkommen zur Vermeidung von Zwischenfällen auf hoher See, das inzwischen in jährlichen Gesprächen überprüft wird; 1996 ein Abkommen über Militärische Kooperation; 1997 eine Vereinbarung über die Kooperation in Militärwissenschaftlichen Fragen, der Verteidigungsindustrie und der Logistik; 1998 folgte ein „Memorandum of Understanding“ für wechselseitige Besuche von Offizieren. Mittlerweile haben

22 Siehe Hwang Jang-jin, Korea to deploy first Missile with 300-km range, in: The Korean Herald, 4. Januar 2002, in: [www.koreaherald.co.kr/SITE/data/html\\_dis/2002/01/04/200201040067.asp](http://www.koreaherald.co.kr/SITE/data/html_dis/2002/01/04/200201040067.asp).

23 Vgl. Kim Deok-hyun, Korea Plans to Launch Military Satellite in 2005, in: The Korean Times, 9. Januar 2002, in: [www.koreatimes.co.kr/times/200201/t2002010916520940110.htm](http://www.koreatimes.co.kr/times/200201/t2002010916520940110.htm).

24 Siehe Ministry of National Defense ROK, Defense White Paper 2000 (Anm. 9), S. 119.

25 Ebenda, S. 122–123.

26 Siehe die Ergebnisse des letzten bilateralen Ministertreffens in Beijing am 13. Dezember 2001, in: ROK-China Defense Ministerial Talks` outcome and significance reconfirmed China backs the ROK's policy toward North vom 26. Dezember 2001, in: [www.mnd.go.kr/mndeng\\_servlet/brd07S\\_v?gesi\\_code1=07&gesi\\_code2=01&gesi\\_code3=00&gesi\\_seqno=20011226150818](http://www.mnd.go.kr/mndeng_servlet/brd07S_v?gesi_code1=07&gesi_code2=01&gesi_code3=00&gesi_seqno=20011226150818).

27 Siehe ausführlicher Ministry of National Defense ROK, Defense White Paper 2000 (Anm. 9), S. 122–123.

die Marinestreitkräfte beider Länder gemeinsame Such- und Rettungseinsätze auf See geübt, und es finden jährliche Konsultationstreffen zum Meinungsaustausch über die Verteidigungspolitik beider Länder statt. Die Verhandlungen über einen Pakt zur Vermeidung gefährlicher militärischer Aktivitäten dauern noch an. Südkorea hat außerdem zum Abbau russischer Schulden (in Höhe von drei Milliarden US-Dollar) in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre auch 80 russische T-80 Panzer und 40 BMP-3 Schützenpanzer erworben.<sup>28</sup> Wegen der komplizierten und langwierigen Ersatzteilversorgung durch russische Rüstungsfirmen wurden jedoch diese Bemühungen vom südkoreanischen Verteidigungsministerium wieder eingestellt.

Auch mit Japan sind die militärischen Kontakte nach dem Austausch von Militärattachés 1966 in den neunziger Jahren intensiviert worden.<sup>29</sup> Seit 1994 treffen sich die Verteidigungsminister jährlich und ab 1998 wurden die sicherheitspolitischen Konsultationen deutlich erweitert. 1999 richtete man zwischen dem südkoreanischen Verteidigungsministerium und der japanischen Verteidigungsbehörde, sowie den jeweiligen Luft- und Seestreitkräften Kommunikationskanäle für Notfälle ein, und es fand eine erste gemeinsame Such- und Rettungsaktion auf hoher See mit diesen beiden Teilstreitkräften statt. Seit dem Jahr 2000 hat man auch mit dem Austausch von Militärkadetten zwischen der Koreanischen Militärakademie und Marineakademie der japanischen Verteidigungsuniversität begonnen. 2001 gab es zeitweise einen Rückschlag in den bilateralen Militärbeziehungen, der durch die einseitige Darstellung der Geschichte in neuen japanischen Schulgeschichtsbüchern ausgelöst wurde. Nachdem im Herbst letzten Jahres der südkoreanische und der japanische Präsident die Einrichtung einer gemeinsamen Kommission zur Überarbeitung der Bücher beschlossen, wurde von Südkorea der Prozess der militärischen Vertrauensbildung wieder fortgesetzt.<sup>30</sup>

Das zeigt beispielhaft, in welchem Umfang der europäische Prozess der militärischen Vertrauensbildung bis nach Nordostasien ausstrahlt und dort zur Kontrolle und zum Abbau der militärischen Bedrohung beiträgt. Die südkoreanischen Streitkräfte können inzwischen auf erhebliche Erfahrungen in diesem Bereich zurückblicken. Auffällig ist, dass sowohl zwischen demokratischen Staaten untereinander (ROK und Japan) als auch zwischen demokratischen und nichtdemokratischen Ländern VSBMs bestehen. Dabei ist diese Art der Beziehungen zur autoritär geprägten Führung Chinas am wenigstens und zum demokratischen Japan am weitesten entwickelt. Die VSBMs zur sich demokratisierenden Russischen Föderation lassen sich dazwischen einordnen. Die Bereitschaft Japans zu solchen Maßnahmen hängt eng mit seiner imperialen und aggressiven Historie zusammen und soll seine Nachbarn besänftigen. Für Südkorea wird so der sicherheitspolitische Dialog mit einer wachsenden militärischen Kooperation verknüpft, und damit langfristig die eigene Sicherheit stärker mit der Japans verbunden.

28 Siehe IISS (Hg.), *The Military Balance 2000–2001*, S. 203.

29 Vgl. Ministry of National Defense ROK, *Defense White Paper 2000* (Anm. 9), S. 120f.

30 Siehe Hwang Jang-jin, *Korea, Japan to resume joint military exercises*, in: *The Korea Herald*, 19. Januar 2002, in: [www.koreaherald.co.kr/SITE/data/html\\_dir/2002/01/19/200201190042.asp](http://www.koreaherald.co.kr/SITE/data/html_dir/2002/01/19/200201190042.asp).

### 2.3. US-Streitkräfte für Südkorea

Die Verteidigung Südkoreas ist Teil der Aufgabe der US-Streitkräfte im Pazifik. Mit dem Ende des Kalten Kriegs wurde die Personalstärke der amerikanischen Streitkräfte im Pazifik (ohne Marine) von 150.000 auf jetzt etwa 100.000 Mann vermindert.<sup>31</sup> Ihre zentralen Aufgaben<sup>32</sup> sind neben der Verteidigung Südkoreas der Schutz Taiwans, das Freihalten der Seewege im Südchinesischen Meer, wenn es zu militärischen Konflikten zwischen China und seinen südlichen Nachbarn kommen sollte, sowie der Schutz Japans. Letztere beinhaltet zugleich auch eine gewisse Kontrollkomponente, die Tokio davon abhalten soll, wieder zur militärischen Großmacht zu werden und sich Massenvernichtungsmittel zuzulegen. Im September 1997 wurden allerdings die US-Japanischen Verteidigungsrichtlinien erweitert. Die japanischen Selbstverteidigungskräfte nehmen nicht nur mehr Verantwortlichkeit für die Sicherheit auf ihrem Territorium, sondern nun auch in größerem Umfang (bis zu 1000 Seemeilen) um ihre Inseln herum wahr. Die USA versuchen damit das ökonomisch sehr potente Japan an den Kosten der Sicherheit in Nordostasien stärker zu beteiligen. Seit dem 11. September 2001 gibt es erneut amerikanisch-japanische Gespräche darüber, wie Japan die USA durch zusätzliche militärische Anstrengungen in der Region und global unterstützen können. Angesichts der negativen Erfahrungen vieler Nachbarländer mit den japanischen Streitkräften in der Vergangenheit (auch in Korea) wird diese Entwicklung teilweise sehr kritisch beobachtet.

Die US-Streitkräfte des Pazifikkommandos setzen sich (ohne Marine) wie folgt zusammen:<sup>33</sup> Die Air Force (US Pacific Air Force = PACAF) unterhält etwas über 38.000 Soldaten mit ca. 300 Kampfflugzeugen auf neun Hauptstützpunkten. Der größte Teil der Kräfte ist in Alaska, auf Hawaii, auf Guam, in Japan (90 Kampfflugzeuge) und in Südkorea stationiert. Dazu kommen etwas über 50.000 Soldaten der US Army. Das Hauptkontingent der amerikanischen Bodentruppen befindet sich in Südkorea, weitere 1600 Mann sind in Japan und 15.000 Mann in der schnell zu verlegenden 25. leichten Infanteriedivision auf Hawaii disloziert. Das US Marinecorps (USMC) besitzt im Westpazifik schätzungsweise 25.000 Marines mit 150 bis 160 Kampfflugzeugen und Kampfhubschraubern. Davon sind rund 18.000 Marines in Japan und 5700 auf Hawaii stationiert. Bis zu 400 Kampfflugzeuge können von bis zu vier Flugzeugträgern sowie Hubschraubertägern der US-Pazifikflotte hinzukommen. Im Verteidigungsfall können die US-Ergänzungsstreitkräfte (Augmentation Forces) auf bis zu 690.000 Soldaten aufgestockt werden.<sup>34</sup>

31 Siehe Stanley B. Weeks, Charles A. Meconis, *The Armed Forces of the USA in the Asia-Pacific Region*, London, New York 1999, S. 252–255. Die Zahlenangaben berücksichtigen nicht die Soldaten der US-Marine im Pazifik.

32 Ebenda, S. 222.

33 Die Zahlenangaben fußen auf, IISS (Hg.), *The Military Balance 2001–2002*, S. 26f. Siehe hierzu auch: 2000 Report to Congress Military Situation on the Korean Peninsula vom 12. September 2000.

34 Diese Zahl wird nur dann erreicht, wenn die US-Streitkräfte an keinem anderen Militärkonflikt gebunden sind und berücksichtigen auch das Personal der US-Marine. Siehe *The Ministry of National Defense ROK, Defense White Paper 2000* (Anm. 9), S. 81–82.

Im Korea-Krieg und mit der Waffenstillstandsvereinbarung haben die USA durch ihre Stationierungstruppen (US Forces in Korea = USFK) den Schutz Südkoreas mit übernommen. Die Grundlage dafür ist das wechselseitige Verteidigungsabkommen vom 1. Oktober 1953.<sup>35</sup> Insgesamt sind zurzeit knapp 37.000 Mann, davon 9000 Soldaten bei den Luftstreitkräften und 27.000 Soldaten als Bodentruppen in Südkorea anwesend.<sup>36</sup> Die zweite Infanteriedivision als ihr wichtigster Großverband gehört dabei zu den Einheiten mit der modernsten Waffenausstattung (M-1A Panzer, M-2/-3 Schützenpanzer, M-109A2/A3 Panzerhaubitzen) in den amerikanischen Landstreitkräften. Ihr angegliedert ist eine Kampfhubschrauberbrigade mit 70 AH-64 Kampfhubschrauber und eine Artillerieeinheit mit 30 weitreichenden Mehrfachraketenwerfer (MLRS). Die bodengestützte US-Luftverteidigung stützt sich auf auch das für die taktische Raketenabwehr taugliche Patriot (PAC 2)-System. Für schnelle Verstärkungen ist zusätzlich der Kampfsatz einer schweren Brigade eingelagert. Die 7. US Air Force unterhält in Korea zwei Geschwader auf zwei Basen (Osan, Kunsan) mit fast 90 Kampfflugzeugen (F-16, A-10) sowie einigen U-2 Aufklärern. Schnelle Verstärkungen sind von Japan (90 Kampfflugzeuge, 18.000 Marines) und von Hawaii (20.000 Soldaten der US-Armee und des USMC) aus in Krisensituationen möglich.

Die weitere Entwicklung der US-Streitkräfte in der Region ist zurzeit unklar, da die Ereignisse nach dem 11. September 2001 voraussichtlich einen erheblichen Einfluss auf die künftigen Militärplanungen haben werden. Hinzu kommt, dass auch die Auswirkungen der *Revolution in Military Affairs* (RMA), deren Entwicklung unter US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld beschleunigt werden soll, noch nicht sicher einzuschätzen sind. Ähnlich wie in Europa können dabei die wachsenden technologischen Unterschiede in den militärischen Fähigkeiten zwischen den USA und Südkorea immer größere Probleme für gemeinsame Operationen aufwerfen, auch wenn sie dort nicht so gravierend einzuschätzen sind. Erfolge in der RMA und die Anpassung der US-Militärplanung an die gestiegene Bedrohung durch internationale Terrornetzwerke können weitere amerikanische Truppenreduzierungen in Korea begünstigen.<sup>37</sup>

Mit der Aufnahme der diplomatischen Beziehung zwischen China und den USA wurden auch die Kontakte hochrangiger Militärs zwischen beiden Staaten intensiviert. Bis Mitte 1989 entwickelte sich eine fast rege wechselseitige Besuchstätigkeit hochrangiger Offiziere und Verteidigungspolitiker, welche jedoch die US-Regierung nach dem Massaker der chinesischen Streitkräfte auf dem Tianamenplatz abrupt einstellte. Im August 1994 begann man allmählich die militärischen Kontakte wieder zu beleben, doch Diffe-

35 Siehe Mutual Defense Treaty between the Republic of Korea and the United States of America, in: The Ministry of National Defense ROK, Defense White Paper 2000 (Anm. 9), S. 312f.

36 Zur Dislozierungsstruktur der amerikanischen Streitkräfte in Südkorea siehe Stanley B. Weeks, Charles A Meconis, The Armed Forces of the USA in the Asia-Pacific Region (Anm. 31), S. 95.

37 Vgl. Shim Jae-yun, US may cut forces in Korea, in: The Korean Times, 23. Dezember 2001, in: [www.koreatimes.co.kr/times/200112/t2001122316492740110.htm](http://www.koreatimes.co.kr/times/200112/t2001122316492740110.htm); siehe auch Bryan Bender, Terror remaps US Troop deployment, in: The Boston Globe, 17. Januar 2002, S. A1.

renzen in der Taiwan-Frage führten zeitweise zu erneuten Störungen.<sup>38</sup> 1997 gab es erste wechselseitige Flottenbesuche, die eine Institutionalisierung des militärischen Dialogs einleiteten. Der Besuch des chinesischen Präsidenten Ziang Zemin in den USA im gleichen Jahr führte dann Anfang 1998 zum Abschluss eines Abkommens über einen Konsultationsmechanismus zur Verhütung und der Regelung von unbeabsichtigten militärischen Zwischenfällen auf und über hoher See. Das Abkommen sieht einen regelmäßigen Überprüfungsmechanismus vor. Es wurde noch im gleichen Jahr durch eine weitere Vereinbarung ergänzt, die kooperative Maßnahmen in der humanitären Hilfe, bei Naturkatastrophen, beim Schutz der Umwelt im militärischen Bereich und den Austausch von Beobachtern bei militärischen Übungen beinhaltet. Außerdem erklärten beide Präsidenten, beim Besuch Clintons in Beijing im Juni 1998, dass sie ihre nuklearstrategischen Waffen nicht mehr wechselseitig gegeneinander richten werden. Es wurden regelmäßige hochrangige Verteidigungskonsultationen auf der Ebene der stellvertretenden Verteidigungsminister verabredet, die bis zum Ende der Clinton-Administration viermal stattfanden und auch der Planung der militärischen Kontakte und Austauschmaßnahmen dienten. Nach dem amerikanischen Bombardement der chinesischen Botschaft in Belgrad während des Kosovo-Krieges Anfang Mai 1999 kam es allerdings zu einem erneuten Bruch in den Beziehungen, der bis Anfang 2000 währte.<sup>39</sup> Am 21. November 2000 erklärte sich die chinesische Regierung außerdem bereit, künftig weitgehend die Regeln des MTCR zu achten, ohne allerdings dem MTCR beizutreten. Über die darunter fallenden Listen von Materialien und Technologien wollte man weitere bilaterale Verhandlungen führen.

Die US-Regierung unter Clinton hatte die militärische Vertrauensbildung vor allem mit dem Ziel betrieben, mehr Offenheit und Berechenbarkeit im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich zwischen beiden Ländern herzustellen. Damit sollten gerade in der Taiwan-Frage Missverständnisse vermieden und unnötige Spannungen abgebaut werden. Während sich die US-Streitkräfte den chinesischen Militärs und Verteidigungspolitikern weit öffneten, beschränkte die chinesische Regierung solche Kontakte weitgehend auf die eigenen Landstreitkräfte und klammerte die übrigen militärischen Institutionen fast vollständig davon aus. Die konservative Mehrheit im US-Kongress drängte daher in ihrem Bewilligungsbescheid für das Haushaltsjahr 2000 auf eine strikte Beachtung der Reziprozität und verlangt seither einen jährlichen Bericht über diese Kontakte.<sup>40</sup>

Mit Bushs Amtsantritt wurden diese Beziehungen einer Überprüfung unterzogen und kamen nach dem Zusammenstoß zwischen einem US-Beobachtungsflugzeug und einem chinesischen Jagdflugzeug über dem Südchinesischen Meer Anfang April 2001 vollständig zum Erliegen. Der 1998 vereinbarte Konsultationsmechanismus musste eine ernste Be-

38 Siehe Ministry of Foreign Affairs of the Peoples Republic, Military Exchange Between China and the U.S. in: [www.fmprc.gov.cn/eng/4956.html](http://www.fmprc.gov.cn/eng/4956.html).

39 Zu den amerikanischen militärischen Kontakten im Jahre 2000 siehe den Report on Military-to-Military Exchanges with the People's Liberation Army vom 8. Juni 2001 nach dem vom US-Kongress beschlossenen Gesetz für die Bewilligung des Verteidigungsetat für das Fiskaljahr 2000 (Public Law 106-65, Section 1201(e)).

40 Ebenda.

währungspolizei bestehen. Die beiderseitigen wirtschaftlichen Interessen und die chinesische Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus nach dem 11. September 2001 sowie der China-Besuch Bushs Ende Februar 2002 führten aber wieder zu einer deutlichen Verbesserung der Kontakte, die jedoch bisher nur von Fall zu Fall und unter Beachtung des Prinzips der Reziprozität erfolgen, wenn sie amerikanischen Interessen nützen. Vielleicht werden noch in diesem Jahr wieder regelmäßige militärische Kontakte aufgenommen, die neben den bisher vereinbarten Aufgaben zusätzlich auch der gemeinsamen Bekämpfung des Terrorismus, der Kooperation bei *peace-keeping*-Operationen sowie der Drogen- und Piratenbekämpfung dienen.<sup>41</sup> Doch die Veröffentlichung des geheimen amerikanischen Nuclear Posture Review, in dem der Ersteinsatz von Nuklearwaffen auch gegen China nicht ausgeschlossen wird und der Empfang des taiwanesischen Verteidigungsministers in Washington könnten hier erneut zu Verstimmungen führen.<sup>42</sup>

**Quantitativer Vergleich der konventionellen Waffen zwischen Nord- und Südkorea und den direkten Nachbarstaaten in Nordostasien im Jahr 2000 (einschließlich Marineinfanterie)**<sup>43</sup>

	Personal	Panzer	geg. Kampf- fahrzeuge	Artillerie	Kampf- flugzeuge	Kampfhub- schrauber
<b>RUSSLAND</b> <b>MB Fernost</b>	138.000*	3900	6400	3000	515 mit MB Sibirien	85
<b>CHINA</b> <b>MR</b> <b>Shenjang</b>	250.000*	2000	1800	n.a.	bis 1000	n.a.
<b>DPRK</b>	1.046.000	3500- 3800	2300- 2500	11.500- 12.500	621	24+
<b>ROK</b>	623.000- 647.000	2360- 2390	2400- 2543	5230- 5425	560	117
<b>USFK</b>	36.200	116	237	60	90	70
<b>USFJ</b>	34.500	100*	300+*	300*	90+	50*
<b>JAPAN</b>	235.600	1080	840	800	363	90
<b>Differenz</b> <b>USFK +</b> <b>ROK</b> <b>zu DPRK</b>	- 363.000	- 1000- 1320	+ 280- 480	- 6015- 7110	+29	+163

\* Schätzwert

41 Siehe U.S. Pacific Commander Says No Sanctuary for Terrorists in Asia, Washington File, 27. Februar 2002, in: [usinfo.state.gov/cgi-bin/washfile/display.pl?p=/products/washfile/latest&f=02022704.elt&t=/products/washfile/newsitem.shtml](http://usinfo.state.gov/cgi-bin/washfile/display.pl?p=/products/washfile/latest&f=02022704.elt&t=/products/washfile/newsitem.shtml).

42 Vgl. o.A., China wirft Amerika „nukleare Erpressung“ vor, in: FAZ, 18. März 2002, S. 6.

43 Quellen: Ministry of National Defense ROK, Defense White Paper 2000 (Anm. 9), S. 32, 36, 39, 50–55, 74–81; IISS (Hg.), The Military Balance 2000–2001, S. 29, 33, 124f., 195, 201–205.

## Geographische Karte Nordostasiens



DMZ: Demilitarisierte Zone

MR SHENJANG: Militärregion Shenjang (China)

MB FERNOST: Militärdistrikt Fernost (Der gesamte hier dargestellte Teil Russlands gehört zum MD Fernost, der sich an den westlich angrenzenden MB Sibirien bis zur Arktis hoch erstreckt. Die Grenzlinien innerhalb Russlands markieren die Verwaltungsgrenzen zwischen den Regionen Primorskji, Chabarowskji und Amur.)



Stellt man die ROK- und US-Truppen gemeinsam den nordkoreanischen Streitkräften gegenüber, so ergibt sich folgendes Bild. Der rein quantitative Vergleich zeigt, dass Nordkorea nur in der Zahl der Soldaten (+360.0000), der Panzer (+1300) und vor allem in der Artillerie (+7000) überlegen ist, in den übrigen erfassten Waffenkategorien (gepanzerte Kampffahrzeuge, Kampfhubschrauber, Kampfflugzeuge) sind die südkoreanischen und amerikanischen Truppen zusammen quantitativ stärker. Werden außerdem die wachsenden qualitativen Vorteile der ROK- und US-Verbände berücksichtigt (höherer Mechanisierungsgrad, Fähigkeit zum Gefecht der verbundenen Waffen, Vorteile in der Aufklärung und Führung), so kann von einem militärisch bedeutsamen Übergewicht der DPRK nur bei der Artillerie und den Spezialtruppen ausgegangen werden. Für Südkorea resultiert daraus, die zuvor beschriebene „Geiselfunktion“ des Großraums um Seoul. Nordkorea dagegen dürfte sich hauptsächlich von den überlegenen Luftstreitkräften der USA bedroht sehen, die den quantitativ kleineren aber qualitativ besser ausgerüsteten ROK- und US-Landstreitkräfte auch Offensivoptionen eröffnen.

#### **2.4. Zur russischen Verteidigungspolitik**

Die Sowjetunion war in der Vergangenheit ein wichtiger Verbündeter Pjöngjangs, auch wenn beide Staaten nur einen schmalen gemeinsamen Grenzabschnitt von 19 Kilometern Länge im Nordosten Nordkoreas teilen. Grundlage ist seit 1961 ein Beistandsvertrag, der Pjöngjang für den Fall eines Angriffs die militärische Unterstützung der Sowjetunion und später Russlands sicherte. Doch mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und der Auflösung der Sowjetunion verlor Moskau unter dem russischen Präsidenten Boris Jelzin weitgehend das Interesse an Nordkorea. Zum einen war Russland genügend mit sich selbst und seinen Reformanstrengungen beschäftigt, zum anderen boten in Nordkorea die sich zuspitzenden Wirtschaftsprobleme und der Reformunwillen der politischen Führung kaum Perspektiven, die bilateralen Beziehungen neu zu beleben. Die Umstellung des russischen Außenhandels auf harte Devisen schuf zusätzliche Schwierigkeiten für das hoch verschuldete und chronisch devisenschwache Nordkorea. Außerdem stießen die nuklearen Ambitionen Pjöngjangs Anfang der neunziger Jahre auch in Moskau auf Bedenken und Ablehnung. Schließlich wollte man sich auch von Pjöngjang nicht in eine Konfrontation mit den USA hineinziehen lassen.

Erst unter Präsidenten Putin, der die Rolle Russlands in der Welt wieder stärken will, begann eine Neubestimmung der Beziehungen. Sie führte im Februar 2000 zu einem neuen Vertrag über Freundschaft und Kooperation, der das alte Beistandsabkommen aus dem Jahre 1961 ersetzt.<sup>44</sup> Die Beistandsverpflichtung wurde abgeschwächt und der Aspekt der wechselseitigen Kooperation stärker betont. Russland betrachtet sich seither nicht mehr nur als Lieferant von Sicherheit und Nordkorea als dessen Empfänger. Zugleich hat Moskau großes Interesse an einer Schienen- und Straßenverbindung von Russland über

44 Vgl. The Ministry of National Defense ROK, Defense White Paper 2000 (Anm. 9), S. 43–44.

Nordkorea nach Südkorea<sup>45</sup>, um den mit Seoul gestiegenen Außenhandel einfacher abwickeln zu können und um Nordkorea eine neue Einnahmequelle für die Bezahlung seiner Schulden zu eröffnen. Die wirtschaftliche Entwicklung der südlichen russischen Regionen Primorji und Chabarowskji in Fernost soll stärker mit der wirtschaftlichen Dynamik Südkoreas verzahnt werden. Darin sieht man einen wichtigen Schritt, um die schwache Infrastruktur und Wirtschaft in Sibirien und Fernost zu stärken. Die Abwanderung der russischen Bevölkerung soll so verhindert und dem wachsenden chinesischen Einfluss besser begegnet werden.<sup>46</sup> Die ungewöhnliche Moskaureise des nordkoreanischen Führers Kim Jong-il mit der transsibirischen Eisenbahn im August 2001 diene der Unterstützung dieser Ziele.

Außerdem spekuliert man im Kreml darauf, durch die politische Unterstützung für die nordkoreanische Grenzöffnung wenigstens teilweise die eigenen Schulden gegenüber Südkorea abzubauen. Die russische Rüstungsindustrie hat wieder im Rahmen des im April 2001 abgeschlossenen Lieferabkommens begrenzte Waffenexporte nach Nordkorea aufgenommen.<sup>47</sup> In erster Linie geht es dabei um Ersatzteillieferungen, aber auch um Flugzeugteile zur Endmontage des MiG-29 Jagdflugzeugs. Moskau drängt aber auf eine baldige Bezahlung dieser Lieferungen und der noch ausstehenden Schulden.

Die Bereitschaft Russlands, die nordkoreanischen Streitkräfte bei ihrer Modernisierung zu unterstützen, könnte es der politischen Führung in Pjöngjang erleichtern, sich auf mehr Transparenz und auf eine Beschränkung seiner militärischen Handlungsmöglichkeiten einzulassen. Größere russische Waffenlieferungen sind angesichts der Devisenknappheit Pjöngjangs ohnehin wenig wahrscheinlich, außerdem geriete dann Moskau schnell in Widerspruch zu seinen ökonomischen Interessen in Südkorea.

Im engeren militärischen Bereich ist festzuhalten, dass Russland in den neunziger Jahren in Sibirien und dem Militärbezirk Ferner Osten seine Streitkräfte weniger stark als in Europa abgebaut hat. Ansonsten leiden dort die russischen Truppen unter den gleichen Problemen wie in Europa. Soldzahlungen erfolgen verspätet, für das Ausbildungs-, Trainings- und Übungsprogramm stehen kaum Mittel zur Verfügung, die Modernisierung der Ausrüstung ist seit Anfang der neunziger Jahre aus finanziellen Gründen nicht mehr möglich. Die russischen Streitkräfte wären daher schon militärisch kaum in der

45 Siehe Shim Jae-yun, Russia opens railway office in P'yang over TSR (Transsibirien Railway) project, in: The Korean Times, 19. Dezember 2001, in: [www.koreatimes.co.kr/kt\\_nation/200112/t2001121917272341110.htm](http://www.koreatimes.co.kr/kt_nation/200112/t2001121917272341110.htm).

46 Allein in der Region Primorskji mit zwei Millionen Einwohner verlassen zur Zeit jährlich 20.000 Russen den Fernen Osten aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen. Siehe Virginie Coulloudon, Exodus from the Russian Far East, in: RFE/RL Newline, Jg. 6, Nr. 17, Teil I, 28. Januar 2002.

47 Nordkorea forderte in die Verhandlungen die Lieferung von modernen Kampfflugzeugen, S-300 Flugabwehrraketen, neue Radarsysteme, T-90 Panzer und neuen Kampfschiffen mit einer Verdrängung von mehr als 3000t (Fregattenklasse) und verband dies mit der Bereitschaft, Russland bei der Anbindung der neuen Zugverbindung zwischen Süd- und Nordkorea an die transsibirische Eisenbahn zu unterstützen. Vgl. o. A., 'Russia, N.K. make progress on high-tech weapons trade', in: The Korean Herald, 30. Juli 2001, in: [www.mofat.go.kr/ko/info/sisa\\_view.mof?seq\\_no=2789&b\\_code=sisa\\_2&si\\_dcode=ZZ-99](http://www.mofat.go.kr/ko/info/sisa_view.mof?seq_no=2789&b_code=sisa_2&si_dcode=ZZ-99). Gemessen an diesen weitreichenden Forderungen waren die russischen Zugeständnisse bisher gering.

Lage, Nordkorea im Kriegsfall bedeutsam zu unterstützen und aus politischen Gründen würde der Kreml erst recht eine solche Auseinandersetzung zu vermeiden suchen. Allenfalls zu Waffen-, Munitions- und Ersatzteillieferungen wäre man befähigt. Von daher sind die folgenden Zahlen für die militärische Stärke im Militärbezirk Fernost mit großer Zurückhaltung zu betrachten, auch wenn der größte Teil davon in den südlichen bevölkerungsreichsten Regionen nahe der chinesischen und nordkoreanischen Grenze disloziert ist. Im Jahre 2001 unterhielt Moskau dort in den Land- und Luftstreitkräften schätzungsweise 138.000 Soldaten, 3900 Panzer, 6400 gepanzerte Kampffahrzeuge, 3000 Artilleriesysteme, 515 Kampfflugzeuge (einschließlich MB Sibirien) und 85 Kampfhubschrauber.<sup>48</sup> Bis auf wenige Einheiten, ist der größte Teil der Verbände gekadert, dass heißt, erst nach umfangreichen personellen Mobilisierungsmaßnahmen einsetzbar.

Militärisch besonders bedeutsam ist die nahe an der nordkoreanischen Grenze liegende Hafenstadt Wladiwostok, die das Kommando der russischen Pazifikflotte beherbergt und als ihr Hauptstützpunkt mittels Eisbrecher ganzjährig eisfrei gehalten wird. Das ist auch für die wirtschaftliche Entwicklung wichtig, denn Wladiwostok ist der östliche Endpunkt der transsibirischen Eisenbahn.

Da Präsident Putin die russischen Streitkräfte bis zum Jahre 2004 auf etwa eine Million Soldaten reduzieren will, ist in Fernost mit einem weiteren Abbau der Truppen zu rechnen, der Umfang ist aber noch unbekannt. Größere Modernisierungen der russischen Verbände sind – wenn überhaupt – frühestens ab 2006 bis 2010 zu erwarten. Moskau hat aus wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Gründen ein großes Interesse an der süd-koreanischen Entspannungspolitik und unterstützt sie daher nachdrücklich.

## 2.5. Zur chinesischen Verteidigungspolitik

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts hat sich auch für China die Bedrohungslage drastisch gewandelt. Russland und die übrigen sowjetischen Nachfolgestaaten werden seither kaum mehr als militärische Bedrohung wahrgenommen. Im Gegenteil, die sicherheitspolitische und militärische Kooperation hat zwischen Moskau und Peking im Rahmen ihrer neuen strategischen Kooperation durch vielfältige militärische Aktivitäten – darunter die Lieferung modernster konventioneller russischer Waffen – deutlich zugenommen. Deshalb verfolgt Beijing inzwischen an seiner Nord- und an seiner Westgrenze ein eher defensives Verteidigungskonzept. Das wird seit 1996 auch durch das einzige konventionelle Rüstungskontrollabkommen Chinas dokumentiert, welches es mit Russland, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan über eine gemeinsame Grenze von 6450 Kilometern abgeschlossen hat.<sup>49</sup>

48 Zu den Quellen der Angaben siehe den militärischen Datenvergleich auf Seite 14.

49 Ursprünglich 1990 zwischen der Sowjetunion und China vereinbart, traten bis 1996 auch die genannten Nachfolgestaaten der Sowjetunion dem Abkommen bei. Die Vereinbarung beinhaltet, dass jede Vertragspartei an seiner Grenze zu den übrigen Teilnehmerstaaten auf 100 Kilometer Breite eine militärisch verdünnte Zone einrichtet. Dazu gehören ein jährlicher Informationsaustausch und wechselseitige Beobachtungsbesuche. Vgl. Agreement between the Russian Federation, the Republic of Kazakhstan, the

Chinas Verteidigungspolitik ist derzeit auf das Führen regional begrenzter Kriege (auch Zweifrontenkriege) konzipiert. Man sucht nicht die globale Auseinandersetzung mit den USA, sondern konzentriert sich auf mögliche militärische Bedrohungen in der direkten Nachbarschaft (Taiwan, Japan, Korea, Indien, Pakistan, Islamischer Fundamentalismus). In diesem Kontext werden aber mögliche Konflikte mit den USA nicht ausgeschlossen. Dabei dient die nukleare Rüstung dazu, auf globaler und auf regionaler Ebene andere Nuklearmächte vor einem militärischen Angriff auf die chinesische Volksrepublik abzuhalten. Die konventionelle Verteidigungsplanung geht von regionalen militärischen Konflikten in so genannten Kriegszonen aus. Die Aufteilung des Landes in sieben Militärregionen orientiert sich an diesen potenziellen Kriegszonen.

Nach dem zweiten Golfkrieg haben sich chinesische Militärplaner verstärkt den Konsequenzen daraus für die eigene Verteidigungsplanung zugewendet und diskutieren seither intensiv die Folgen der *Revolution in Military Affairs* (RMA). Die Beschaffung modernster russischer Jagdbomber (Su-27/-30) und Zerstörer (Sovremenny-Klasse) werden dabei als eine kostengünstige Interimslösung betrachtet, um Zeit für die Entwicklung eigener konventioneller Hochtechnologie Waffen zu gewinnen. Zugleich will man von der fortgeschrittensten russischen Waffentechnologie profitieren.

Die chinesischen Streitkräfte betonen in ihren jüngsten Reformen das Prinzip „von der Quantität zur Qualität“.<sup>50</sup> Im Zuge ihrer Modernisierung soll die „Personalintensität“ durch die „Intensität des Wissens“ ersetzt werden. Die Personalstärke wurde von 6,1 Millionen Soldaten in den sechziger Jahren auf inzwischen 2,5 Millionen abgebaut. Besonders die Luftstreitkräfte, Marineverbände und Raketentruppen werden seit den achtziger Jahren und vor allem seit dem zweiten Golfkrieg vorrangig modernisiert. Die Streitkräfte Chinas sollen langfristig zu einer Hightech-Armee entwickelt werden, der elektronischen Kriegführung schenken sie deshalb in den letzten Jahren zunehmend Beachtung. Seit 1989 hat sich das jährliche Verteidigungsbudget nominal um durchschnittlich zehn Prozent bis zum Jahre 1999 erhöht, im Jahr 2000 stieg es um 12,7 und im Jahr 2001 sogar um 17 Prozent.<sup>51</sup> Die Landstreitkräfte der Volksbefreiungsarmee verlieren dabei zunehmend ihre bestimmende Rolle für die Verteidigung Chinas. Zugleich hat sich die Verteidigungsdoktrin von der defensiven „Volksverteidigung“ im gesamten Land über die grenznahe „aktive Verteidigung“ zur „Vorneverteidigung“ weiterentwickelt: Das Konzept der Vorneverteidigung wird besonders an der Ost- und Südgrenze Chinas verfolgt. Es enthält auch offensive Elemente. Das gilt besonders für die explizite Drohung, Taiwan militärisch zu erobern, sollte es die gemeinsame Ein-China-Doktrin aufkündigen und sich für unabhängig erklären. Die chinesischen Streitkräfte sind inzwischen punktuell zu offensiven Operationen in der Lage. Das wird von einigen Nachbarstaaten mit wachsender Besorgnis beobachtet.

Kyrgyz Republic, the Republic of Tajikistan and the People's Republik of China on Confidence Building in the Military field in the Border area.

50 Vgl. You Il, *The Armed Forces Of China*, New York, London 1999, S. XVIII.

51 Siehe Ministry of National Defense ROK, *Defense White Paper 2000* (Anm. 9), S. 36.

Auch wenn diese Entwicklungen auf den ersten Blick sehr beeindruckend erscheinen, so muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass die chinesische Führung schon vor dem Ende des Ost-West-Konflikts der wirtschaftlichen Modernisierung den Vorrang vor den militärischen Reformen einräumte. Angesichts der weltweit abnehmenden militärischen Bedrohung in der zweiten Hälfte der achtziger und Anfang der neunziger Jahren bestand für umfassende Aufrüstungsmaßnahmen auch keine Veranlassung. Die chinesischen Streitkräfte hatten deshalb in den letzten beiden Jahrzehnten mit chronischen Finanzierungsproblemen bei ihrem Modernisierungsprogramm zu kämpfen.<sup>52</sup> Mit den Budgetzuwächsen in den letzten zwei Jahren wurden die Schwierigkeiten zwar vermindert, aber keineswegs behoben. Sie müssen Schwerpunkte setzen und sind zu einer durchgängigen Verbesserung ihrer militärischen Fähigkeiten in allen vier Teilstreitkräften auch künftig kaum fähig.

Die politisch und finanziell bedingte Zurückhaltung in der Entwicklung der chinesischen Streitkräfte hat den Ausbau der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Südkorea seit der Aufnahme offizieller Beziehungen im Jahre 1992 erleichtert. Während Nordkorea wegen seiner wachsenden Armut und schlechten Ernten zunehmend auf großzügige Nahrungsmittelhilfen aus China angewiesen ist, hat Südkorea inzwischen den nördlichen Bruderstaat im Außenhandel mit China deutlich überflügelt.<sup>53</sup> Außerdem wächst aufgrund der desolaten wirtschaftlichen Lage in Nordkorea die Zahl der nordkoreanischen Wirtschaftsflüchtlinge in der Mandschurei. Sie soll inzwischen bei 90.000 bis 100.000 Nordkoreanern liegen, obwohl China diese ständig repatriiert. Besorgt ist man in Beijing auch über die nuklearen Ambitionen in Pjöngjang, kollidiert dies doch mit den Zielen der Nonproliferationspolitik der fünf Nuklearmächte.

China verfolgt seit seiner Öffnung gegenüber Südkorea eine Politik der Äquidistanz zu beiden Koreas. In den neunziger Jahren sind dabei die chinesischen Beziehungen zur DPRK deutlich abgekühlt. Das Interesse an dem wirtschaftlich bedeutenderen Südkorea und die chinesischen Wirtschaftsreformen, denen Pjöngjang nicht folgen wollte, waren dafür wesentlich. Es gab fast zehn Jahre keinen Kontakt auf höchster Ebene. Erst ab dem Jahre 2000 kamen wieder mehrere Treffen zustande, die China mit der Hoffnung auf wirtschaftliche Reformen in Nordkorea verband. In Beijing unterstützt man ebenfalls nachdrücklich die Entspannungs- und die Denuklearisierungspolitik der ROK gegenüber der DPRK.<sup>54</sup>

China versucht zugleich Pjöngjang zu stärken, um eine Vereinigung beider Koreas unter südkoreanischer Führung zu verhindern. Es möchte den Einfluss eines großen westlich orientierten Koreas beschneiden und das Näherrücken der USA an seine Grenzen verhindern. Die ökonomische Zusammenarbeit mit Nordkorea hat dabei auch zum Ziel,

52 Vgl. You Il, *The Armed Forces of China* (Anm. 50), S. 60.

53 Siehe Scott Snyder, *North Korea's Decline and China's Strategic Dilemmas*, United States Institute of Peace Special Report, Washington D.C., in: [usinfo.state.gov/regional/ea/easec/chinank1/htm](http://usinfo.state.gov/regional/ea/easec/chinank1/htm).

54 So das Statement des chinesischen Botschafters Li Bin am 6. Dezember 2001 in Seoul bei seiner Amtseinführung, in: [www.korea.net/kwnews/content/xNews.asp?color=RW&Number=20011206013](http://www.korea.net/kwnews/content/xNews.asp?color=RW&Number=20011206013).

einen wirtschaftlichen Einflussraum vor seiner Grenze zu schaffen, sollte eine friedliche Eingliederung Pjöngjangs in Südkorea unvermeidlich werden.<sup>55</sup>

Die Grundlage für die militärische Kooperation zwischen China und Nordkorea bildet das Abkommen über friedliche Kooperation und wechselseitigem Beistand aus dem Jahre 1961.<sup>56</sup> Eine der sieben chinesischen Militärregionen, der Bezirk Shenzang grenzt über eine Länge von mehr als 1400 Kilometern an Nordkorea. Aus der südlich von Beijing liegenden Militärregion Jinan können außerdem bei Bedarf weitere Verstärkungen nach Shenzang verlegt werden. Vier Armeegruppen stehen an der chinesisch-nordkoreanischen Grenze und könnten Pjöngjang gegen einen militärischen Angriff unterstützen.<sup>57</sup> Die 39. Armeegruppe im Süden der Militärregion scheint dabei vorrangig modernisiert zu werden. Die chinesischen Streitkräfte verfügen in Shenzang über schätzungsweise 290.000 Soldaten (Luft- und Bodestreitkräfte), 2000 Panzer, 1800 Schützenpanzer und 500 bis 700 Kampfflugzeuge (einschließlich 100 landgestützte Marinekampfflugzeuge).<sup>58</sup> Doch obwohl man die Beweglichkeit und Feuerkraft der Truppen verbessert, indem die Zahl der Mehrfachraketen erhöht, den T-90 Panzer einführt und auf Divisionsebene neue Kampfhubschraubereinheiten aufbaut, ist man noch weit davon entfernt, sich qualitativ mit den militärischen Fähigkeiten der südkoreanischen und vor allem amerikanischen Streitkräften messen zu können.

China würde sich doppelt schaden, wenn es sich derzeit von Nordkorea in eine neue Konfrontation mit den USA, Japan und Südkorea hineintreiben ließe. Denn es müsste sich dann auf einen teuren Rüstungswettlauf mit diesen drei Staaten einlassen und würde zugleich zentrale ökonomische Absatzmärkte im zivilen Bereich gefährden. Als Folge davon könnten die sozialen und ökonomischen Probleme im Inneren drastisch wachsen. Beijing ist daher eher an einem außenpolitisch ruhigen Umfeld und an einem kontrollierten und berechenbaren Spannungsabbau auf der koreanischen Halbinsel interessiert, um damit den USA teilweise die Gründe für eine starke Militärpräsenz in der Region zu entziehen. Deshalb kann sich Pjöngjang nicht mehr in gleicher Weise auf die chinesische Beistandsgarantie verlassen wie noch in den fünfziger Jahren.

55 Siehe Scott Snyder, North Korea's Decline and China's Strategic Dilemmas (Anm. 53).

56 Siehe China and the People's Republic of Korea, in: [www.fmprc.gov.cn/eng/4445.html](http://www.fmprc.gov.cn/eng/4445.html). Der Beistandspakt enthält sieben Artikel. Im zentralen Artikel II sichern sich beide Seiten zu, alle Mittel zu ergreifen, um einen militärischen Angriff auf den jeweils anderen zu verhindern. Im Falle eines Angriffs durch ein anderes Land oder mehrere Staaten will man sich wechselseitig mit allen Mitteln dagegen verteidigen.

57 Vgl. You Ji, The Armed Forces of China (Anm. 50), S. 48.

58 . Zu den Quellen der Daten siehe den militärischen Datenvergleich auf Seite 14.

### **3. Rüstungskontrollpolitische Ansätze**

Die Entwicklung der militärischen und sicherheitspolitischen Lage gestaltet sich für Nordkorea angesichts seiner wirtschaftlichen Probleme zunehmend schwieriger. Das wirft die Frage auf, ob nicht rüstungskontrollpolitische Maßnahmen und Instrumente einen Ausweg für Nordkorea böten, um die militärischen Belastungen zu senken und um mehr Kapazitäten für die zivile ökonomische Entwicklung zu gewinnen. Der Abbau der militärischen Konfrontation auf der koreanischen Halbinsel würde Pjöngjang helfen, seine internationale Isolation zu überwinden und die wirtschaftliche Unstützung von außen fördern. Im Folgenden werden deshalb die Probleme und Perspektiven der militärischen Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle näher untersucht. Dabei werden zunächst die bisherigen Erfahrungen mit diesen Instrumenten beleuchtet und dann die unterschiedlichen politischen Konzepte vergleichend beschrieben, bevor auf die konkreten Maßnahmen der Vertrauensbildung und Rüstungsbeschränkung betrachtet werden.

#### **3.1. Entwicklung der bisherigen Rüstungskontrollbemühungen**

Die Waffenstillstandsvereinbarung von 1953, welche den Korea-Krieg von 1950 bis 1953 beendete, enthält erste vertrauensbildende Maßnahmen zwischen beiden Teilen Koreas. Dazu zählt die Einrichtung einer entmilitarisierten Zone in einer Breite von je zwei Kilometern beiderseits der Grenze und die Einrichtung einer Waffenstillstandskommission und eines Militärausschusses zur Überwachung des Abkommens. Seit Anfang der neunziger Jahre hat sich Nordkorea aus der gemeinsamen Waffenstillstandskommission zurückgezogen. Lediglich der Militärausschuss tritt bei Bedarf noch zusammen. Nordkorea versucht damit vor allem die USA politisch unter Druck zu setzen, um endlich ein Friedensabkommen zu erreichen. Da Pjöngjang aber eine friedensvertragliche Regelung mit dem Abzug aller US-Truppen aus Südkorea verbindet, lehnten die Vereinigten Staaten und Südkorea bisher eine solche Vereinbarung ab.

Die ersten Rüstungskontrollansätze beider Länder gehen auf die unterschiedlichen Vorstellungen über eine friedliche Vereinigung beider Teile Koreas zurück. Südkorea ist wegen der zu erwartenden Kosten der Vereinigung an einem langsamen und kontrollierten Prozess des Zusammenwachsens interessiert. Die Erfahrungen der deutschen Einheit haben Südkorea in diesem seit 1965 verfolgten Ansatz eindeutig bestärkt. Auf der Basis dieses Ansatzes hat Seoul ein mehrstufiges Konzept entwickelt, bei dem zunächst mit Maßnahmen der militärischen Vertrauensbildung begonnen werden soll, denen später Rüstungsbeschränkungen und Abrüstungsmaßnahmen folgen.

Nordkorea möchte dagegen seit 1971 in einer zu gleichen Teilen besetzten (obwohl es nur ein Drittel der koreanischen Bevölkerung stellt) gesamt-koreanischen Konföderation die Vereinigung möglichst schnell herbeiführen und hofft dabei, durch die Uneinigkeit

der demokratischen Kräfte in Südkorea den politischen Prozess zu dominieren.<sup>59</sup> Zugleich sollen die südkoreanischen Sicherheitsgesetze gegen kommunistische Aktivitäten aufgehoben werden, um den eigenen kommunistischen Kräften in Südkorea umfassende Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen. In diesem Rahmen sollen die Streitkräfte beider Seiten auf je 100.000 Mann abgerüstet werden, erst dann folgen Maßnahmen der militärischen Vertrauensbildung. Um diesem Vorschlag realistischer zu gestalten, ist Pjöngjang seit Ende der achtziger Jahre auch zu phasenweisen Reduzierungen von 300.000 auf 100.000 Soldaten bereit.<sup>60</sup> Weiterhin fordert Nordkorea, Manöver mit Streitkräften aus anderen Ländern einzustellen und die Beschaffung moderner Waffen aus dem Ausland zu verbieten. Die Reduzierung offensiver Waffen soll proportional zum Abbau der Personalstärke erfolgen.<sup>61</sup> Parallel dazu verfolgt Pjöngjang aber auch einen symmetrischen Reduzierungsansatz, der das quantitative Übergewicht seiner Streitkräfte erhalten soll.

Wichtige Meilensteine der bilateralen politischen Annäherung stellen die „Gemeinsame Erklärung des Nordens und des Südens“ vom 4. Juli 1972<sup>62</sup> und das „Basic Agreement“ von 1991<sup>63</sup> dar. In der Vereinbarung von 1972 verpflichteten sich beide Seiten auf drei Prinzipien der friedlichen Wiedervereinigung. Sie soll ohne Einmischung äußerer Mächte erfolgen, sich friedlich und gewaltlos vollziehen und von einem Prozess des Vertrauens und der Abrüstung begleitet sein. Konkrete Schritte in diese Richtung unterblieben allerdings, weil die politischen Konzepte beider Seiten für die Einheit nicht kompatibel waren.

Ein zweiter wichtiger Meilenstein bildete das „Basic Agreement“, das nicht nur Maßnahmen der militärischen Vertrauensbildung und Kooperation beinhaltete, sondern umfassend die politische, wissenschaftliche und wirtschaftliche Zusammenarbeit verbessern sollte. Außerdem erklärten sich darin beide Seiten bereit, auf den Besitz und die Herstellung nuklearer Waffen zu verzichten. Auch dieses Abkommen konnte aus politischen Gründen bis heute nicht implementiert werden. Es enthielt aber schon erste institutionelle Verfahrensweisen und inhaltliche Vorschläge für den Beginn der militärischen Vertrauensbildung. So war die Einrichtung einer gemeinsamen Militärkommission (South-North Joint Military Commission) geplant, die folgende Aufgaben regeln sollte:

- wechselseitige Notifikation und Kontrolle militärischer Bewegungen und militärischer Übungen;

59 Siehe das Acht-Punkte-Programm des nordkoreanischen Außenministers Ho Dam vom 12. April 1971, Vgl. Chuck Downs, *Over the Line*, Washington D.C., 1999, S. 174.

60 Vgl. Kim Dongmyung, *Dismantling the cold-war structure and establishing a peace regime on the Korean peninsula*, Research Institute on the National Security Affairs Koran National Defense University, Seoul, September 2001, S. 8.

61 Siehe Yong-sup Han/Paul K. Davis/Richard E. Darilek, *Time for conventional arms control on the Korean Peninsula*, in: *Arms Control Today*, Dezember 2000, S. 17.

62 Vgl. Gottfried-Karl Kindermann, *Der Aufstieg Koreas* (Anm. 6), S. 116.

63 Vgl. *Agreement on Reconciliation, Nonaggression and Exchange and Cooperation between the South and the North* 19. Dezember 1991, in: *The Ministry of National Defense ROK, Defense White Paper 2000* (Anm. 7), S. 291–293. Die Vereinbarung wird durch zwei Protokolle für die Kapitel I und II des „Basic Agreements“ ergänzt.



- friedliche Nutzung der entmilitarisierten Zone;
- Austausch militärischen Personals und militärischer Informationen;
- phasenweise Reduzierung der Waffen, einschließlich der Zerstörung von Massenvernichtungsmitteln und Angriffsfähigkeiten mit den sich daran anschließenden Verifikationsmaßnahmen;
- Einrichtung einer Hotline zwischen den Generalstäben, um ein versehentliches Aufeinanderprallen der Streitkräfte und eine mögliche Eskalation zu verhindern;
- Einrichtung eines Verbindungsbüros in Pannunjom.

Zur Förderung und Überwachung dieser Maßnahmen soll unterhalb der hochrangigen Süd-Nord-Gespräche ein Militärausschuss eingerichtet werden. Das „Basic Agreement“ bildet seither die Grundlage möglicher VSBM- und Rüstungskontrollmaßnahmen für beide Teile Koreas.

Statt der Implementierung des „Basic Agreement“ kam es in der Folgezeit aber eher zu asymmetrischen Rüstungskontrollaktivitäten.<sup>64</sup> Die USA zogen aufgrund der bilateralen Absprachen zwischen Gorbatschow und Bush bis Juni 1992 einseitig ihre taktischen Nuklearwaffen aus Südkorea ab<sup>65</sup> und stellten in Zusammenhang mit den Gesprächen für das Genfer Rahmenabkommen ihre „Team Spirit“-Großmanöver mit den südkoreanischen Streitkräften seit 1994 ein. Pjöngjang hatte schon vorher gedrängt, darauf zu verzichten. Zuvor hatte man Nordkorea allerdings mehrfach zur Beobachtung dieser jährlichen Übungen eingeladen, ohne dass Pjöngjang darauf positiv reagierte.

Das Genfer Rahmenabkommen entstand aus der nordkoreanischen Ablehnung einer von der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) geforderten Inspektion Ende 1992. Das Drängen der IAEA auf diese Inspektion führte dazu, dass Pjöngjang im März 1993 den Austritt aus dem Nonproliferationsvertrag (NPT) ankündigte, dem es erst 1985 beigetreten war. Das hatte eine schwere Krise und anschließend hochrangige bilaterale Verhandlungen zwischen den USA und Nordkorea zur Folge, die 1994/95 in folgenden Kompromiss mündeten:

- Nordkorea friert sein bisheriges Nuklearprogramm (Graphitreaktorentwicklungslinie) ein, weil es die Produktion von waffenfähigem Plutonium erleichtert und lässt die Entladung seines 5 MW-Forschungsreaktors überprüfen.
- Als Ausgleich erhält Nordkorea 2003 zwei 1000 Megawatt-Leichtwasserreaktoren für 4,6 Milliarden US-Dollar auf Kreditbasis.
- Bis zur Fertigstellung der zwei Leichtwasserreaktoren wird Pjöngjang übergangsweise jährlich 500.000 Tonnen Rohöl kostenlos geliefert.

64 Vgl. Yong-sup Han/Paul K. Davis/Richard E. Darilek, Time for conventional arms control (Anm. 61), S. 17.

65 Die US-Pazifikflotte hat aber noch eine unbekannte Zahl von seegestützten nuklearfähigen Cruise Missiles (TLAM-N) auf bis zu 30 U-Booten im Arsenal, die eine Reichweite von fast 2500 Kilometern besitzen.

- Vor der Lieferung der nuklearen Kernelemente von beiden Leichtwasserreaktoren wird der IAEA Zugang zu allen nuklearen Einrichtungen Nordkoreas gewährt.
- 1995 wurde die Korean Peninsula Energy Development Organization (KEDO) geschaffen, die die vereinbarten Maßnahmen überwacht und steuert. Das Executive Board bilden Vertreter aus Südkorea, Japan, der USA und der EU.
- Die bilateralen Beziehungen zwischen den USA und Nordkorea sollen weiter verbessert und der innerkoreanische Dialog über die Denuklearisierung der Halbinsel wieder aufgenommen werden.

Das Abkommen wird bis heute im wesentlichen von allen Parteien beachtet, jedoch sind bei den Bauvorbereitungen aus vielen Gründen inzwischen erhebliche Verzögerungen eingetreten.<sup>66</sup> Die beiden Leichtwasserreaktoren werden vermutlich erst zwischen 2007 und 2010 ihren Betrieb aufnehmen können. Damit ist die ursprüngliche Frist nicht zu halten und spätestens in den Jahre 2003 und 2004 werden deshalb Anpassungsmaßnahmen notwendig werden. Nordkorea fordert schon jetzt Schadensersatz für die Verzögerungen.<sup>67</sup>

Die Vereinbarung bietet jedoch keine Gewähr dafür, dass Pjöngjang in seinem Forschungsreaktor nicht schon Ende der achtziger Jahre Plutonium (ca. zwölf Kilogramm) für den Bau von ein bis zwei Nuklearbomben abgezweigt haben könnte. Außerdem ist eine Kontrolle aller nuklearen Einrichtungen Nordkoreas vorläufig unmöglich. Diese Ungewissheiten und Defizite des Genfer Rahmenabkommens von 1994 stießen bei den konservativen Kräften in den USA<sup>68</sup> und in Südkorea auf Kritik. Die US-Regierung hatte sich auf derart weitreichende Zugeständnisse eingelassen, weil sie in der ersten Hälfte der neunziger Jahre noch von einem baldigen Zerfall Nordkoreas ausging und deshalb hoffte, das Abkommen nicht in vollem Umfang implementieren zu müssen. Diese Erwartungen erwiesen sich jedoch später als unzutreffend.

Zur Verbesserung der nordkoreanisch-amerikanischen Beziehungen nahmen die USA 1996 auch Verhandlungen über den Beitritt Pjöngjangs zum Missile Technology Control Regime (MTCR) auf.<sup>69</sup> Im Rahmen dieser Gespräche versuchten die USA, Nordkorea zum Produktions- und Exportverzicht von weitreichenden Raketen (ab 300 Kilometer Reichweite und 500 Kilogramm Nutzlast) zu drängen. Nordkoreanische Wünsche, ihnen bei der Satellitenentwicklung zu helfen und mögliche Exportverluste zu kompensieren, stießen dagegen zunächst auf wenig Entgegenkommen. Pjöngjang stärkte seine Position, als es einen aus dem russischen SCUD-System weiterentwickelten Flugkörper (Taepo-

66 Die Verzögerungen haben vielfältige politische, arbeitsrechtliche und bürokratische Ursachen, die allen Beteiligten anzulasten sind. Bei der ursprünglichen Planung hatte man diese Hindernisse nicht bedacht.

67 Vgl. Leo Wieland, Washington weist Forderungen Nordkoreas zurück, in: FAZ, 20. Juni 2001, S. 2.

68 Siehe dazu beispielsweise den kritischen Report aus dem Politischen Ausschuss des US-Repräsentantenhaus vom 27. Juli 2000 unter Vorsitz von Christopher Cox, Text: House July 27 Policy Perspective Paper on Aid to North Korea (North Korea's military capabilities fueled by U.S. assistance), in: [usinfo.state.gov/regional/ea/easec/nkreview.htm](http://usinfo.state.gov/regional/ea/easec/nkreview.htm).

69 Siehe Ministry of National Defense ROK, Defense White Paper 2000 (Anm. 9), S. 59.

dong 1) am 31. August 1998 testete und zugleich versuchte, damit angeblich einen Kleinstsatelliten ins Weltall zu schießen. Der Flugkörper flog über Japan hinweg und Teile der dritten Stufe fielen wegen eines technischen Fehlers etwa 4000 Kilometer vom Startplatz entfernt in den Pazifik.<sup>70</sup> Da der Abschuss und die voraussichtlichen Rückfallpunkte der Raketenstufen vorher offiziell nicht angekündigt wurden, sorgte das besonders in Japan (aber auch in China) für große Aufregung, denn nordkoreanische Bodenraketen und ihre Tests konnten nun erstmalig vollständig Japan bedrohen. Tokio stellte darauf hin seine bilateralen Lebensmittelhilfen und seine Charterflüge nach Nordkorea (für die kleine nordkoreanische Minorität in Japan) bis Ende September 1999 ein.

In erneuten hochrangigen bilateralen Verhandlungen zwischen Pjöngjang und Washington einigte man sich bis zum 24. September 1999 auf eine vorläufige Übergangsregelung, die in Folgegesprächen weiterentwickelt werden sollte. Nordkorea sicherte für die Verhandlungsdauer ein Testmoratorium für weitreichende Raketen zu, und die USA hoben im Gegenzug einige Sanktionen gegen Pjöngjang auf. Der Norden bot in den Verhandlungen den Stopp aller Raketenexporte (einschließlich Raketenteilen, technischer Hilfen und entsprechender Vermittlungsdienste) und Raketentests mit einer Reichweite von mehr als 500 Kilometern an, verlangte dafür aber eine finanzielle Kompensation von einer Milliarde US-Dollar für Nahrungsmittelhilfen und entgangene Exporterlöse sowie die Bereitstellung amerikanischer Starteinrichtungen für den Abschuss eigener Satelliten.<sup>71</sup>

Die Clinton-Administration war zu einer finanziellen Kompensation von mehreren hundert Millionen US-Dollar bereit, die für Nahrungsmittelhilfen und Satellitenstarts genutzt werden konnten und der amerikanische Präsident hätte das gemeinsame Abkommen in Nordkorea unterzeichnet. Doch die USA erhoben zusätzliche Forderungen: Die Vereinbarung sollte gemäss den MTCR-Regeln schon für Raketen mit einer Reichweite ab 300 Kilometern gelten. Darüber hinaus sollte Pjöngjang alle Raketentypen und deren Anzahl offen legen, wenn sie unter die MTCR-Bestimmungen fielen und diese Flugkörper zerstören. Die Bestände und ihre Abrüstung sind durch Vor-Ort-Inspektionen zu überprüfen. Durch die Zerstörung aller Raketen mit einer Reichweite von mehr als 300 km hätte Nordkorea den Süden der ROK nicht mehr militärisch bedrohen können, während eine Reichweite von 500 Kilometern die vollständige Abdeckung des südkoreanischen Territoriums gewährleistete.

Bis in den Herbst 2000 gab es deutliche Fortschritte. Das wurde auch durch den ersten Besuch der ehemaligen US-Außenministerin Madeleine Albright im Oktober 2000 in Pjöngjang und dem Gegenbesuch des stellvertretenden Leiters des nordkoreanischen Verteidigungsrats Cho Myong-nok beim US-Präsidenten dokumentiert.<sup>72</sup> Doch wegen der

70 Vgl. Joseph S. Bermudez Jr., *The Armed Forces of North Korea* (Anm. 3), S. 280f. Nordkorea hat öffentlich diesen Fehler bisher nicht zugegeben, sondern feierte diesen Abschuss als den ersten erfolgreichen Satellitenstart.

71 Siehe Randall C. Forberg, *Snatching defeat from the jaws of victory: NMD and Bush's policy Toward North Korea*, in: ACR, 9-01, S. 457.C.1-2.

72 Vgl. o. A., *Nordkorea will Mißtrauen beseitigen*, in: FAZ, 11. Oktober 2001, S. 8.

anstehenden amerikanischen Präsidentschaftswahlen und ihrem damals ungewissen Ausgang brach man Ende November 2000 die Verhandlungen ab. Nordkorea wollte keine Vereinbarung, deren Implementierung von einem neuen konservativeren US-Präsidenten in Frage gestellt hätte werden können. Im Wesentlichen gab es noch drei Streitpunkte: Die Höhe der finanziellen Kompensation, die Reichweite der Raketen (300 oder 500 Kilometer) und die Frage der Information, Inspektion und Zerstörung, wobei die Clinton-Regierung vermutlich bereit gewesen wäre, auf die Vor-Ort-Inspektion zu verzichten, wenn Nordkorea verbindlich die weitere Entwicklung und den Export seiner weitreichenden Raketen aufgeben hätte.

Ein weiteres wichtiges Zugeständnis Kim Jong-ils sowohl beim innerkoreanischen Gipfel als auch dem späteren Besuch von Madeleine Albright in Pjöngjang war, dass er die Präsenz amerikanischer Truppen auf südkoreanischem Boden zu akzeptieren schien.<sup>73</sup> Damit wäre ein zentrales Hindernis für die 1999 ergebnislos eingestellten Viermächtegespräche beseitigt worden und eine friedensvertragliche Regelung wieder in greifbare Nähe gerückt.<sup>74</sup>

Nachdem Bush die US-Präsidentschaftswahlen gewonnen hatte, wurde schon im Dezember 2000 in ersten Gesprächen zwischen dem künftigen Außenminister Colin Powell, der neuen Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice und Vertretern der scheidenden Clinton-Administration klar, dass erstere den bisherigen Verhandlungsansatz nicht fortführen und eine schärfere Gangart gegenüber Nordkorea einschlagen würden. Dahinter standen allerdings zwei unterschiedliche Interessen. Zum einen war man mit den bisherigen Zugeständnissen Nordkoreas in der Frage der Inspektion seiner Nuklearanlagen und seiner weitreichenden Raketen unzufrieden, zum anderen bot die Verschärfung des Konflikts mit Pjöngjang eine willkommene Unterstützung für die Befürworter des Raketenabwehrsystems (NMD) in der neuen US-Regierung. Der erste Ansatz, für den man sich insbesondere im amerikanischen Außenministerium einsetzte, hielt am Dialog- und Verhandlungskonzept unter verschärften Bedingungen fest. Der zweite Ansatz lief auf einen dauerhaften Bruch des Dialogs mit Nordkorea hinaus, um das eigene Raketenabwehrprogramm innenpolitisch leichter rechtfertigen zu können.<sup>75</sup> Die potenzielle nordkoreanische Raketenbedrohung diente dabei als willkommenes Feigenblatt, um nicht

73 Darauf wies zum Beispiel der südkoreanische Außenminister Han Seung-soo am 6. September 2001 in einem Statement vor einem Forum der südkoreanischen Journalistenorganisation Kwanhum Club hin. Siehe NK tolerates US Troop Presence here: Min. Han, 6. September 2001, in: [www.korea.net/kwnews/content/xNews.asp?color=RW&Number=20010906004](http://www.korea.net/kwnews/content/xNews.asp?color=RW&Number=20010906004). Schon 1994 hatte Kim Il-sung (der Vater Kim Jong-ils) in einem Gespräch mit dem früheren US-Präsident Carter die stabilisierende Rolle der USFK anerkannt. Siehe o. A., Kim Il-sung accepted presence of US troops in Korea: Carter, 8. August 2001, in: [www.korea.net/kwnews/content/xNews.asp?color=RW&Number=20010808006](http://www.korea.net/kwnews/content/xNews.asp?color=RW&Number=20010808006).

74 Indirekt schien Kim Jong-il bei seinem Besuch in Moskau Anfang August 2001 davon wieder abzurücken, als der russische Präsident Putin erklärte, Russland habe Verständnis für den von Nordkorea geforderten Abzug der US Truppen. Siehe o. A., Kim Jong-il verspricht in Moskau: Bis 2003 keine nordkoreanischen Rakentests, in: FAZ, 6. August 2001, S. 5.

75 Siehe Nicholas D. Kristhof, The Greater Danger, in: The New York Times, 11. Januar 2002, in: [www.nytimes.com/2002/01/11/opinion/11KRIS.html](http://www.nytimes.com/2002/01/11/opinion/11KRIS.html).

öffentlich einräumen zu müssen, dass das MD-Programm eigentlich gegen die wachsende nukleare Bedrohung durch chinesische ballistische Raketen gerichtet ist.

Das südkoreanische Verteidigungsministerium nutzte die härtere Haltung der neuen US-Regierung außerdem, um endlich die amerikanische Zustimmung für eine Reichweitenerhöhung bei der Entwicklung und Beschaffung eigener ballistischer Raketen zu erhalten. Seit dem nordkoreanischen Raketentest vom August 1998 hatten südkoreanische Militärs in bilateralen Gesprächen mit den USA eine Erhöhung der Reichweite gefordert, um militärische Ziele in ganz Nordkorea abdecken zu können. Bisher hatten ihnen die Vereinigten Staaten nur ballistische Flugkörper mit einer Reichweite von bis zu 180 Kilometern zugestanden, um die bilateralen Verhandlungen mit Nordkorea über eine Beschränkung ihrer Raketen nicht mit zusätzlichen Problemen zu belasten. Mit den neuen Richtlinien für Flugkörper vom Januar 2001 wurde die Reichweite auf 300 Kilometer erhöht. Die Entspannungsbefürworter in Seoul und Washington setzten aber durch, dass diese Erhöhung an die Mitwirkung Südkoreas im MTCR gebunden wurde.<sup>76</sup> So wurde die bisherige amerikanische Raketenbeschränkungspolitik gegenüber Pjöngjang nicht in Frage gestellt und chinesisches sowie russisches Territorium nicht zusätzlich bedroht. Da damit jedoch Ziele auf fast dem gesamten nordkoreanischen Territorium von ballistischen Flugkörpern des Südens erreicht werden können, dürfte es in künftigen Verhandlungen schwieriger werden, Pjöngjang zur Annahme der 300 Kilometer-Reichweitengrenze des MTCR zu bewegen.

Die sich abzeichnende Änderung in der US-Außenpolitik begann die bisherigen Erfolge der „Sonnenscheinpolitik“ (die südkoreanische Variante der Entspannungspolitik) des Präsidenten Kim Dae-jung in Frage zu stellen. Denn das erste Gipfeltreffen der nord- und südkoreanischen Staatsführer Mitte Juni 2000 in Pjöngjang hatte die Chance für eine umfassende Entspannung zwischen dem Norden und dem Süden eröffnet. Dabei war auch eine gewisse Annäherung in den grundsätzlichen politischen Konzeptionen zu beobachten. Südkorea sieht in der Konföderation ein (Übergangs-)Element zur Wiedervereinigung, und Nordkorea verfolgt in diesem Zusammenhang eine „lose Föderation“.<sup>77</sup> Zwar grenzte sich der Norden damit nach wie vor deutlich vom Süden ab, doch konnte diese Formulierung auch mehr politische Handlungsmöglichkeiten als bisher zulassen. Pjöngjang hatte seither von persönlichen Angriffen gegen Kim Dae-jung abgesehen und seine propagandistischen Aktivitäten an der gemeinsamen Grenze eingestellt.

Nur drei Monate später trafen sich erstmals die beiden Verteidigungsminister in Südkorea und vereinbarten die Demilitarisierung der beiderseitigen Grenze für den Wiederaufbau einer Schienen- und Straßenverbindung zwischen dem Süden und dem Norden

76 Vgl. Text: State Dept. Jan. 17 on S. Korea's New Missile Guidelines, 17. Januar 2001, in: [usembassy.state.gov/seoul/www42yb.html](http://usembassy.state.gov/seoul/www42yb.html).

77 Vgl. South-North Joint Declaration, 15. Juni 2000, Ziffer 2, in: Ministry of National Defense ROK, Defense White Paper 2000 (Anm. 9), S. 300. Das nordkoreanische Konzept macht deutlich, dass man damit zugleich eine Vereinigung unter südkoreanischen Bedingungen verhindern will.

sowie in allgemeiner Form die Bereitschaft zum Abbau militärischer Spannungen.<sup>78</sup> Südkorea hat inzwischen für die geplante Straßen- und Schienenverbindung auf seiner Seite alle Minen und sonstigen militärischen Sperren bis zur DMZ beseitigt, während unklar ist, ob auf der nördlichen Seite überhaupt mit den entsprechenden Arbeiten begonnen wurde.

Das Zögern des Nordens wurde leider ab Ende 2000 durch den Machtwechsel in Washington begünstigt. Der neue US-Präsident George W. Bush wollte die amerikanische Außenpolitik gegenüber Nordkorea einer grundsätzlichen Überprüfung<sup>79</sup> unterziehen, die sich bis zum Sommer hinzog. Im Hinblick auf die zwei unterschiedlichen Ansätze (härtere Gesprächspositionen versus Abbruch des Dialogs) verhielt sich Bush unentschieden. Einerseits etikettierte er am 7. März 2001 – allerdings im Beisein des südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-jung – die nordkoreanische Führung als nicht vertrauenswürdig.<sup>80</sup> Diese Äußerung schien eher die MD-Befürworter in der Regierung zu unterstützen. Die undiplomatische Verunglimpfung hatte auch zur Folge, dass nordkoreanische Experten an einem Seminar über militärische Vertrauensbildung, das die OSZE und Südkorea vom 19. bis 21. März 2001 in Seoul veranstalteten, aus Protest nicht mehr teilnahmen.<sup>81</sup>

Zugleich signalisierte er aber gegenüber dem zur Rettung seiner Entspannungspolitik extra nach Washington geeilten Kim Dae-jung, dass die USA auch weiterhin an der „Sonenscheinpolitik“ und dem Dialog mit Nordkorea interessiert seien, dabei aber neue Bedingungen (effektive Verifikation) gelten würden. Der neue Ansatz würde aber noch im einzelnen geprüft, und Seoul werde vor der Verkündung der neuen Politik konsultiert.<sup>82</sup> Südkorea wurde so eine Chance zur Einflussnahme auf die neuen Dialogskriterien zugestanden.<sup>83</sup> Anfang Mai 2001 reiste eine Delegation der EU auf Bitten Kim Dae-jungs nach

78 Vgl. The Joint Press Release from the First Round of the Talks between the Minister of Defense of the ROK and the Minister of the Peoples Armed Forces of the DPRK, 26. September 2000, in: Ministry of National Defense ROK, Defense White Paper 2000 (Anm. 9), S. 301.

79 Vgl. NSC Advisor Rice Addresses Missile Defense, Korea, China, Iraq, Washington File, 22. Februar 2001, in: [usinfo.state.gov/topical/pol/arms/stories/01022262.htm](http://usinfo.state.gov/topical/pol/arms/stories/01022262.htm).

80 Vgl. Presidents Bush, Kim Discuss N. Korea Policy, North-South Dialogue, Washington File, 7. März 2001, in: [usinfo.state.gov/topical/pol/arms/stories/01030762.htm](http://usinfo.state.gov/topical/pol/arms/stories/01030762.htm). Dort wird an erster Stelle berichtet, dass US-Präsident Bush gegenüber Kim Jong-il persönliche Vorbehalte (personal reservations) habe und Bush selbst sagte: "I do have some skepticism about the leader of North Korea, but that's not going to preclude us from trying to achieve the common objective of peace".

81 Vgl. OSCE, Office of the Secretary General, Section for External Co-operation, OSCE-Korea Conference 2001, "Applicability of OSCE CSBMs in Northeast Asia", Seoul, 19. bis 21. März 2001 Consolidated Summary. Ursprünglich war auf dieser Veranstaltung geplant, Nordkorea mit der Idee der militärischen Vertrauensbildung stärker vertraut zu machen.

82 Lediglich die demokratischen Senatoren Biden und Kerry plädierten am 7. und 8. März 2001 für die Fortsetzung der Verhandlungen zur Beschränkung nordkoreanischer Raketen. Vgl. Sen. Biden Urges U.S. Engagement with North Korea on Missiles in: [usinfo.state.gov/regional/ea/easec/biden07.htm](http://usinfo.state.gov/regional/ea/easec/biden07.htm) und Sen. Kerry Urges Continued Talks With Pyongyang on Missiles, in: [usinfo.state.gov/regional/ea/easec/kerryrk.htm](http://usinfo.state.gov/regional/ea/easec/kerryrk.htm).

83 Armitage sicherte bei diesem Besuch zu, die USA werden das Genfer Rahmenabkommen auch weiterhin als Grundlage für ihre Beziehungen zu Nordkorea betrachten. Zuvor war dies in Washington noch umstritten und Südkorea hatte eine Änderung abgelehnt. Siehe Remarks By U.S. Deputy Secretary of State

Nordkorea, um Kim Jong-il trotz der sich abzeichnenden Verschärfung der amerikanischen Haltung zum Festhalten an der Entspannungspolitik zu bewegen. Der nordkoreanische Führer sicherte daraufhin zu, dass Pjöngjang das Raketentestmoratorium bis zum Jahre 2003 verlängern werde, machte jedoch die Fortsetzung des innerkoreanischen Dialogs vom neuen amerikanischen Ansatz abhängig. Damit konnten immerhin die Dialogbefürworter in Washington endlich das Festhalten am Genfer Rahmenabkommen intern durchsetzen. Das nordkoreanische Zugeständnis wurde deshalb vom US-Außenministerium ausdrücklich begrüßt.

Am 6. Juni verkündete dann US-Präsident Bush den neuen „Umfassenden Ansatz“ für einen Dialog mit Nordkorea, zuvor hatte im Mai 2000 US-Staatssekretär Armitage Seoul zu Konsultationen besucht.<sup>84</sup> Folgende vier Punkte wurden benannt:

- Verbesserung der Implementierung des Genfer Rahmenabkommens – bezogen auf die nuklearen Aktivitäten der DPRK;
- verifizierbare Beschränkungen des nordkoreanischen Raketenprogramms;
- Verbot des Raketenexports;
- Abbau der bedrohlichen militärischen Lage.

Parallel dazu bekräftigte er die amerikanische Zustimmung zur Versöhnung zwischen Nord- und Südkorea, zum Frieden auf der Halbinsel und zu einer größeren Stabilität in der Region. Sollte Pjöngjang sich gegenüber diesen Forderungen aufgeschlossen zeigen, werden die USA ihre Hilfen für den Norden erweitern, die Sanktionen erleichtern und andere politische Schritte unternehmen.

Der „Umfassende Ansatz“ knüpfte einerseits an schon Bestehendes an, veränderte aber zugleich massiv die Geschäftsgrundlage. Die USA forderten eigentlich eine Änderung oder Neuverhandlung des Genfer Rahmenabkommens von 1994<sup>85</sup>, um bessere Inspektionsrechte zu erhalten, boten aber nichts Konkretes an, was die inzwischen eingetretenen Verzögerungen bei KEDO hätte kompensieren können. Das gleiche galt für die gewünschten Beschränkungen des nordkoreanischen Raketenprogramms, zumal die neue US-Regierung sehr viel rigider auf effektiver Verifikation bestand. Hinzu kam außerdem die Forderung nach dem Abbau der (konventionellen) militärischen Bedrohung, die die Ergebnisse (Bereitschaft zur militärischen Vertrauensbildung) des innerkoreanischen Gipfels und des ersten Treffens der beiden koreanischen Verteidigungsminister aufgriff und weiterentwickelte. Erst dann wären die USA zu wirtschaftlichen Hilfen bereit.

Richard Armitage at the Republic of Korea Ministry of Foreign Affairs and Trade, Seoul, Korea, 9. Mai 2001, in: [usinfo.state.gov/regional/ea/easec/armitage.htm](http://usinfo.state.gov/regional/ea/easec/armitage.htm).

84 Vgl. Bush Statement on Undertaking Talks with North Korea, Washington File, 6. Juni 2001, in: [usinfo.state.gov/topical/pol/arms/stories/01060700.htm](http://usinfo.state.gov/topical/pol/arms/stories/01060700.htm).

85 Siehe ausführlicher Larry A. Niksch, North Korea's Nuclear Weapons Program, updated 6. Dezember 2001, CRS Issues Brief for Congress, CRS, Washington D.C. 2001, S. 12.

Das Dialogangebot Bushs kam fast einer Kapitulationsaufforderung an die Adresse Pjöngjangs gleich. Denn zunächst sollte Nordkorea seinen einzigen Machtfaktor, nämlich seine militärische Stärke, zur Disposition stellen und dann die Hilfen der USA erhalten. In Pjöngjang war man über dieses Konzept wenig begeistert und lehnte es ab.<sup>86</sup> Zugleich versuchte Nordkorea durch eine zunehmende Kooperationsverweigerung gegenüber Südkorea (kein Datum für den neuen Süd-Nord-Gipfel, Verschiebung und Erschwerung der bilateralen Ministerialgespräche, Verschleppung neuer Familientreffen zwischen Süd und Nord. Keine Aufnahme der Baumaßnahmen für die Süd-Nord-Schienen- und Straßenverbindung) die Entspannungsbefürworter in Seoul dazu zu bewegen, die US-Regierung wieder zur Annahme des Clinton-Ansatzes zu bekehren. Doch das überforderte die politischen Einflussmöglichkeiten Südkoreas in den USA. Dieser Versuch musste daher erfolglos bleiben, was spätestens die gescheiterten sechsten Süd-Nord-Ministerialgespräche im November 2001 offenbarten.

Nur wenige Tage nach dem Statement Bushs zu Nordkorea erläuterte US-Staatssekretär James Kelly vom Außenministerium vor dem Unterausschuss für Internationale Beziehungen in Ostasien und dem Pazifik des Repräsentantenhauses den neuen „Umfassenden Ansatz“ der Bush-Regierung. Seine fünf leitenden Prinzipien unterschieden sich teilweise deutlich vom Statement des Präsidenten und hoben stärker den Dialogcharakter hervor.<sup>87</sup>

Als erstes Prinzip betonte er die amerikanische Unterstützung für die Versöhnungspolitik Kim Dae-jungs. Nord- und Südkorea sollen dabei ihre bilateralen Probleme zunächst alleine regeln. Das schließt auch den militärischen Spannungsabbau zwischen ihnen ein. Südkorea wird eine politische Führungsrolle in den bilateralen Beziehungen mit dem Norden eingeräumt, denen sich auch die USA unterordnen wollen.<sup>88</sup> Zweitens stehen die Vereinigten Staaten zu ihren Verpflichtungen aus dem Genfer Rahmenab-

86 So sagt der Sprecher des nordkoreanischen Außenministeriums am 18. Juni u. a. folgendes: "By those topics of discussion it means the so called nuclear, missile and conventional armed forces-related issues of the DPRK. We cannot construe this otherwise than an attempt of the U.S. to disarm the DPRK through negotiations. Such attitude of the U.S. as putting up conditions which the DPRK can never accept cannot but arouse an apprehension and doubt as to whether the U.S. intends to have a dialogue with sincerity and has a willingness to settle the issues through dialogue. It is the universally recognized elementary requirement that dialogue between sovereign states should be conducted on a fair and equal footing. In this sense, we cannot but interpret the U.S. administration's "proposal for resuming dialogue" as unilateral and conditional in its nature and hostile in its intention." Zitiert nach der Mitteilung der KCNA, 18. Juni 2001, in: U.S.'s proposal for resuming talks unilateral conditional and hostile: DPRK FM - DPRK urges U.S. to put compensation for electricity losses on primacy agenda, [www.korea-np.co.jp/pk/162\\_issue/2001062103.htm](http://www.korea-np.co.jp/pk/162_issue/2001062103.htm).

87 Vgl. Kelly's June 12 testimony to East Asia/Pacific panel: Bush Comprehensive Approach to North Korea Explained, Washington File, 12. Juni 2001, in: [usinfo.state.gov/topical/pol/arms/stories/01061200.htm](http://usinfo.state.gov/topical/pol/arms/stories/01061200.htm).

88 Darin ist ein amerikanisches Zugeständnis an die südkoreanische Regierung zu sehen, das deren Annahme des neuen amerikanischen Ansatzes fördern sollte. Trotz dieses Zugeständnisses äußerte sich der amerikanische US-Botschafter Hubbard in Seoul noch am 23. Oktober 2001 zu der von Bush erhobenen Forderung nach dem Abbau der militärischen Bedrohung und setzte sich damit über die Zuständigkeit der ROK wieder hinweg. Siehe o. A., U.S. Ambassador Hubbard speaks on issues at the Seoul Press Club, 23. Oktober 2001, in: [www.korea.net/kwnews/content/xNews.asp?color=RW&Number=20011023013](http://www.korea.net/kwnews/content/xNews.asp?color=RW&Number=20011023013).



kommen von 1994, um auf dieser Basis dann (deutlich weicher formuliert als bei Bush) nach Wegen für eine verbesserte Implementierung zunächst mit den Verbündeten und dann mit Pjöngjang zu suchen. Drittens sind die Forderungen nach einem Entwicklungsstopp und Exportverbot für weitreichende nordkoreanische Raketen ebenfalls diplomatischer formuliert. Im Bereich der Stationierung von konventionellen Streitkräften soll nach neuen Maßnahmen der Spannungsreduzierung gesucht werden. Viertens wird auch dort das Prinzip der „effektiven Verifikation“ für jedes Abkommen herausgestellt. Schließlich folgt als letztes Prinzip die trilaterale Abstimmung der Nordkorea-Politik zwischen den USA, ROK und Japan im Rahmen der erst seit April 1999 eingerichteten Trilateral Coordination and Oversight Group (TCOG). Danach signalisierten Vertreter der amerikanischen Regierung vielfach ihre Bereitschaft, mit Pjöngjang Gespräche ohne jede Vorbedingung aufnehmen zu wollen.<sup>89</sup>

In Wirklichkeit war jedoch allen Beteiligten klar, dass dafür neue Bedingungen galten. Die neue Administration wollte sich als Regierung einer demokratischen Supermacht nicht mehr den Brinkmanship-Strategien eines kleinen stalinistisch-kommunistischen Regimes unterwerfen, sondern aus einer Position der Stärke agieren. Die Unterschiede zwischen den Äußerungen von Bush und Kelly und die Breite der von Kelly genannten Prinzipien machten aber auch deutlich, dass in den USA trotz des neuen „umfassenden Ansatzes“ noch keine gemeinsame Linie in Nordkorea-Politik existierte.

Die Ereignisse nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 führten zu einer Zuspitzung der Lage. Ein ursprünglich für den Herbst 2001 geplanter Besuch Bushs in Seoul entfiel nun aus Zeitgründen. Statt dessen nutzten die konservativen Kräfte in den USA und Südkorea die Gunst der Stunde, um ihre Streitkräfte zur Abschreckung möglicher Terroranschläge in erhöhte Alarmbereitschaft zu versetzen, obwohl dafür Polizeimaßnahmen ausgereicht hätten. Zusätzlich verlegten die USA 24 F-15-Kampfflugzeuge nach Südkorea, die in erste Linie den in Japan (Okinawa) stationierten US-Flugzeugträger Kitty Hawk ersetzen sollten, der für die Operation „Enduring Freedom“ in das Arabische Meer entsandt wurde. Dabei stellt sich allerdings die Frage, warum die ersatzweise Stationierung nicht in Japan erfolgte. Auch wenn dies offiziell vom amerikanischen und südkoreanischen Verteidigungsministerium bestritten wurde, setzte man Pjöngjang damit zusätzlich unter Druck und hatte aus diesem Grund (angeblich verminderter Schutz der eigenen Delegation in Südkorea) die letzten bilateralen Ministerialgespräche auch nur in Nordkorea stattfinden lassen. Hinzu kommen die Äußerungen John Boltons, des neuen Leiters des Rüstungskontrollbüros im US-Außenministerium, der vor dem Genfer Abrüstungsausschuss erstmals öffentlich Nordkorea als einen von zwei Staaten benannte, die entgegen der Biowaffenkonvention, biologische Waffen herstellen und besitzen sollen.<sup>90</sup>

89 Siehe dazu das Statement von Charles L. Pritchard, Sonderbotschafter für die Verhandlungen mit der DPRK und KEDO, vor dem House International Relations Subcommittee on East Asia and the Pacific vom 26. Juli 2001: North Korea's Missile Program Is a Top U.S. Concern: U.S. special envoy calls it "extremely destabilizing", in: [usinfo.state.gov/topical/pol/arms/stories/01072604.htm](http://usinfo.state.gov/topical/pol/arms/stories/01072604.htm).

90 Vgl. Statement of The Honorable John R. Bolton, Under Secretary of State for Arms Control and International Security, United States Department of State to the Fifth Review Conference of the Biological Weapons Convention Geneva, Switzerland, 19. November 2001, in: [usinfo.state.gov/topical/pol/arms/](http://usinfo.state.gov/topical/pol/arms/)

Später hat er Nordkorea auch ausdrücklich als einen der Staaten benannt, die den Nonproliferationsvertrag verletzen.<sup>91</sup>

Mit dem Scheitern der innerkoreanischen Ministerialgespräche, die trotz zweitägiger Verlängerung im November 2001 ergebnislos endeten, steht Nordkorea vor einer Weggabelung. Es muss sich nun entscheiden, ob es trotz der Verschlechterung der Rahmenbedingungen einen Kompromiss mit den Entspannungspolitikern in Seoul und den dialogbereiten Kräften in Washington sucht, oder künftig wieder zum Konfrontationskurs zurückkehrt. Diese Entscheidung wird um so drängender, als in Südkorea im Dezember 2002 die Präsidentschaftswahlen und schon Mitte des Jahres lokale Wahlen anstehen und angesichts der wachsenden innenpolitischen Kritik an der „Sonnenscheinpolitik“ ein erneuter Konfrontationskurs die Wahl eines gemäßigten Nachfolgers von Kim Dae-jung verhindern wird. Eine konservativ geführte Regierung etwa unter der dem südkoreanischen Oppositionsführer der Großen Nationalen Partei, Lee Hoi-chang, würde die Kosten der Kooperation deutlich erhöhen.<sup>92</sup> Dagegen könnte Kim Jong-il mit verbesserten Kooperationsangeboten die Entspannungspolitikern in Südkorea und die dialogbereiten Kräfte in Washington stärken.

Während und nach den innerkoreanischen Ministerialgesprächen signalisierte Pjöngjang weitere begrenzte Zugeständnisse. In der IAEO bot es Anfang November 2001 einen zusätzlichen Besuch<sup>93</sup> einer bisher nicht zugänglichen nuklearen Einrichtung (Isotopenlabor) in Yongbyon an und wollte zwei UN-Konventionen gegen den Terrorismus beitreten. Im Dezember 2001 kündigte es indirekt die Unterzeichnung von weiteren fünf UN-Konventionen gegen den Terrorismus an.<sup>94</sup> In Gesprächen mit europäischen Politikern betonten außerdem hochrangige nordkoreanische Politiker ihre Dialogbereitschaft mit den USA und zeigten auf bilateraler Ebene ein verstärktes Interesse an Fragen der militärischen Vertrauensbildung und der konventionellen Rüstungskontrolle.<sup>95</sup> Die Bereitschaft zu einem Exportmoratorium für weitreichende Raketen wurde angedeutet.

stories/01111902.htm. John R. Bolton ist ein entschiedener Befürworter des amerikanischen Raketenabwehrprogramms. Interessanterweise meldete sich am gleichen Tage auch der südkoreanische Verteidigungsminister mit denselben Anschuldigungen zu Wort. Vgl. Shim Jae Hoon, Seoul concern over North's biochemical stockpile, in: Jane's Defense Weekly, 5. Dezember 2001, S. 6.

91 Statement of The Honorable John R. Bolton, Under Secretary of State for Arms Control and International Security, United States Department of State to the Conference on Disarmament, 24. Januar 2002, in: [www.state.gov/t/us/rm/2002/7434.htm](http://www.state.gov/t/us/rm/2002/7434.htm).

92 Siehe o. A., N.Korea calls presidential aspirant 'scum', in: The New York Times, 21. Januar 2002 in: [www.nytimes.com/reuters/world/international-korea-north.html](http://www.nytimes.com/reuters/world/international-korea-north.html).

93 Vgl. Vanessa Gera, UN to Visit N. Korea Nuclear Site, in: The Washington Post vom 7. Januar 2002, in: [www.washingtonpost.com/ac2/wp-dyn?pagename=article&node=&contentId=A8668-2002Jan7](http://www.washingtonpost.com/ac2/wp-dyn?pagename=article&node=&contentId=A8668-2002Jan7).

94 Siehe Shim Jae-yun, N.Korea willing to sign five more Anti-Terror Pacts, in: The Korean Times, 10. Dezember 2001, in: [www.koreatimes.co.kr/times/200112/t2001121016564740110.htm](http://www.koreatimes.co.kr/times/200112/t2001121016564740110.htm). Vertreter der EU hatten bei ihrem Besuch in Pjöngjang im November 2001 massiv auf weitere Schritte zur Bekämpfung des Terrorismus gedrängt.

95 Vgl. So z. B. in einem vom deutschen Außenministerium durchgeführten bilateralen Seminar mit nordkoreanischen Regierungsexperten über militärische Vertrauensbildung vom 26. bis 30. November 2001 in Berlin und Geilenkirchen.

Zugleich wurde die Aufnahme des Dialogs mit der Forderung verknüpft, dass Washington und Seoul den ungerechtfertigten Alarmstatus ihrer Streitkräfte in Südkorea endlich beenden müssten. Dieser Forderung sind zumindest die südkoreanischen Streitkräfte am 21. Dezember 2001 nachgekommen.<sup>96</sup>

Es gab Anzeichen, dass sich auch das amerikanische Außenministerium dem Dialog wieder stärker öffnete. Am 10. Januar 2002 haben die USA erstmals seit sieben Monaten auf UN-Ebene wieder den Kontakt mit Nordkorea gesucht.<sup>97</sup> Ein am 11. Januar 2002 veröffentlichter CIA-Report kommt zu dem Schluss, dass von weitreichenden Raketen nicht mehr die Hauptbedrohung für die USA ausgeht, sondern eher von kommerziellen Transportmitteln (Schiffen, Flugzeugen, LKWs), die von Terrorgruppen und ihren Netzwerken genutzt werden könnten.<sup>98</sup> Gleichzeitig hatte das Weiße Haus den nachzuholenden Besuch des US-Präsidenten in Seoul auf den 19. und 20. Februar 2002 terminiert. Zusätzlich besuchte Bush Tokio und Beijing. Zuvor reiste der südkoreanische Außenminister Han nach Washington, Moskau, Beijing und Tokio.<sup>99</sup> Offensichtlich schienen die USA nun zu einer größeren politischen Flexibilität gegenüber Nordkorea bereit zu sein, deren Umfang blieb aber noch offen.

Der südkoreanische Präsident Kim Dae-jung knüpfte die Fortsetzung des innerkoreanischen Dialogs in seiner Neujahrsansprache am 14. Januar 2002 an fünf Ziele:

1. Wiedereröffnung der Schienenverbindung Seoul-Sinuiju,
2. Aufbau eines großen Industrieparks in der nordkoreanischen Stadt Kaesong,
3. Öffnung eines Landzugangs für die Besucher des nordkoreanischen Bergs Mt. Kumgang<sup>100</sup>,
4. Fortsetzung der Treffen zwischen seit dem Korea-Krieg getrennten Familien,
5. Aufbau militärischen Vertrauens.

96 Siehe Hwang Jang-jin, Seoul lifts security alert, paving way for S-N talks, in: The Korean Herald, 22. Dezember 2001, in: [www.koreaherald.co.kr/SITE/data/html\\_dir/2001/12/22/200112220040.asp](http://www.koreaherald.co.kr/SITE/data/html_dir/2001/12/22/200112220040.asp). Parallel dazu zogen noch vor Weihnachten auch die USA ihre 24 F-15 Kampfflugzeuge aus Südkorea ab. Der Alarmstatus der USFK blieb jedoch davon unberührt.

97 Vgl. Shim Jae-yun, NK, US hold first talks in 7 months in New York, in: The Korean Times, 11. Januar 2002, in: [www.koreatimes.co.kr/times/200201/t2002011118000440110.htm](http://www.koreatimes.co.kr/times/200201/t2002011118000440110.htm).

98 Vgl. CIA (Hg.), Foreign Missile Developments and the Ballistic Missile Threat Through 2015, Unclassified Summary of a National Intelligence Estimate, Washington D.C. December 2001, in: [www.cia.gov/nic/pubs/other\\_products/Unclassifiedballisticmissilefinal.htm](http://www.cia.gov/nic/pubs/other_products/Unclassifiedballisticmissilefinal.htm).

99 Vgl. Kim Ji-ho, Korea plans series of talks with 4 powers this month, in: The Korean Herald, 12. Januar 2002, in: [www.koreaherald.co.kr/SITE/data/html\\_dir/2002/01/12/200201120040.asp](http://www.koreaherald.co.kr/SITE/data/html_dir/2002/01/12/200201120040.asp).

100 Seit 1998 hat Nordkorea den Zugang zu diesem touristisch attraktiven Berg geöffnet. Die An- und Abreise ist aber nur über einen zeitraubenden Seeweg möglich und die von Pjöngjang in Rechnung gestellten Gebühren sind hoch. Inzwischen haben über 430.000 Besucher das Angebot genutzt, jedoch hat sich ihre Zahl in den letzten Jahren deutlich vermindert und die südkoreanische Betreibergesellschaft ist mit einem wachsenden Minus konfrontiert.

Er forderte die US-Regierung zugleich auf, der nordkoreanischen Regierung eine gesichtswahrende Rückkehr an den Verhandlungstisch zu ermöglichen.<sup>101</sup> Der südkoreanische Präsident machte damit erneut klar, dass es ihm im Unterschied zum US-Ansatz zunächst um wirtschaftliche und humanitäre Maßnahmen ging, um in Nordkorea die Anhänger wirtschaftlicher Reformen zu stärken. Denen sollen dann – wie bilateral beim Gipfel vereinbart – vertrauensbildende Schritte und nicht, wie schon von Bush gefordert, Maßnahmen der Bedrohungsreduzierung folgen. Die Diskrepanzen zwischen dem neuen US-Ansatz und dem südkoreanischen Konzept bestanden fort.

Noch auf der Sitzung der TCOG am 25. Januar in Seoul schien das US Außenministerium nach südkoreanischen Angaben zu mehr Entgegenkommen bereit zu sein.<sup>102</sup> Doch nur wenige Tage später stellte Präsident Bush in seiner Botschaft zur Lage der Nation vom 29. Januar 2002 jede Annäherung an die südkoreanische „Sonnenscheinpolitik“ erneut in Frage, als er Nordkorea neben dem Irak und dem Iran zur „Achse des Bösen“ erklärte und einen Paradigmenwechsel im Kampf gegen den internationalen Terrorismus vornahm.<sup>103</sup> Er solle sich nun auch auf die Problemstaaten erstrecken, von denen die größte Gefahr für die Produktion und Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln sowie von weitreichenden Raketen ausgehe. Bush schien sich damit erstmals vollständig auf die Seite der konservativen Unilateralisten zu schlagen. Die Einordnung der drei höchst unterschiedlichen Staaten in eine „Achse des Bösen“ stieß weltweit auf Ablehnung. Die Sprecher des Weißen Hauses (Ari Fleischer) und des Außenministeriums (Richard Boucher) spielten deshalb die Bedeutung dieses Begriffs anschließend herunter, indem sie darauf hinwiesen, dass keine militärischen Aktivitäten vorbereitet würden und die US-Regierung weiterhin an jedem Ort und zu jeder Zeit über alle Themen ohne Vorbedingungen mit Pjöngjang reden werde.<sup>104</sup> Doch die Hardliner in Washington hatten die Agenda bestimmt und der gerade

101 Siehe Kim Ji-ho, President Kim sets five inter-Korean projects as goals, in: The Korean Herald, 15. Januar 2002, in: [www.koreaherald.co.kr/SITE/data/html\\_dir/2002/01/15/200201150008.asp](http://www.koreaherald.co.kr/SITE/data/html_dir/2002/01/15/200201150008.asp); ebenso Yoo Jae-suk, S. Korean President Urges Dialogue, in: The Washington Post, 15. Januar 2002, in: [www.washingtonpost.com/wp-dyn/articles/A41259-2002Jan14.html](http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/articles/A41259-2002Jan14.html). Wörtlich sagt Kim Dae-jung: "To reopen talks with North Korea, I think the United States needs to assume a posture that will save face for the North." Parallel dazu haben hochrangige südkoreanische Regierungsbeamte deutlich gemacht, dass sie keine Äußerungen Bush's wünschen, die den Dialog mit Nordkorea erneut belasten. Siehe o. A., Bush's Tough Policy Toward NK Causes Dispute in South: NYT, in: The Korea Times, 20. Januar 2002, in: [www.koreatimes.co.kr/kt\\_nation/200201/t2002012017383641110.htm](http://www.koreatimes.co.kr/kt_nation/200201/t2002012017383641110.htm).

102 Siehe o. A., ROK, US, Japan urge NK to Resume Dialogue, Koreanet vom 25. Januar 2002, in: [www.korea.net/knews/content/xNews.asp?color=RW&Number=20020125012](http://www.korea.net/knews/content/xNews.asp?color=RW&Number=20020125012). Zu dieser Sitzung, auf der auch Fragen der konventionellen Rüstungskontrolle erörtert wurden, gab es diesmal keine gemeinsame Erklärung. Ein Teilnehmer wird zitiert: "I am not supposed to comment on the details discussed during the meeting as the participants agreed not to do so, but there has been some change in the U.S. position toward the North."

103 Vgl. President Bush's State of the Union Address vom 29. Januar 2002, in: [usinfo.state.gov/cgi-bin/washfile/display.pl?p=/products/washfile/latest&f=02012950.tlt&t=/products/washfile/newsitem.html](http://usinfo.state.gov/cgi-bin/washfile/display.pl?p=/products/washfile/latest&f=02012950.tlt&t=/products/washfile/newsitem.html).

104 Siehe beispielhaft Daily Press Briefing, Richard Boucher, Spokesman, Washington DC, vom 30. Januar 2002, in: [www.state.gov/r/pa/prs/dpb/2002/7704.htm](http://www.state.gov/r/pa/prs/dpb/2002/7704.htm). Dieses mäßigende auf erneute Dialogbereitschaft deutende Verhalten der Bush-Administration stieß auf scharfe Kritik der konservativen Unilateralisten. Siehe dazu Frank J. Gaffney Jr., Suddenly Spinning on the "evils axis", in: The Washington Times, 5. Februar 2002, in: [www.washtimes.com/commentary/20020205-76546209.htm](http://www.washtimes.com/commentary/20020205-76546209.htm).

wieder in Gang kommenden Entspannungspolitik auf der koreanischen Halbinsel erneut schweren Schaden zugefügt.

Südkoreas Präsident machte das deutlich, als er darauf hinwies, jetzt gehe es auf der koreanischen Halbinsel darum, dass die wachsenden Spannungen zwischen den USA und der DPRK nicht zum Krieg führen dürfen.<sup>105</sup> Zugleich startete Seoul intensive Bemühungen, um den zwischenzeitlich erheblich gestörten Faden der Gespräche mit den dialogbereiten Kräften in Washington wieder aufzunehmen. Es musste eine südkoreanisch-amerikanische Allianz zwischen den Dialogbefürwortern in Nordamerika und den Entspannungspolitikern in Südkorea geschmiedet werden, um zu verhindern, dass die Hardliner in den USA den von Bush verkündeten Paradigmenwechsel bei der Terrorbekämpfung künftig noch stärker dazu nutzen können, die innerkoreanischen Beziehungen zu stören und die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen den USA und Nordkorea zu blockieren. Kim Dae-jung musste sich dazu aber auf die Forderungen der Hardliner in Washington zu bewegen.

Die westeuropäischen Botschafter in Pjöngjang versuchten zugleich, die nordkoreanischen Regierung vor Überreaktionen abzuhalten.<sup>106</sup> Nordkorea verhielt sich trotz aller kritischen Rhetorik der eigenen Hardliner konstruktiv, als ihr UN-Botschafter in New York am 7. Februar 2002 sagte: „Nice words will be answered with nice words.“<sup>107</sup> Die ökonomischen Modernisierungsbefürworter in Pjöngjang betonten trotz der harschen Bush-Worte ihre Dialogbereitschaft zu den USA und hofften nun auf eine konstruktive Antwort bei seinem Besuch in Seoul.

Die Bush-Reise vom 19. bis 21. Februar nach Seoul war sehr symbolisch angelegt und teilweise nach innen gerichtet. Der US-Präsident bewegte sich nach seiner „State of the Union-Address“ vom 29. Januar wieder stärker auf die Dialogbefürworter zu, ohne seine Unterstützung für die konservativen Unilateralisten aufzugeben. Einerseits forderte er in der gemeinsamen Pressekonferenz und bei seinem Besuch an der neuen Bahnhofsstation bei Dorasan, die noch an das nordkoreanische Schienennetz anzubinden ist, die Führung der DPRK zum Dialog ohne Vorbedingungen auf und wies darauf hin, dass keinerlei Pläne für eine militärische Invasion bestünden.<sup>108</sup> Unabhängig von der Dialogfrage würden zudem die USA ihre humanitäre Hilfe für die notleidende nordkoreanische Bevölkerung aufrecht erhalten. Er verzichtete auf seine Forderung nach dem baldigen Abbau der konventionellen Streitkräfte. Dafür kritisierte er jedoch erneut das nordkoreanische

105 Siehe Shin Yong-bae, U.S.-N.K. tension should not undermine peace: Kim, in: The Korea Herald, 5. Februar 2002, in: [www.koreaherald.co.kr/SITE/data/html\\_dir/2002/02/05/200202050068.asp](http://www.koreaherald.co.kr/SITE/data/html_dir/2002/02/05/200202050068.asp).

106 Vgl. o. A., British envoy says U.S. stance puzzles North Korea, Reuters, 7. Februar 2002, in: [www.asia.newsyahoo.com/020207/reuters/asia-88362.html](http://www.asia.newsyahoo.com/020207/reuters/asia-88362.html).

107 Zitiert nach Edith M. Leder, North Korea Envoy says U.S. must decide if it wants dialogue or hostile relations with Pyongyang, in: The Boston Globe, 8. Februar 2002, in: [www.boston.com/dailynews/038/world/North\\_Korean\\_envoy\\_says\\_U\\_S\\_mu:.shtml](http://www.boston.com/dailynews/038/world/North_Korean_envoy_says_U_S_mu:.shtml).

108 Siehe President Bush Visits Demilitarized Zone, Remarks by the President at Dorasan Train Station, 20. Februar 2002, in: [usembassy.state.gov/seoul/www43am.html](http://usembassy.state.gov/seoul/www43am.html). Ebenso, Remarks by President Bush and President Kim dae-jung in Press availability, The Blue House Seoul, 20. Februar 2002, in: [usembassy.state.gov/seoul/www43ak.html](http://usembassy.state.gov/seoul/www43ak.html).

Herrschaftssystem mit ihrem Führer Kim Jong-il, und schwächte so die Ernsthaftigkeit seines Dialogangebotes deutlich, auch wenn er bei seinem folgenden Besuch in China, den chinesischen Präsidenten Ziang Zemin erneut um die Übermittlung seines Dialogwunsches nach Pjöngjang bat.

Zugleich verständigten sich Kim Dae-jung und Bush grundsätzlich auf die Dialogthemen mit Nordkorea, die sich auf die Problematik der Massenvernichtungsmittel und die Raketenfrage erstrecken sollen. Über Details bestand jedoch noch keine Einigkeit. Deshalb hat man inzwischen eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingerichtet, welche die inhaltlichen Differenzen beilegen und eine gemeinsame Verhandlungsstrategie entwickeln soll.<sup>109</sup> Kurz nach dem Gipfel schloss außerdem eine Gruppe amerikanischer und südkoreanischer Verteidigungsexperten eine gemeinsame Studie zur militärischen Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle ab.<sup>110</sup> In ihr sind die amerikanischen Fachleute auf den südkoreanischen Ansatz eingeschwenkt, zunächst mit der militärischen Vertrauensbildung zu beginnen. Ansonsten enthält sie eine umfangreiche Aufreihung der Vorschläge beider Seiten, zu denen aber in und zwischen beiden Regierungen erst noch der notwendige Konsens hergestellt werden muss.

Nordkorea hat auf die erneute Systemkritik und auf die Skepsis gegen ihren Führer sehr scharf reagiert und scheint nicht gewillt zu sein, das gemeinsame Gesprächsangebot Kim Dae-jungs und Bushs unmittelbar aufzugreifen. In der Entgegnung des nordkoreanischen Außenministeriums vom 22. Februar hat man sich aber ein kleines Hintertürchen offen gehalten.<sup>111</sup> Außerdem verzichtete man bisher auf jede Kritik gegen die südkoreanische Regierung, was darauf hindeutet, dass man den Gesprächsfaden bald wieder aufnehmen möchte. Mit schnellen und durchgreifenden Fortschritten ist jedoch nicht zu rechnen.

Der Prozess der südkoreanisch-amerikanischen Annäherung hat mit dem letzten Gipfel erst begonnen und in den USA wird man sicherlich den Ausgang der Präsidentschaftswahlen in Seoul am 18. Dezember 2002 abwarten wollen, bevor man sich auf eine gemeinsame Dialogstrategie festlegen will. Immerhin ist es Kim Dae-jung gelungen, Nordkorea ein Stück weit aus der „Achse des Bösen“ herauszuberechnen und es zu einem Testfall für eine politische Regelung zu machen.

109 Vgl. Hwang Jang-jin, S. Korea, U.S. to develop strategy on North's weapons, in: The Korean Herald, 5. März 2002, in: [www.koreaherald.co.kr/SITE/data/html\\_dir/2002/03/05/200203050062.asp](http://www.koreaherald.co.kr/SITE/data/html_dir/2002/03/05/200203050062.asp).

110 Siehe Sohn Suk-joo, ROK, US Move to Tackle Conventional Weapons, in: The Korea Times, 27. Februar 2002, in: [www.koreatimes.co.kr/kt\\_nation/200202/t2002022717471641110.htm](http://www.koreatimes.co.kr/kt_nation/200202/t2002022717471641110.htm).

111 So heißt es dort an einer Stelle: „Bush's outbursts against the DPRK system are an insult to the national feelings of the Korean people based on its system and little short of declaring denial of dialogue with the DPRK.“ Zitiert nach: o. A., DPRK Foreign Ministry spokesman on Bush's slanders, KCNA, 22. Februar 2002, in: [www.kcna.co.jp/item/2002/200202/news02/22.htm#8](http://www.kcna.co.jp/item/2002/200202/news02/22.htm#8).

### 3.2. Diskussion der unterschiedlichen Ansätze

Zwischen den USA und Südkorea lassen sich zwei Ansätze unterscheiden, die auf ihre Vor- und Nachteile zu prüfen sind. Die jetzige US-Regierung will aus einer Position der Stärke zunächst mit Rüstungskontroll- und Abrüstungsmaßnahmen beginnen und ist erst bei entsprechendem Wohlverhalten zu weiteren wirtschaftlichen Hilfen bereit. In diesem Ansatz wurden sie zum Teil durch das frühere Verhalten Nordkoreas bestärkt.<sup>112</sup> Auf der anderen Seite setzt die südkoreanische Regierung zunächst auf die wirtschaftliche Entwicklung und will die ökonomischen Modernisierer in Nordkorea vorrangig unterstützen. Man hofft, dass es dann Nordkorea aus einer Position der wirtschaftlichen Stabilisierung leichter fällt, sich auf einen Prozess der militärischen Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle einzulassen.

Aus der Sicht Pjöngjangs läuft der neue amerikanische Ansatz darauf hinaus, es zunächst seiner stärksten Verhandlungstrümpfe (den militärischen Drohpotentialen) zu berauben, um es dann von der ökonomischen Unterstützung der westlichen Demokratien abhängig zu machen. Dieses Konzept stellt die Herrschaft der kommunistischen Partei von vornherein in Frage. Ein derartiges Rezept setzt mehr oder weniger auf den Zusammenbruch des bisherigen Staatsapparates und zielt auf eine Bankrotterklärung der herrschenden Eliten. In seiner Radikalität stärkt es daher eher die Hardliner und den traditionellen Machtapparat in Pjöngjang und entmutigt die ohnehin schwachen wirtschaftlichen Reformkräfte. Es nährt die Bedrohungsvorstellungen der militärisch geprägten Eliten und wird die Anreize für die Entwicklung von Massenvernichtungsmitteln und der dazugehörigen Trägermittel erhöhen. So schafft man erst die Bedrohung, die es eigentlich zu verhindern gilt.

Nordkorea müsste außerdem in einer Situation der ökonomischen Schwäche die wirtschaftlichen und sozialen Folgekosten des Streitkräfteabbaus tragen. In der Übergangsphase kann dies zu größerer innenpolitischer Instabilität führen, die auch die Wiedervereinigung wahrscheinlicher werden lässt. Die Vereinigungs- und Transformationskosten wären dann aber für Seoul besonders hoch.

Der Vorteil dieses Vorgehens für die USA und Südkorea liegt hauptsächlich darin, dass die unmittelbare militärische Bedrohung relativ schnell beseitigt und der militärische Machtapparat drastisch geschwächt wird. Die US-Regierung setzt dabei auf ein Konzept, das sich schon gegen die Sowjetunion bewährt hat. Allerdings ging damals die Initiative von Gorbatschow und seinem Außenminister Schewardnadse aus und nicht von den westlichen Staaten. Gorbatschow suchte die Zusammenarbeit mit den westlichen Regierungen, um den eigenen Militärapparat, der den notwendigen wirtschaftlichen Reformen im Wege stand, zu entmachten. Dies gelang jedoch nur, weil es auch im Militär viele Offiziere gab, die den Reformkurs stützten und weil sie durch den jahrelangen Dialog mit den westlichen Staaten in der Vertrauensbildung und der Rüstungskontrolle ein sinnvolles, verlässliches Steuerungsinstrument erblickten. Hinzu kam die Einbettung in die KSZE, die

112 Siehe dazu ausführlicher, Scott Snyder, *Negotiating on the Edge*, United States Institute of Peace Press, Washington D.C. 1999 und Chuck Downs, *Over the Line*, AEI Press, Washington D.C. 1999.

einen stabilisierenden Rahmen für diesen Prozess bildete und extreme politische Ausschläge auf beiden Seiten nivellierte.

Doch die politische Führung in Nordkorea lehnt dieses Konzept angesichts der Erfahrungen, die Russland später damit machte, ab. Übersehen wird, dass Gorbatschow schon 1990 zur Durchsetzung seiner Ziele auf massive Hilfen von außen (NATO-Sondergipfel Mitte 1990) angewiesen war, um den Parteitag der KPdSU politisch zu überleben. Eine derartige Abhängigkeit ist mit der nordkoreanischen Juche-Ideologie kaum vereinbar. Das dazu notwendige Vertrauen und die Breite des Dialogs sind außerdem kaum zwischen Nord- und Südkorea und erst recht nicht zwischen Washington und Pjöngjang vorhanden. Im Unterschied zu Deutschland führten beide Teile Koreas einen blutigen Krieg gegeneinander, und die von wechselseitigem Misstrauen geprägte Kriegsgeneration sitzt noch an den Schalthebeln der politischen Macht. Im nordkoreanischen Militärapparat scheinen außerdem noch weitgehend die Reformkräfte zu fehlen, die einem solchen Wandel eine Chance eröffnen. Ein regionaler sicherheitspolitischer Rahmen existiert nicht, um diesen Prozess einzubetten und zu erleichtern. Die konservativen Hardliner und Unilateralisten in den USA müssen sich daher fragen lassen, mit welchen friedlichen Mitteln sie die unwillige politische und militärische Elite Nordkoreas von ihrem Konzept überzeugen wollen, oder ob sie nicht sehr bewusst auf eine Isolierung nach dem „kubanischen“ oder „irakischen“ Muster zusteuern.

Bietet der chinesische Modernisierungsansatz einen besseren Weg? Kim Jong-il hat sich im Jahre 2000 bei zwei Besuchen in China über ihren Reformansatz der wirtschaftlichen Liberalisierung und Entwicklung ausführlich informiert. Es ist aber zweifelhaft, ob sich der chinesische Ansatz ohne weiteres auf Nordkorea übertragen lässt. Der Hauptunterschied besteht im Einfluss des Militärs. Deng Xiaoping brauchte bei seinen wirtschaftlichen Reformen keine besondere Rücksicht auf das Militär nehmen, weil es in China keine so große Rolle wie in Nordkorea spielte, das internationale Umfeld für das bevölkerungsreichste Land der Erde weniger bedrohlich wirkte und der Reformprozess in eine Phase der internationalen Entspannung fiel.

Dagegen ist in Nordkorea das Militär der stärkste Wirtschaftsfaktor und es stellt sich die Frage, wie man zivile wirtschaftliche Entwicklung unter solchen Bedingungen fördern kann, wenn man nicht zugleich anfängt, die Bedeutung des dominierenden militärischen Wirtschaftssektors abzubauen. Rüstungskontrolle böte dazu zwar die nötigen Instrumente, weil der wechselseitige Rüstungsabbau so erfolgen kann, dass die Sicherheit für alle Beteiligten auf niedrigerem Niveau weitgehend gewahrt wird. Das entscheidende innenpolitische Problem ist, dass dann die hinter dem ökonomischen Militärapparat stehenden sozialen Gruppen an Macht, Geld und Einfluss verlieren. Gegen diesen Machtverlust werden sie sich wehren. Sie können dabei innenpolitisch aus einer Position der Stärke agieren und besitzen die notwendigen Instrumente, um den entspannungspolitischen Prozess durch militärische Nadelstiche jederzeit zu stören.

Auch Vietnam wird in Seoul als politisches Lernbeispiel diskutiert, weil seine kommunistische Führung seit Beginn der neunziger Jahre begonnen hat, sich den westlichen Staaten zu öffnen und wirtschaftlich zu modernisieren. Südkorea versucht jedenfalls die vietnamesische Regierung dafür zu gewinnen, in den bilateralen Beziehungen mit der DPRK



für eine ökonomische Modernisierung zu werben, bei der analog zu China die politische und soziale Kontrolle der kommunistischen Partei nicht verloren gehen muss.<sup>113</sup>

Kim Dae-jung setzt mit seiner „Sonnenscheinpolitik“ im Unterschied zur US-Regierung eher auf den Vorrang der wirtschaftlichen und humanitären Entwicklung. Er will so mittel- und langfristig die Kosten der Vereinigung senken. Dazu trägt jede Form der wirtschaftlichen Entwicklung in Nordkorea bei.<sup>114</sup> Langfristig erhoffen sich die entspannungspolitischen Befürworter davon eine wirtschaftliche und politische Liberalisierung der DPRK, die letztlich auch Prozesse der Demokratisierung einleitet und fördert. Die Etablierung eines permanenten humanitären Dialogs dient dem Transfer entsprechender Normen. Die EU unterstützt diese Bemühungen in ihrem eigenen Dialog mit Pjöngjang nachdrücklich.<sup>115</sup> Dem militärisch dominierten Wirtschaftssektor soll ein allmählich wachsender ziviler Wirtschaftssektor als Gegengewicht an die Seite gestellt werden, zumal in Nordkorea Anhänger einer „economy first policy“ an Boden zu gewinnen versuchen.<sup>116</sup> Das würde es der nordkoreanischen Führung erleichtern, den Primat des Militärs abzubauen. In der Übergangsphase wären dabei innenpolitische Instabilitäten geringer als beim amerikanischen Ansatz.

Die wirtschaftliche Hilfe Seouls für Pjöngjang ist dabei nicht nur ein Geschenk, sondern schafft zugleich auch neue Abhängigkeiten für den Norden, die Südkorea vorsichtig dafür nutzen kann, um dort weiteren ökonomischen und politischen Wandel zu induzieren. Dieser Abhängigkeiten ist sich auch die politische Elite Nordkoreas bewusst. Sie versucht, dem – getreu der Juche-Ideologie – dadurch zu entgehen, indem sie ihre wirtschaftspolitischen Beziehungen stärker nach Europa und in Asien ausweitet. Weiterhin kann sie versuchen, die wirtschaftliche Hilfe fast ausschließlich für militärische Aufrüstungsmaßnahmen zu verwenden. Will man das verhindern, bedarf es eines wechselseitigen Informationsaustauschs über die ökonomischen Hilfsprogramme der wichtigsten Geberländer und einer multilateralen Koordinierung ihrer Politik. Das ist aber den kon-

113 Vgl. Rodger Baker, Seoul's arms sales to Hanoi takes aim, in: The Washington Times, 25. Januar 2002, in: [www.washtimes.com/world/20020125-28623073.htm](http://www.washtimes.com/world/20020125-28623073.htm). Der vietnamesische Präsident wird im Mai 2002 nach Pjöngjang reisen. Vietnam ist noch in anderer Weise beispielgebend: Es hat schon 1992 diplomatische Beziehungen zu Südkorea aufgenommen (obwohl südkoreanische Soldaten an der Seite der US-Streitkräfte im Vietnam-Krieg gekämpft haben und obwohl dies von der nordkoreanischen Seite mit einem jahrelangen Einfrieren der bilateralen Beziehungen beantwortet wurde) und hat nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den USA im Jahre 1995 inzwischen bis zum Abschluss des Handelsabkommen vom Juli 2000 (im Oktober 2001 vom US-Kongress ratifiziert) ein weitgehend normales Verhältnis (bis auf Menschenrechtsfragen) zu den Vereinigten Staaten erreicht.

114 Diesen Punkte hebt besonders Ronald Meinardus hervor. Siehe Ronald Meinardus, Unification German lessons for Korea, in: The Japan Times, 24. November 2001, in: [www.japantimes.co.jp/cgi-bin/getarticle.pl5?eo20011124rm.htm](http://www.japantimes.co.jp/cgi-bin/getarticle.pl5?eo20011124rm.htm).

115 Vgl. North Korea: European Commission Approves Cooperation Strategy (Country Strategy Paper 2001–2004); in: [europa.eu.int/comm/external\\_relations/north\\_korea/intro/index.htm](http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_korea/intro/index.htm).

116 Siehe dazu die Äußerungen des südkoreanischen Vereinigungsministers Hong Soon-joung bei seinem Europabesuch. Siehe o. A., Hong says NK hawks may be obstructing S-N Dialog, in: The Korean Times, 4. Dezember 2001, in: [www.koreatimes.co.kr/kt\\_nation/200112/t2001120417004841110.htm](http://www.koreatimes.co.kr/kt_nation/200112/t2001120417004841110.htm).

servativen Unilateralisten in Washington ein Dorn im Auge, weil sie dann nicht mehr alleine die sicherheitspolitische Agenda bestimmen.

Südkorea ist außerdem bisher auf bilateraler Ebene bemüht, dies mit einem Prozess der militärischen Vertrauensbildung zu kombinieren. Die militärische Bedrohung wird dabei in Seoul etwas anders gesehen als in Washington. In Südkorea fühlt man sich in erster Linie von den für einen Überraschungsangriff konzentrierten Truppen, den grenznah dislozierten weitreichenden Artilleriesystemen (Geiselfunktion der Region um Seoul), den Spezialtruppen der nordkoreanischen Volksarmee und dem wachsenden Streben nach Massenvernichtungsmitteln bedroht und weniger von ihren weitreichenden ballistischen Raketen. In Washington ist trotz der Anwesenheit der USFK die Wahrnehmung eher umgekehrt. Das lässt sich auch aus dem neuen „umfassenden Ansatz“ ablesen. Außerdem hält man in Südkorea die eigenen Streitkräfte im Bündnis mit den USA inzwischen für so stark, dass eine unmittelbare Gefährdung nicht gesehen wird. Die nordkoreanische Regierung würde das Ende ihrer Herrschaft einläuten, sollte sie einen unprovokierten Krieg vom Zaun brechen.<sup>117</sup> Man hat daher Zeit und setzt stärker auf einen langfristigen Prozess der militärischen Vertrauensbildung.

Ohne Zweifel kommt das südkoreanische Konzept den Interessen der nordkoreanischen Regierung stärker entgegen, und es erscheint auch kompatibel mit ihrem langfristigen Ziel einer Konföderation. Nachteilig für Nordkorea ist, dass dabei die amerikanischen Stationierungstreitkräfte von den VSBMs noch ausgeklammert werden. Das Konzept beinhaltet aber auch Nachteile für Südkorea. Die bestehenden militärischen Instabilitäten und Disparitäten werden nicht sofort, sondern erst später abgebaut. Das macht es für eine demokratische Regierung schwieriger, dieses Konzept durchzuhalten, weil es der Opposition willkommene Argumente für den Stopp der Wirtschaftshilfe und den Machtwechsel liefert. Das Problem wird noch dadurch verschärft, dass in Nordkorea der militärisch dominierte Wirtschaftssektor Vorrang genießt. Wirtschaftliche Hilfen und Deviseneinnahmen wandern zunächst in diesen Bereich, und erst wenn sie dort nicht mehr gebraucht werden, stehen sie auch der zivilen Ökonomie zur Verfügung. Diese Praxis verschafft der südkoreanischen Opposition, aber auch den konservativen Hardlinern in Washington, weitere Argumente und begünstigt das Scheitern von Kim Dae-jungs Strategie.<sup>118</sup>

117 So führte zum Beispiel der US-Kommandeur General Schwartz der USFK am 8. März 2001 vor dem Verteidigungsunterausschuss des Bewilligungsausschusses im US-Repräsentantenhaus aus: „Our combined forces can fight and win today if called upon. Our power, might, and daily readiness are unparalleled. (...) If necessary, this unequalled combined combat power and might can defeat a North Korean attack and destroy its military and regime. It is this power and might that strengthens our deterrence mission and ultimately provides regional security.“ Zitiert nach: Statement of General Thomas A. Schwartz (Anm. 1), S. 9f.

118 Siehe dazu exemplarisch die Äußerungen des südkoreanischen Oppositionsführers Lee Hoo-chang bei seinem Besuch in Washington am 23. Januar 2002. Vgl. David R. Sands, Lee vows to work with North Korea, in: The Washington Times, 24. Januar 2002, in: [www. Washtimes.com/world/20020124-20185276.htm](http://www.Washtimes.com/world/20020124-20185276.htm).

Demokratische Regierungen können auf Dauer solche Strategien nur durchhalten, wenn nichtdemokratische Regierungen wenigstens begrenzt kooperieren und die (minimalen) Gegenleistungen erbringen, die ein innenpolitisch bedingtes Scheitern verhindern. Umgekehrt brauchen nichtdemokratische Staaten aber auch die Hilfeleistungen der Demokratien, um ihre Leistungen intern rechtfertigen und aufrecht erhalten zu können. Da aber in Demokratien häufiger die Regierungen und mit ihnen auch ihre außenpolitischen Ansätze wechseln, stehen nichtdemokratische Staaten unter Umständen vor erheblichen internen Anpassungsproblemen.

Nordkorea ist dabei seit dem Amtsantritt von Bush nicht nur mit einer Änderung der amerikanischen Außenpolitik, sondern vor allem mit einer deutlichen Verschärfung ihrer Bedingungen konfrontiert. Um die daraus entstehenden Kosten abzuwehren, hat Pjöng-jang im letzten Jahr versucht, die Kooperationskosten für Seoul anzuheben. Es wollte so die zu erwartenden Zusatzkosten der Kooperation mit den USA kompensieren und zugleich sollte die südkoreanische Regierung die Vereinigten Staaten wieder zu einem Abbau ihrer verschärften Bedingungen bewegen. Positiv ist dabei zu bewerten, dass Nordkorea diesmal auf Brinkmanship-Strategien (z. B. Test einer neuen Rakete) gegenüber den USA verzichtete. Es hätte damit nur die falschen politischen Kräfte in Washington gestärkt.

Auf die südkoreanische Regierung musste das aber wie eine doppelte Bestrafung wirken. Sowohl die konservativen Hardliner in den USA als auch in Nordkorea setzten es nun mit zusätzlichen Kooperationsforderungen unter Druck. Dieses Spiel konnte Kim Dae-jung kaum lange durchhalten. Er wurde durch die Oppositionskräfte immer leichter angreifbar und die öffentliche Zustimmung für die „Sonnenscheinpolitik“ drohte verloren zu gehen. Schon den Alarmstatus der eigenen Streitkräfte nach dem 11. September 2001 hatte er nicht mehr verhindern können und seinen Vereinigungsminister Lim Dong-won, der als Architekt der koreanischen Entspannungspolitik gilt, musste er durch den eher den Oppositionsauffassungen nahestehenden Hong Soon-jong im gleichen Monat ersetzen. Um diesem Spiel ein Ende zu bereiten, ließ er die sechsten Ministerialgespräche Mitte November 2001 mit Pjöngjang scheitern. Kim Jong-il hatte damit die Chance versäumt, die entspannungsbereiten Kräfte in Südkorea mit zusätzlichen Kooperationsgewinnen zu belohnen, um deutlich zu machen, dass die Hardliner in Washington, in der südkoreanischen Opposition und im ROK-Verteidigungsministerium auf die falsche Strategie setzten.

Mit dem Scheitern der Ministerialgespräche war für alle Seiten ein kritischer Punkt erreicht. Die nordkoreanische Regierung musste sich nun zwischen Kooperation oder Konfrontation entscheiden. Hielt sie die Kooperationskosten für Kim Dae-jung weiterhin hoch, konnte dies das Ende der „Sonnenscheinpolitik“, der wirtschaftlichen und humanitären Zusatzleistungen für das eigene Regime einläuten, weil damit die Wahlchancen des konservativen Oppositionsführers Lee für die Präsidentschaftswahlen im Dezember 2002 in Südkorea wuchsen. Da Lee den Bush-Ansatz unterstützt, wird das Einschwenken auf den US-Kurs zu einer weiteren Anhebung der Kooperationskosten führen. Hinzu kam das wachsende Risiko, bei den konservativen Hardlinern in den USA auf der Liste der den Terrorismus fördernden Staaten zu landen, gegen die mit militärischen Mitteln vorgegan-

gen werden soll. Dem versuchte man, mit den Beitrittsankündigungen zu den UN-Konventionen gegen den Terror zu begegnen und signalisierte damit den USA stärkere Kooperationsbereitschaft. Allerdings versäumte man es – trotz südkoreanischen Anratens – sich analog zu China und Russland der politischen Allianz gegen den internationalen Terrorismus anzuschließen.

Die jüngsten Entwicklungen auf der koreanischen Halbinsel zeigen, dass Kim Jong-il dort zu einer Reduzierung der Kooperationskosten bereit zu sein scheint, in welchem Umfang bleibt allerdings abzuwarten. Kim Dae-jung hat einen Korruptionsskandal in seiner Regierung genutzt, um seinen zwischenzeitlich eingesetzten konservativen Vereinigungsminister Hong Soon-jong durch den Entspannungsbefürworter Jeong Se-hyun zu ersetzen und damit seinerseits die Kooperationsvoraussetzungen verbessert.<sup>119</sup> Immerhin kann man dem nordkoreanischen Führer unterstellen, dass ihm an der Wahl eines neuen südkoreanischen Präsidenten, der die Entspannungspolitik fortsetzen will, einiges gelegen sein dürfte. Schließlich stehen spätestens im Jahre 2003 mit der Anpassung des sich in die Länge ziehenden KEDO-Projekts wichtige Gespräche an, und die Versorgungslage der eigenen Bevölkerung wird sich kaum durchgreifend bessern.

Die Fragilität des gerade erst wieder in Gang gekommenen Dialoges kann nur überwunden werden, wenn sich die wirtschaftlichen Modernisierer in Nordkorea, die Entspannungspolitiker in Seoul und die Dialogbefürworter in Washington konzeptionell weiter einander annähern. Denn ohne wirtschaftliche Entwicklung wird Nordkorea kaum abrüsten und ohne Abrüstung hat die wirtschaftliche Entwicklung Nordkoreas nur wenig Perspektiven. Ob diese Annäherung breit genug sein wird, um die Belastungen durch Störversuche der militärischen Entspannungsgegner in Pjöngjang, der konservativen Unilateralisten in den USA und den Oppositionskräften in Südkorea auszuhalten, bleibt abzuwarten. Außerdem muss auf den Ausgang der Präsidentschaftswahlen in Seoul Ende 2002 und wahrscheinlich auch auf den Ausgang der amerikanischen Präsidentschaftswahlen Ende 2004 gewartet werden, bevor ein dauerhafter Dialog größere Chancen besitzt. Diese Zeitspanne sollte genutzt werden, um den wirtschaftlichen Reformflügel in Nordkorea zu stärken und um die Möglichkeiten der militärischen Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle zwischen den drei Staaten weiter auszuloten.

### **3.3. Optionen der militärischen Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle auf der koreanischen Halbinsel**

Ausgangspunkt für aller Aktivitäten der militärischen Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle im Bereich der konventionellen Streitkräfte bieten das Waffenstillstandsabkommen von 1953, das „Basic Agreement“ von 1991 und das „General Agreement“ von 1994. Diese Bemühungen lassen sich sicherheitspolitisch nicht von den Anstrengungen

119 Vgl. Kim Ji-ho, Replacement of unification minister raises hope for reopening talks with N. Korea, in: The Korea Herald, 30. Januar 2002, in: [www.koreaherald.co.kr/SITE/data/html\\_dir/2002/01/30/200201300056.asp](http://www.koreaherald.co.kr/SITE/data/html_dir/2002/01/30/200201300056.asp).

trennen, auf der koreanischen Halbinsel den Verzicht auf militärische Massenvernichtungsmittel und die Beschränkungen des MTCR durchzusetzen. Letztlich muss Nordkorea zu seinen Zusagen stehen, Nuklearwaffen nicht zu besitzen und seine Verpflichtungen aus der Biowaffenkonvention achten. Dass bisher eine Überprüfung der Biowaffenkonvention nicht möglich ist, haben in erster Linie die konservativen Unilateralisten in den USA zu verantworten, die den Abschluss der Verhandlungen über ein Verifikationsprotokoll in Genf scheitern ließen. Längerfristig ist der Beitritt Nordkoreas zur Chemiewaffenkonvention geboten, anders ist die vollständige Abstinenz von Massenvernichtungsmitteln nicht sicher zustellen.

Die Darstellung der konventionellen militärischen Lage und der militärischen Beistandspakte in der Region zeigt außerdem, dass die Streitkräfte Chinas und Russlands in irgendeiner Form wenigstens in den Prozess der militärischen Vertrauensbildung einbezogen werden sollten. Japan ist ein Sonderfall, weil weder mit dem Norden noch dem Süden Koreas ein verteidigungspolitischer Kooperationsvertrag existiert und dies aus historischen Gründen auch wenig wahrscheinlich erscheint. Es ist aber bilateral militärisch mit den USA verbunden und hält auf seinem Territorium wichtige Stützpunkte bereit, von denen aus die südkoreanischen Streitkräfte und die USFK im Krisen- und Verteidigungsfall unterstützt und verstärkt werden. Außerdem wird es als demokratischer Staat im Bündnis mit den USA im Krisenfall kaum neutral bleiben können. Hinzu kommt bei den See- und Luftstreitkräften Japans die wachsende Fähigkeit zur Machtprojektion. Aus diesen Gründen wäre die Einbeziehung Japans in ein Konzept der regionalen, aber nicht zwangsläufig multilateralen militärischen Vertrauensbildung zu empfehlen. Tokio unterhält schon jetzt bilaterale Kontakte der militärischen Vertrauensbildung zu China und Südkorea, die weiterentwickelt und auf Nordkorea ausgedehnt werden sollten. Als Japan einen Teil seiner Seestreitkräfte für die Operation „Enduring Freedom“ abstellte, reiste der japanische Ministerpräsident Koizumi zuvor nach Seoul und Beijing, um sicherheitspolitische Besorgnisse zu zerstreuen.

Grundsätzlich sind aber China, Russland und Japan nicht bereit, sich an rüstungskontrollpolitischen Maßnahmen auf der koreanischen Halbinsel zu beteiligen, weil sie sich nicht als Teil des sicherheitspolitischen Problems betrachten. China strebt außerdem eine langfristige Modernisierung seiner Streitkräfte an und möchte sich dabei keine regionalen Beschränkungen auferlegen.<sup>120</sup> Russland sieht angesichts der desolaten Lage seiner Streitkräfte und der ungewissen Zukunft des russisch-chinesischen Verhältnisses in Sibirien und Fernost keine Notwendigkeit für neue regionale Begrenzungen. Es wird deshalb darauf ankommen, die schon bestehenden bilateralen Maßnahmen der militärischen Vertrauensbildung netzwerkartig auszubauen und im Rahmen des ASEAN Regional Forum erste Ansätze einer multilateralen militärischen Kooperation (z. B. bei Rettungseinsätzen auf hoher See) weiter zu entwickeln. Nordkoreas Streitkräfte müssen dann künftig in

120 Informationen des Verfassers aus einem Gespräch mit einem Mitarbeiter der chinesischen Botschaft in Berlin am 9. März 2001.

diese netzwerkartigen Strukturen der militärischen Vertrauensbildung integriert werden. Russische und chinesische Streitkräfte können dafür Pilotinitiativen starten.<sup>121</sup>

Die US-Streitkräfte dagegen sind aufgrund ihrer Präsenz in Südkorea eigentlich von Anfang an in Maßnahmen der militärischen Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle einzubeziehen. Sie haben zudem mit dem Abzug ihrer taktischen Nuklearwaffen und der Einstellung der „Team Spirit“-Großmanöver einseitige Vorleistungen erbracht, die mit der Verlegung eines Teils der USFK nach Süden im Rahmen des Landpartnerschaftsplans in den nächsten Jahren verstärkt werden. Sie davon auszuklammern, würde ein kaum überwindbares Hindernis für die Fortsetzung der militärischen Entspannungspolitik auf der Halbinsel schaffen. Doch weder das „Basic Agreement“ noch der neue „umfassende Ansatz“ der amerikanischen Regierung sehen die Mitwirkung der USFK an vertrauensbildenden Maßnahmen und der Rüstungskontrolle auf der koreanischen Halbinsel vor. Dies ist damit verknüpft, dass die nordkoreanische Regierung bisher die amerikanische Präsenz in Korea offiziell ablehnt.

Die USA wahren so aber auch ihre Rechtsposition gegenüber ihrem südkoreanischen Verbündeten. Sollen amerikanische Verbände in Maßnahmen der Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle eingeschlossen werden, so wollen sie darüber mitbestimmen. Ein gemeinsames rüstungskontrollpolitisches US-ROK-Konzept und ein rüstungskontrollpolitisches Koordinierungsgremium – analog etwa der High Level Task Force (HLTF) in Europa – existieren jedoch noch nicht. Diese Haltung kommt den Kräften in Südkorea entgegen, die den Abzug aller US-Truppen verhindern und sie deshalb von Rüstungskontrollverhandlungen ausschließen möchten.<sup>122</sup>

Da aus nordkoreanischer Sicht von den Vereinigten Staaten die Hauptbedrohung ausgeht, hängen die Bedingungen für eine Einbeziehung der USFK ziemlich hoch, weil in den USA die politischen Abstimmungsprozesse für eine kohärente Nordkorea-Politik noch nicht abgeschlossen sind und deshalb die bilateralen rüstungskontrollpolitischen Abstimmungsprozesse zwischen Südkorea und den USA noch ausstehen. Pjöngjang steht vor der Frage, ob es sich schon jetzt auf einen konventionellen Rüstungskontrollprozess einlassen soll, dessen Kriterien und Kosten es nur zum Teil kennt und der von den konservativen Kräften in den USA mit geprägt, wenn nicht gar bestimmt werden dürfte. Es ist kaum anzunehmen, dass Kim Jong-il sich darauf einlassen wird.

Wollen umgekehrt die USA und Südkorea deutlich machen, dass sie es mit der militärischen Entspannung ernst meinen, wäre es wichtig, die dafür notwendigen Koordinierungsgremien zu schaffen. Sie können dann Prinzipien, Normen, Ziele und Verfahren

121 Sie können zu militärischen VSBMs einladen, an denen sich auch nordkoreanische Streitkräfte beteiligen.

122 Diese Sichtweise scheint unter südkoreanischen Sicherheits- und Verteidigungsexperten weit verbreitet zu sein. Man fürchtet, die USA könnten Rüstungskontrollverhandlungen als Vorwand für einseitige Truppenabzüge nutzen. Die Erfahrungen mit den europäischen MBFR-Verhandlungen in den siebziger Jahren sprechen eher dagegen. Sie dienten erfolgreich dazu, solche einseitigen Schritte der europäischen Staaten abzuwehren und brachten die einseitigen Truppenreduzierungsinitiativen des US-Kongressabgeordneten Mansfield zu Fall.

möglicher Gespräche auf der Grundlage des „Basic Agreement“ vorberaten. Das gäbe Pjöngjang das politisch wichtige Signal, dass niemand beabsichtigt, die US-Streitkräfte in Korea von diesem Prozess auszuschließen. Dabei sind die entspannungswilligen Südkoreaner aber mit dem Problem konfrontiert, dass sie sich in einer Situation, in der man sich in grundlegenden politischen Fragen mit der US-Regierung nicht einig ist, und in der das amerikanische Rüstungskontrollbüro von einem ultrakonservativen Hardliner (Bolton) geleitet wird, schon auf konzeptionelle Rüstungskontrollgespräche und die Bildung eines entsprechenden Koordinierungsgremiums einlassen sollen. Hier besteht auch für Südkorea noch ein erheblicher Klärungsbedarf, um mehr Berechenbarkeit herzustellen. Die gemeinsame Studie amerikanischer und südkoreanischer Verteidigungsexperten über Maßnahmen der militärischen Vertrauensbildung und der Rüstungskontrolle kann dafür eine Ausgangsbasis bilden.

Rüstungskontrollverhandlungen zwischen dem Norden und dem Süden Koreas wären schwierig und sehr langwierig. Die qualitativen Unterschiede in der militärischen Ausrüstung sind dort noch gravierender als Ende der achtziger Jahre in Europa und diese Differenz wird wachsen. Ein rein quantitativer Beschränkungsansatz, der auf Parität zielt, wäre eindeutig zum militärischen Nachteil der DPRK und mit dem Prinzip der gleichen Sicherheit kaum zu vereinbaren. Die militärische Führung des Nordens wird daher mit nachvollziehbaren Gründen auf einen symmetrischen Reduzierungsansatz beharren und kann sich dabei auch noch auf das gerade von den konservativen Hardlinern in Seoul und Washington besonders betonte Prinzip der Reziprozität berufen.<sup>123</sup> Es ist wohl etwas in Vergessenheit geraten, dass es bei den Mandatsverhandlungen zum KSE-Vertrag mit darum ging, dieses Prinzip auszuklammern, um den symmetrischen Reduzierungsansatz zu verhindern. In dieser Vorgehensweise werden die nordkoreanischen Militärs bestärkt, weil die USA ihre Seestreitkräfte von Beschränkungen ausklammern wollen, obwohl gerade sie die militärische Sicherheit der Halbinsel stark beeinflussen können und der nordkoreanischen Küstenschutzmarine weit überlegen sind. Auch die südkoreanische Marine will in Zukunft mehr Aufgaben über den eigenen Küstenschutz hinaus wahrnehmen, um Japan in diesem Bereich nicht alleine das Feld zu überlassen und sich Washington ebenfalls als wichtiger regionaler Verbündeter empfehlen. Sie werden daher ähnlich wie die USA kein großes Interesse an Marinebeschränkungen haben. Die Frage ist, ob dann wenigstens vertrauensbildende Maßnahmen bei Marineinfanterie-Verbänden möglich sind, mit denen sich fremdes Territorium besetzen lässt. Beispielsweise könnten größere Übungen solcher Verbände ab Brigadegröße vorab angekündigt und der wechselseitigen Beobachtung unterstellt, sowie später beschränkt werden.

Darüber hinaus wird Pjöngjang vor allem den Abzug der offensivfähigen US-Kampfflugzeuge fordern, von denen seit den Erfahrungen im zweiten Golfkrieg, im Kosovo- und im Afghanistan-Krieg die größte Bedrohung für Nordkorea ausgeht, während es den US-Streitkräften leichter fallen wird, ihre kostenintensiven Landstreitkräfte abzubauen.<sup>124</sup> Sie

123 So General Schwartz in seinem Statement vor dem US-Kongress, a.a.O. (Anm. 12), S. 28f.

124 Siehe auch Michael O'Hanlon, US Military Force Structure After Korean Reunification, in: *The Korean Journal of Defense Analysis*, Jg. 13, Nr. 1, Herbst 2001, S. 213.

ersparen sich und Südkorea hohe Verlegungskosten aus Seoul und aus anderen Standorten und können so zugleich die wachsende Kritik der südkoreanischen Bevölkerung an ihren Truppen mindern. Weiterhin werden die nordkoreanischen Militärpolitiker bestrebt sein, ihre militärischen Vorteile – zum Beispiel bei der Artillerie – erst so spät wie möglich zur Disposition zu stellen und können dies analog zu den bisherigen Rüstungskontrollverhandlungen mit Forderungen nach Wirtschaftshilfe verknüpfen.

Schließlich werden die Ziele möglicher Abrüstungsschritte entscheidend davon beeinflusst, ob man von einer Konföderation oder einer Vereinigung des Nordens und des Südens ausgeht. Rüstungskontrollverhandlungen werden nur dann eine Chance haben, wenn der konföderale Ansatz ihre Grundlage bildet. Alles andere würde von Pjöngjang abgelehnt werden, weil es seine Unabhängigkeit in Frage stellt. Bei einer Konföderation sind tiefe Einschnitte in den Potentialen kaum zu erwarten, da das große Misstrauen zwischen beiden Ländern sich nur langsam abbauen lässt. Reduzierungen können dann in erster Linie zur Stabilisierung der militärischen Lage erfolgen, etwa um die Geiselfunktion Seouls abzubauen und um die Gefahr eines wechselseitigen Überraschungsangriffs oder einer umfassenden Offensive zu vermindern. Im Zuge einer rüstungskontrollpolitischen Annäherung ist jedoch nicht auszuschließen, dass die stalinistische Herrschaftsideologie der nordkoreanischen Führung – ihrer militärischen Überwölbung entkleidet – sehr schnell in sich zusammenbricht. Kommt es deshalb dann zu einer Vereinigung, liegt ein drastischer Streitkräfteabbau schon aus Kostengründen sehr nahe. Rüstungskontrolle würde nach dem Abschluss der Übergangsphase weitgehend hinfällig. Aus politischen und finanziellen Gründen wäre mit einer weitgehenden Auflösung der nordkoreanischen Streitkräfte zu rechnen und Südkorea bräuchte nicht mehr so viele Truppen und Waffen vorhalten. Reduzierungen von mehr als 50 Prozent wären dann ohne weiteres möglich. In der nordkoreanischen Führung weiß man um dieses Risiko und wird sich vermutlich nur dann auf strukturelle Rüstungskontrolle und Abrüstung einlassen, wenn man den Prozess zu beherrschen glaubt. Das setzt eine neue gestärkte Identität durch zivile wirtschaftliche Modernisierung voraus, die derzeit nicht vorhanden ist.

Diese Szenarios werden von den künftigen sicherheitspolitischen Entwicklungen im Umfeld beeinflusst. Sollte sich zum Beispiel der Konflikt zwischen China und Taiwan über die Ein-China-Politik verschärfen, in China sich die politische Lage destabilisieren, Japan und China sich zu militärischen Großmächten entwickeln, oder ein neuer Konflikt zwischen China und Russland über Sibirien und den Fernen Osten entstehen, hätte das auch Auswirkungen auf die Rüstungskontrollziele. In solchen Fällen würden Abrüstungsmaßnahmen geringer ausfallen oder ganz unterbleiben. Umgekehrt ist seit dem letzten Jahrzehnt eine deutliche Zunahme der militärischen Kooperation und Vertrauensbildung in der Region, wenn auch hauptsächlich auf bi- oder trilateraler Basis, zu beobachten. Mit dem ASEAN Regional Forum und dem NEACD stehen multilaterale Institutionen bereit, um sich darüber auszutauschen.<sup>125</sup> Erste Vertrauensbildenden Pro-

125 Siehe ausführlicher Bonnie D. Jenkins, *Prospects for a Conventional Arms Control Treaty and Confidence Building Measures in North East Asia*, INSS Occasional Paper 34, USAF Institute for National Security Studies, MSAF Academy, Colorado, August 2000, S. 32.



gramme wurden dort schon vereinbart. Multilaterale Maßnahmen – analog zu den KSZE-Vereinbarungen wie das Stockholmer Abkommen von 1986 – werden aber derzeit für noch nicht wahrscheinlich gehalten. Immerhin kann ein sich verdichtendes Netz der bilateralen militärischen Vertrauensbildung und Kooperation die defensive Orientierung der Streitkräfte in der Region fördern und konkrete Abrüstungsschritte zwischen Nord- und Südkorea erleichtern.

Die Aufzählung der Probleme von strukturellen Rüstungskontrollverhandlungen macht deutlich, dass baldige Gespräche hierüber eher unwahrscheinlich erscheinen. Es fehlen einfach noch zu viele Voraussetzungen. Sie sind kurzfristig unter den gegenwärtigen sicherheitspolitischen Bedingungen kaum herstellbar. Der südkoreanische Ansatz der militärischen Vertrauensbildung bietet nach dem ersten bilateralen Treffen der beiden Verteidigungsminister im September 2000 dagegen deutlich größere Chancen, bald einen permanenten sicherheitspolitischen Dialog darüber einzurichten. Nordkoreanische Diplomaten haben im letzten Jahr begonnen, sich bilateral in Europa ausführlich über die bisherigen Erfahrungen mit militärischer Vertrauensbildung zu informieren und möchten diesen Prozess fortsetzen.<sup>126</sup>

Die im „Basic Agreement“ enthaltenen ersten Maßnahmen für militärische Vertrauensbildung (siehe Seite 23f.) weisen mehrere Vorteile auf: Sie stellen

- weder das nordkoreanische Herrschaftssystem,
- noch seine Militärstrategie,
- noch seine militärischen Fähigkeiten

in Frage. Außerdem ist das von den konservativen Kräften in den USA und Südkorea betonte Prinzip der Reziprozität einfacher einzuhalten. Diese Feststellung gilt aber mit einer wichtigen Einschränkung. Militärische Vertrauensbildung ist ohne Transparenz nicht herzustellen, und dies berührt prinzipiell die Systemfrage. Die Forderung der konservativen Kräfte in Südkorea und in den USA nach möglichst effektiver Verifikation schürt dabei die systemisch bedingte Furcht der Hardliner auf der nordkoreanischen Seite. Schließlich sind derzeit alle nordkoreanischen Soldaten per Befehl gehalten, sich zu töten, bevor sie in die Hände westlicher Streitkräfte fallen. Will man den Prozess der militärischen Vertrauensbildung beginnen, muss man diese Ängste vor allem in der Anfangsphase in angemessener Weise berücksichtigen.

Dem Militärapparat sollte ausreichend Gelegenheit gegeben werden, militärische Transparenz zunächst auf freiwilliger Basis zu testen, um ihre (begrenzte) Wirkung besser einschätzen zu können. Eine Vereinbarung über wechselseitige militärisch vertrauensbildende Maßnahmen auf freiwilliger Basis, erlaubt Nordkorea, Art, Ort, Zeit und Umfang der Aktivität alleine zu bestimmen, sie bleiben jederzeit vollständig Herr des Verfahrens. Auf diese Weise können sie allmählich Vertrauen zu diesem Instrument gewinnen. Das ist eine wichtige Voraussetzung, um später auf regelmäßige und verbindliche VSBMs über-

126 Siehe auch Anne Schneppen, Vergebene Chancen – In Korea erschöpft sich die Aussöhnungspolitik in Gesten und Symbolen, in: FAZ, 31. Oktober 2001, S. 14.

zugehen. Als Übergangslösung kann man auch eine geringe Zahl von Maßnahmen pro Jahr verabreden, aber Ort, Zeitpunkt und Umfang offen lassen. Eine gemeinsame Überprüfung der Maßnahmen sollte in gewissen Zeitabständen möglich sein. Auf der Grundlage des „Basic Agreement“ gibt es eine ganze Reihe von Aktivitäten, die den oben genannten Kriterien genügen. Dabei werden auch bilateralen Abmachungen berücksichtigt, die gemeinhin am Anfang der militärischen Vertrauensbildung stehen.

- Maßnahmen zur Verhinderung einer versehentlich militärischen Konfrontation und die Verabredung von Regeln und Verfahren für den Fall ihres Eintritts
- Einrichtung eines „funktionierenden“ Heißen Drahtes zwischen den Verteidigungsministerien oder den Generalstabschefs<sup>127</sup>
- Verabredung kooperativer militärischer Maßnahmen im Falle von grenzübergreifenden Schäden bei Naturkatastrophen oder militärischen Unfällen
- Gemeinsame Übungen, um solche Schäden kooperativ zu verhindern oder zu beheben.
- Wechselseitige Besuche von Marinekampfschiffen
- Regelungen für die Einrichtung neuer Grenzüberttrittspunkte für Schienen- und Straßenwege unter Einschluss der Beseitigung von Minen und anderen militärischen Sperranlagen
- Regelungen für die gemeinsame friedliche Nutzung der Demilitarisierten Zone
- Organisation und Durchführung von sportlichen Wettkämpfen zwischen militärischen Verbänden
- Aufbau von wechselseitigen militärischen Verbindungs- und Informationsbüros in den Hauptstädten
- Einladung von zivilen Sicherheitsexperten und Offizieren zu sicherheitspolitischen Seminaren und Konferenzen der anderen Seite
- Austausch von jährlichen Kalendern für militärische Übungen ab Divisions- oder Korpsgröße
- Einladung von Beobachtern zu militärischen Aktivitäten ab Korps- oder Divisionsgröße

Die historischen Erfahrungen mit freiwilligen Maßnahmen der militärischen Vertrauensbildung in Europa von 1975 bis 1985 zeigen, dass von ihnen nur sehr selektiv und nicht sehr häufig Gebrauch gemacht wurde. Waren die Beziehungen zwischen NATO und Warschauer Pakt entspannt, gab es mehr Aktivitäten, bei größeren Spannungen hingegen, fielen sie fast vollständig aus. Trotzdem gelang es, die Streitkräfte mit dem Instrument und seiner Wirkung vertraut zu machen. Erst als der damalige sowjetische Generalsekretär mit den Begriffen von Glasnost und Perestroika einen grundsätzlichen Wandel der sowjetischen Außenpolitik einleitete, wurden regelmäßige und verbindliche VSBMs mög-

127 An sich existiert schon ein Heißer Draht zwischen den Streitkräften Nord- und Südkoreas, er wird jedoch von den nordkoreanischen Generälen die meiste Zeit einfach abgeschaltet. Information des Verfassers aus einem Gespräch mit einem südkoreanischen Militärexperten.

lich. Diese Erfahrungen werfen die Frage auf, unter welchen innenpolitischen Bedingungen Nordkorea zu solchen Zugeständnissen bereit sein wird, zumal dort die Freizügigkeit deutlich geringer einzuschätzen ist, wenn man sie mit der damaligen Situation in den Ländern des Warschauer Paktes vergleicht.<sup>128</sup>

Entscheidende Bedeutung ist dem Problem beizumessen, in welcher Form die USA und die amerikanischen Streitkräfte an solchen Gesprächen beteiligt werden. Solange die nordkoreanische Regierung die Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte in Südkorea nicht akzeptiert, wird sich an der gegenwärtigen Haltung der US-Regierung nichts ändern. Nachdem seit den Anschlägen vom 11. September im Pentagon und konservativen sicherheitspolitischen Kreisen vermehrt mögliche militärische Optionen gegen den Irak, Nordkorea und den Iran erwogen werden und die USA mit der Bush-Rede vom 29. Januar 2002 zur Lage der Nation einen Paradigmenwechsel im Kampf gegen den internationalen Terrorismus vollzogen haben, der die WMD-Aktivitäten und die Raketenentwicklung in diesen Staaten in das Zentrum der amerikanischen Sicherheitspolitik rückt, kann das Interesse der nordkoreanischen Militärs an mehr Informationen über die USFK wachsen. Selbst unter südkoreanischen Sicherheitsexperten gibt es mittlerweile eine Diskussion darüber, ob und in welchem Umfang die US-Streitkräfte militärisch alleine gegen Nordkorea vorgehen können. Sollte Nordkorea die Einbeziehung der USA in solche Gespräche fordern und dabei die Anwesenheit von USFK-Vertretern hinnehmen, so käme dies der Akzeptanz ihrer Präsenz gleich. Umgekehrt würde die volle Einbeziehung der US-Streitkräfte in Verhandlungen über militärische Vertrauensbildung auf der koreanischen Halbinsel die Hürden für mögliche militärische Angriffe gegen Einrichtungen der nordkoreanischen Streitkräfte deutlich erhöhen. Nordkorea kann außerdem mit der Akzeptanz der US-Streitkräfte auf der Halbinsel, Ängste in Südkorea abbauen und damit ein wichtiges Hindernis für eine künftige Friedensregelung beseitigen. Auch regional ist die Anwesenheit amerikanischer Truppen zum Vorteil der DPRK. Es schränkt die regionale Macht Chinas und Russlands ein und verhindert eine zu große Machtentfaltung Japans.

#### **4. Schlussbemerkung: Zur Überwindung der Dialogblockade**

Die von der EU, China, Russland und vielen anderen Staaten weltweit unterstützte Versöhnungs- und Entspannungspolitik Kim Dae-jungs steht unter keinem guten Stern, seitdem George W. Bush im Weißen Haus die Macht übernommen hat. Schon bei seinem Amtsantritt wurden die fast abgeschlossenen Verhandlungen der Clinton-Administration, die den Test- und Exportstopp weitreichender nordkoreanischer Raketen vorsahen, wegen angeblich fehlenden effektiven Verifikationsmaßnahmen einfach eingestellt und gleichzeitig den südkoreanischen Streitkräften Raketen mit größerer Reichweite zugestan-

<sup>128</sup> Beispielsweise sind nordkoreanische Radios und Fernseher normalerweise technisch nicht zum Empfang ausländischer Sender geeignet und Kontakte zu Ausländern untersagt. Reisen zu anderen Orten in Nordkorea bedürfen der vorherigen Genehmigung. Fahrradfahren ist in Pjöngjang verboten, weil es die unkontrollierbare individuelle Mobilität zu sehr erhöht.

den, obwohl ein neuer politischer Ansatz noch nicht existierte. Im Beisein Kim Dae-jungs im März 2001 drückte dann Bush öffentlich seine Skepsis über den nordkoreanischen Führer Kim Jong-il aus. Weiterhin erhöhte der neue „umfassende Ansatz“ vom Juni 2001 deutlich die Kooperationskosten für Nordkorea, während entsprechende Kompensationsleistungen bisher weitgehend im Dunkeln blieben. Der Anschlag vom 11. September wurde für mehr militärischen Druck genutzt, indem man die Streitkräfte in Korea unnötig in einen erhöhten Alarmzustand versetzte. Obwohl Anfang Mai 2001 Kim Jong-il das Raketentestmoratorium auf 2003 verlängerte und sich seit November 2001 in kleinen Schritten auf die USA und Südkorea zu bewegte, und obwohl wegen dieser positiven Signale Pjöngjangs Südkorea auf höchster Ebene die USA um eine gesichtswahrende Geste ersuchte, wurde dies dort auf höchster Ebene mit der Einordnung Nordkoreas in die „Achse des Bösen“ beantwortet.

Die Rede des US-Präsidenten zur Lage der Nation und die Ergebnisse seines jüngsten Besuchs in Südkorea haben erneut deutlich gemacht, dass es in der amerikanischen Regierung sowie zwischen ihr und dem südkoreanischen Präsidenten noch keinen Konsens über die künftige Gestaltung der Nordkorea-Politik gibt. Zwar hat man sich endlich über erste Themen des Dialogs verständigt, aber über die Details dazu besteht weiterhin Uneinigkeit. Immerhin wurde inzwischen eine bilaterale Arbeitsgruppe eingerichtet, welche die Aufgabe hat, die Differenzen zu überwinden und ein gemeinsames Konzept zu entwickeln. Doch ob dieses Gremium noch vor den südkoreanischen Präsidentschaftswahlen am 18. Dezember 2002 zu einem Ergebnis kommt, ist aus politischen Gründen sehr zweifelhaft. Denn in der US-Regierung scheinen vor allem die konfrontativen Kräfte auf Zeit zu spielen und darauf zu hoffen, dass der konservative Oppositionsführer, Lee Hoi-chang, als derzeit aussichtsreichster Kandidat, die südkoreanischen Präsidentschaftswahlen gewinnt. Da er den Auffassungen der Bush-Regierung sehr viel näher steht, wäre mit ihm eine Einigung über den Inhalt des Dialogangebots sehr viel einfacher.

Auf der anderen Seite haben es die Dialogbefürworter in den USA in Kooperation mit der japanischen und südkoreanischen Regierung geschafft, Bush zu einem relativ glaubwürdigen Dialogangebot auf höchster Ebene zu überreden. Vor allem die Wiederholung in Beijing und der vorläufige Verzicht auf die Forderung nach konventioneller Rüstungskontrolle, die Bereitschaft zur Fortsetzung der humanitären Hilfe sowie die Versicherung, es gebe keine Pläne für eine militärische Invasion Nordkoreas stützen die Ernsthaftigkeit des Angebots. Nach wie vor offen ist allerdings die politische Bedeutung seiner Systemkritik und seiner erneut geäußerten Skepsis gegenüber Kim Jong-il. Einerseits kann dies lediglich die Funktion haben, dass er zusätzlich Zeit gewinnen will, bis man sich mit Südkorea und in den USA selbst auf einen gemeinsamen Ansatz verständigt hat. Außerdem schränkt die Kritik den außenpolitischen Handlungsspielraum des südkoreanischen Präsidenten für den Rest seiner Amtszeit ein. Auf der anderen Seite bietet es den eher an Konfrontation interessierten Kräften in den USA ein willkommenes Instrument, um durch zu hohe Anforderungen, den Dialog auch weiterhin zu stören oder zu verhindern.

So hat Bush die Entwicklung eines umfassenden Konzepts für die Nonproliferation in Auftrag gegeben, dass den konservativen Unilateralisten mit seinen militärischen Counterproliferations-Komponenten neue Instrumente liefern dürfte, um den südkorea-

nischen Entspannungsprozess bei Bedarf weiter zu torpedieren. Ein anschauliches Beispiel dafür liefern auch die jüngsten Veröffentlichungen zum neuen geheimen amerikanischen Nuclear Posture Review, in dem die Entwicklung neuer Mininuklearwaffen für den Einsatz gegen tief verbunkerte Ziele propagiert wird und die auch gegen Staaten zur Anwendung kommen können, die keine Nuklearwaffen besitzen.<sup>129</sup> Damit werden die Zusicherungen früherer US-Präsidenten (beispielsweise im Zusammenhang mit dem Genfer Rahmenabkommen), sie werden keine Nuklearwaffen gegen nichtnukleare Staaten einsetzen, auch für Nordkorea in Zweifel gezogen. Das führte postwendend zu einem geharnischten Protest aus Pjöngjang, bei dem auch die Aufkündigung des Genfer Rahmenabkommens nicht mehr ausgeschlossen wurde.<sup>130</sup> Andererseits hat das Weiße Haus erstmalig das Genfer Rahmenabkommen für den US-Kongress nicht zertifiziert, um für die DPRK den Druck zu erhöhen, endlich mit den notwendigen mehrjährigen IAEA-Inspektionen zu beginnen.<sup>131</sup> Eine krisenhafte Zuspitzung der Situation ist daher im nächsten Jahr durchaus möglich.

Da Nordkorea unter dieser US-Aministration mit deutlich erhöhten Kooperationskosten rechnen muss, ist nicht auszuschließen, dass Kim Jong-il auf einen politischen Wechsel in den nächsten US-Präsidentschaftswahlen Ende 2004 setzt, bevor er zu einem dauerhaften Dialog mit den Vereinigten Staaten bereit ist, auch wenn im Jahre 2003 wichtige Entscheidungen anstehen. Mindestens wird er abwarten, ob und wie die Bush-Administration den Irak zur Wiederaufnahme der UN-Inspektionen anhält, und ob die konservativen Kräfte bei den Midterm-Wahlen zum US-Kongress ihre Macht ausbauen können. Schließlich müssen die Verzögerungen beim Bau der zwei Leichtwasserreaktoren für Nordkorea im Rahmen von KEDO geregelt und damit eng verknüpft über die Zukunft des nordkoreanischen Raketentestmoratoriums entschieden werden. Eine geschwächte Hardlinerfraktion in Washington wäre dann zu größeren Zugeständnissen bereit, falls Pjöngjang einen mehrjährigen umfassenden verbindlichen Inspektionsplan für seine Atomanlagen akzeptiert. Die Verlängerung des Raketentestmoratoriums könnte dann durchaus auch im Interesse der DPRK sein, um die Macht Hardliner in Washington weiter zu beschneiden.

Kim Dae-jung ist es beim bilateralen Gipfel mit US-Präsident Bush in Seoul gelungen, erstmalig die konservativen Unilateralisten in den Dialogansatz einzubinden, indem er sich auf einen gemeinsamen Themenkatalog eingelassen hat, selbst wenn es aus den oben angeführten Gründen wenig wahrscheinlich erscheint, das man sich in seiner restlichen Regierungszeit über den Inhalt der Themen verständigt. Die nordkoreanische Regierung

129 Val. Barry Schweid, U.S. shift on nuclear weapons critisized, in: The Boston Globe, 10. März 2002, S. A25. in: [www.boston.com/dailyglobe2/069/nation/US\\_shift\\_on\\_nuclear\\_weapons\\_criticized+.shtml](http://www.boston.com/dailyglobe2/069/nation/US_shift_on_nuclear_weapons_criticized+.shtml).

130 So äußerte sich ein Sprecher des nordkoreanischen Außenministeriums am 13. März 2002 wie folgt: „In case the U.S. plan for a nuclear attack on the DPRK turns out to be true, the DPRK will have no option but to take a substantial countermeasure against it, not bound to any DPRK-U.S. agreement.“ Zitiert nach: o. A., U.S. new plan for nuclear attack under fire, in: KCNA, 14. März 2002, in: [www.kcna.co.jp/contents/20020314.htm](http://www.kcna.co.jp/contents/20020314.htm).

131 Vgl. White House Report: North Korea, Tribunals, Finland, Nominations, in: Washington File, 20. März 2002.

kann aber durch zusätzliche entspannungspolitische Maßnahmen auf der koreanischen Halbinsel, etwa die baldige Aufnahme der Familientreffen, größere wirtschaftliche Öffnung, Beginn der Baumaßnahmen für die grenzüberschreitende Bahn- und Straßenlinie und ein zweites innerkoreanisches Gipfeltreffen erheblichen Einfluss auf die Zukunft der innerkoreanischen Entspannungspolitik auch unter einem neuen konservativen südkoreanischen Präsidenten nehmen und dort die dialogbereiten Kräfte stärken.<sup>132</sup> Trotz seiner Nähe zum Bush-Ansatz ist Lee Hoi-chang ein Dialogbefürworter. Die Frage ist, wie groß dafür der politische Spielraum in Nordkorea selbst ist. Denn die ökonomische Öffnung nach Südkorea führt auch in eine größere politische Abhängigkeit, die man bisher durch internationale Diversifikation zu vermeiden suchte.

Wichtig ist es in der gegenwärtigen Situation, dass die EU, China und Russland die DPRK trotz der Provokationen durch die amerikanischen Hardliner zur militärischen Mäßigung anhalten. Zugleich wird man der nordkoreanischen Regierung vorsichtig klar machen müssen, dass die Rückkehr zum außenpolitischen Ansatz der Clinton-Administration eine Illusion ist. Sie müssen sich auf höhere Kosten der Kooperation einstellen. Parallel dazu sollten die EU, Japan, China und Russland durch gezielte ökonomische und infrastrukturelle Hilfen versuchen, die Position der wirtschaftlichen Modernisierer in Nordkorea weiter zu stärken und zusätzlich Hilfen in Aussicht stellen, wenn Nordkorea sich dem Dialog mit den USA wieder öffnet. Denn erst mit dem Dialogprozess werden die Chancen steigen, durch ein wechselseitiges Geben und Nehmen den Handlungsspielraum der konservativen Unilateralisten in der US-Regierung stärker zu beschränken.

Für eine glaubwürdige militärische Drohpolitik gegen die DPRK wären die Vereinigten Staaten ohnehin auf die Unterstützung Chinas, Russlands, Japans und Südkoreas angewiesen. Vor allem Russland und China müssten ihre militärischen Beistandsverpflichtungen in Frage stellen. Solange jedoch Pjöngjang sich neuer militärisch provozierender Schritte (Raketentests, Nukleartest, Exporte weitreichender Raketen) enthält, oder sie allenfalls in Absprache mit Moskau und Beijing ergreift, werden sie die USA dabei kaum unterstützen. Die letzte von der nordkoreanischen Regierung unterstützte terroristische Aktion liegt schon über 14 Jahre zurück und die Ankündigung Nordkoreas, allen Anti-Terror-Konventionen der UN beizutreten, wäre ein Schritt in die richtige Richtung. Pjöngjang sollte hier beim Wort genommen werden. Die USA würden die Mitwirkung Moskaus und Beijings in der globalen Anti-Terror-Koalition in Frage stellen, sollten sie ohne begründeten Anlass militärisch gegen Pjöngjang vorgehen.

Die Aussichten für Gespräche über militärische Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle auf der koreanischen Halbinsel, sind ohne einen dauerhaften und politisch stabilen Dialog zwischen Washington und Pjöngjang schlecht. Sollte er in den nächsten ein bis zwei Jahren nicht möglich sein, dann wäre es wichtig, die Vorbereitungen darauf zu in-

132 Inzwischen gibt es erste Anzeichen dafür, dass Pjöngjang zur Wiederaufnahme des Dialogs mit Japan und Südkorea bereit ist. Vgl. Seo Hyun-jin, South, North Korea seeking to restart peace process, in: *The Korean Herald*, 26. März 2002, in: [http://www.koreaherald.co.kr/SITE/data/htmls\\_dir2002/03/26/200203260060.asp](http://www.koreaherald.co.kr/SITE/data/htmls_dir2002/03/26/200203260060.asp) und o. A., Analysis: U.S. cold shoulder turns N. Korea to Tokyo, in: *The Asahi Shimbun* vom 25.03.2002, in: <http://www.asahi.com/english/international/K2002032500234.html>.

tensivieren, indem die bestehenden Kontakte zur Information und Fortbildung in Fragen der militärischen Vertrauensbildung zwischen Deutschland und den beiden koreanischen Staaten ausgebaut werden. Vor allem nordkoreanische Militärangehörige sollten an solchen informellen Gesprächen und Seminaren stärker partizipieren, um sich mit den Instrumenten der Rüstungskontrolle vertraut zu machen. Das treibt den Prozess der Vertrauensbildung allmählich voran und verbessert die Voraussetzungen für Rüstungskontrollverhandlungen unter günstigeren politischen Rahmenbedingungen.

Ohne dass der Norden in irgendeiner Form die Anwesenheit der US-Streitkräfte in Südkorea akzeptiert, ist ein durchgreifender Wandel in den sicherheitspolitischen Beziehungen kaum zu erwarten. Das setzt jedoch umgekehrt auch einen anderen Charakter von demokratischer amerikanischer Außenpolitik voraus, zu dem viele in der US-Regierung derzeit nicht bereit sind. Es geht nicht nur darum, zwischen dem Volk und der politischen Führung in Nordkorea zu unterscheiden, sondern es muss auch ein Sensorium dafür entwickelt werden, dass in der nordkoreanischen Führung ein harter Kampf um die künftige Gestaltung des Landes geführt wird. Dabei haben dort die ökonomischen Modernisierungsbefürworter kaum eine Chance, wenn einer militärischen Supermacht, die vorgeblich für die Durchsetzung demokratischer Werte weltweit antritt, nichts Besseres einfallen will, als überwiegend undifferenzierte knallharte Konfrontationspolitik.

## 5. Glossar

ACR	Arms Control Reporter	
APEC	Asian Pacific Economic Cooperation	Asiatisch-Pazifische ökonomische Zusammenarbeit
ARF	ASEAN Regional Forum	ASEAN Regionales Forum
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations	
ATACM	Army Tactical Missile	Taktische Rakete der US-Armee
CIA	Central Intelligence Agency	US Geheimdienst
CRS	Congressional Research Service	Wissenschaftlicher Dienst des US Kongresses
CSBM	Confidence and Security Building Measures	siehe auch VSBM
DMZ	Demilitarised Zone	Demilitarisierte Zone
DPRK	Democratic People's Republik Korea	Demokratische Volksrepublik Korea = Nordkorea
EU	European Union	Europäische Union
FAZ		Frankfurter Allgemeine Zeitung
HLTF	High Level Task Force	hochrangige politische Arbeitsgruppe der NATO-Staaten
IAEA	International Atomic Energy Agency	siehe IAEO
IAEO	siehe IAEA	Internationale Atomenergie Organisation
IISS	International Institute for Strategic Studies	Internationales Institut für Strategische Studien (London)
KCNA	Korean Central News Agency	Offizielle nordkoreanische Nachrichtenagentur
KEDO	Korean Peninsula Energy Development Organisation	Koreanische Energieentwicklungsorganisation
MB		Militärbezirk (russisch)
MBFR	Mutual Balanced Force Reductions	wechselseitige ausgewogene Streitkräftereduzierungen
MD	Missile Defense	Raketenabwehr
MLRS	Multiple Launch Rocket System	Mehrfachraketenwerfer
MR	Military Region	Militärregion (chinesisch)
MTCR	Missile Technology Control Regime	Regime zur Kontrolle von Flugkörpertechnologie



NATO	North Atlantic Treaty Organisation	Nordatlantische Vertragsorganisation
NEACD	North East Asia Cooperation Dialogue	
NMD	National Missile Defense	(US-)Nationales Raketenabwehrprogramm
NPT	Nonproliferation Treaty	Nichtweiterverbreitungsvertrag
OSCE	Organisation for Security and Co-operation in Europe	OSZE
OSZE		Organisation für Sicherheitspolitische Zusammenarbeit in Europa
PAC	Patriot Advanced Capability	Patriot-System mit fortgeschrittenen Fähigkeiten
PACAF	(US) Pacific Air Force	US-Luftstreitkräfte im Pazifik
ROK	Republic of Korea	Republik Korea = Südkorea
RMA	Revolution in Military Affairs	Revolution in Militärischen Angelegenheiten
SAM	Surface to Air Missile	Boden-Luft-Flugkörper
TLAM-N	Tomahawk Land Attack Missile Nuclear	Nuklear bewaffneter Tomahawk Flugkörper für den Angriff gegen Landziele
TCOG	Trilateral Coordination and Oversight Group	Trilaterale Koordinierungs- und Supervisionsgruppe
TSR	Transsiberian Railway	Transsibirische Eisenbahn
UN	United Nations	Vereinte Nationen
USA	United States of America	Vereinigte Staaten von Amerika
USFJ	United States Forces Japan	US-Streitkräfte Japan
USFK	United States Forces Korea	US-Streitkräfte Korea
USMC	United States Marine Corps	Marinekorps der US-Streitkräfte
USPACOM	United States Pacific Command	Pazifikkommando der US-Streitkräfte
VSBM		Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen
WMD	Weapons of Mass Destruction	Massenvernichtungswaffen